

## IV. Die Sicht Ost-Berlins: „Organisierter Revanchismus“ nach den Ostverträgen – Die 1970/80er Jahre

### 1. Begründete Hoffnungen bei SED und MfS auf Marginalisierung der Vertriebenenverbände?

Im Kampf gegen die Ostverträge hatten sich der Bund der Vertriebenen und die ostdeutschen Landsmannschaften übernommen. Trotz der hochgradigen Politisierung und Polarisierung der bundesdeutschen Gesellschaft in den Jahren des Durchbruchs zur Neuen Ostpolitik zwischen 1969 und 1974 gelang es den Vertriebenenverbänden nur noch mit Mühe, Sympathisanten sowohl unter den Vertriebenen als auch unter Nichtvertriebenen für die Ablehnung der Ostverträge zu mobilisieren. Zu den beiden großen Protestdemonstrationen gegen die Verträge mit Moskau und Warschau auf dem Bonner Marktplatz am 30. Mai 1970 und am 7. Mai 1972 brachte der BdV zwar immerhin 30 000 bzw. 20 000 Menschen zusammen. BdV-intern hatte man jedoch jeweils mit 100 000 protestierenden Vertriebenen und Sympathisanten gerechnet. Die BdV-Zentrale war sich ihres Mißerfolgs durchaus bewußt, denn sie kannte die sehr viel höheren Teilnehmerzahlen auf den jährlichen Pfingsttreffen der Landsmannschaften.<sup>1</sup> So trafen sich im Juli 1971 in München auf dem Deutschlandtreffen der Schlesischen Landsmannschaft 150 000 Schlesier, 1973 waren es in Essen 120 000. Im selben Jahr kamen in München sogar rund 200 000 Sudetendeutsche auf ihrem jährlich stattfindenden Sudetendeutschen Tag zusammen.<sup>2</sup> Die breite Unterstützung ihrer Klientel für die BdV-Politik, für die Ablehnung der Gewaltverzichts- und Grenzankerkennungsverträge mit Moskau, Warschau und Prag, blieb aus. Die Millionen Vertriebenen, die trotz der emotionalisierten Diskussion nicht zu den Großveranstaltungen im Mai 1970 bzw. 1972 kamen, weil sie sich gesellschaftlich integriert fühlten bzw. mit den Realitäten abgefunden hatten, legten mit ihrem Fernbleiben ihr politisches Zeugnis ab.<sup>3</sup> Die nicht nur vermeintliche, sondern tatsächliche Diskrepanz zwischen der Masse der Vertriebenen und ihren Funktionären wurde Anfang der 1970er Jahre offensichtlicher. Die meisten Vertriebenen der Erlebnisgeneration standen nicht mehr hinter den längst überholten Parolen des Kalten Krieges, welche die Vertriebenenfunktionäre unverdrossen weiter in die Öffentlichkeit hinausriefen.<sup>4</sup> Die Politiker des BdV und der ostdeutschen Landsmannschaften rückten von ihren heimatpolitischen Forderungen nicht ab: Das „Recht auf Heimat“, verstanden als Recht auf Rückkehr

<sup>1</sup> Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 171f.; Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 111f.

<sup>2</sup> Vgl. bpb-Informationsdienst, 14. Juli 1971, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 99, 100; 120 000 Schlesier gedachten in Essen ihrer verlorenen Heimat, in: Die Welt, Hamburg, 2. Juli 1973 (MfS-Zeitungsausschnittsammlung, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 87).

<sup>3</sup> Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 111.

<sup>4</sup> Vgl. Andreas Kossert, Kalte Heimat, S. 353f.

und Selbstbestimmung, d.h. Rückgliederung der Heimatgebiete an Deutschland, blieb auch nach Abschluß der Ostverträge für sie nach wie vor aktuell. Die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 war für die Mehrheit der Vertriebenenfunktionäre ein Minimalziel, auf das sie einen völkerrechtlichen Anspruch zu haben glaubten. Vor allem die Sudetendeutschen, aber nicht nur sie, strebten darüber hinaus die Rückgewinnung des Sudetenlandes an. Auf der heimatpolitischen Agenda standen zudem das Memelland, Danzig und Westpreußen. Realisiert werden sollte die Rückgewinnung der Ostgebiete durch eine möglichst weitgehende Rückkehr der Vertriebenen in ihre alte Heimat. Offen sprach man von einer neuen Ostkolonisation. Solche Vorstellungen leiteten sich her aus dem revisionistischen Denken der 1920er Jahre, die zwar ohne völkische und rassistische Implikationen daherkamen, aber dennoch selbstverständlich davon ausgingen, daß Deutschland als mitteleuropäische Hegemonialmacht wiederhergestellt werden müsse. Die Spitzenfunktionäre des BdV und der Landsmannschaften verkannten, daß die Zeit über ihre revisionistischen Zielsetzungen unwiderruflich hinweggegangen war. So glaubte die BdV-Führung, über völkerrechtliche Positionen zu verfügen, die jedoch nichts nutzten, da sie nach außen machtpolitisch nicht durchsetzbar waren und sich Mitte der 1970er Jahre die Mehrheit der Bundesbürger und der Vertriebenen selbst bzw. deren Nachkommen mit dem Verlust der Ostgebiete abgefunden hatten.<sup>5</sup>

Die sozial-liberale Bundesregierung, zunächst unter Bundeskanzler Willy Brandt, dann unter Helmut Schmidt<sup>6</sup>, kürzte Jahr für Jahr die finanziellen Zuschüsse für die Vertriebenen-Organisationen und die Vertriebenen-Presse, während die finanziellen Zuwendungen, auch die projektgebundenen, für die Kulturarbeit der Vertriebenen weiter real stiegen. Damit reagierte die Bundesregierung auf die mehrheitliche Stimmung in der Gesellschaft. Die Mittelkürzungen betrafen vor allem das den Kampf gegen die Ostverträge führende BdV-Präsidium in Bonn sowie die Bundeszentralen der sogenannten rechtsbezogenen Landsmannschaften<sup>7</sup>, die mit die schärfste Kritik an der Ostpolitik der SPD-FDP-Bundesregierung übten. Als die Bonner Regierung plante, die institutionelle Förderung der Vertriebenenorganisationen Zug um Zug völlig einzustellen, scheiterte dies am Protest der beiden Unionsparteien.<sup>8</sup>

Im Laufe der ersten Hälfte der 1970er Jahre begannen vertriebenenpolitische Bauten, z. B. BdV-Grundpositionen in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, sichtbar zu bröckeln. Korrespondierend mit der bundesdeutschen Entspannungspolitik in Richtung Osteuropa, insbesondere mit Blick auf Polen, die Sowjetunion und die ČSSR, hob 1971 die Bonner Regierung die bis dahin geltenden Bezeichnungs- und Kartenrichtlinien auf und gab als Richtschnur vor, jeweils von „Fall zu Fall“ zu ent-

<sup>5</sup> Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 433–435.

<sup>6</sup> Helmut Schmidt (Jg. 1918), SPD-Politiker, 1967–1969 Vorsitz der SPD-Bundestagsfraktion, 1969–1972 Bundesverteidigungsminister, 1972–1974 Bundesfinanzminister, 1974–1982 Bundeskanzler.

<sup>7</sup> Es handelte sich um die Landsmannschaften der Schlesier, Oberschlesier, Ost-Brandenburger, Ostpreußen und Pommern, die sich aufgrund der fortbestehenden völkerrechtlichen Zugehörigkeit ihrer Heimat zum Deutschen Reich in den Grenzen von 1937 gegenüber den anderen Vertriebenen in einer herausgehobenen Stellung glaubten.

<sup>8</sup> Vgl. Manfred Kittel, *Vertreibung der Vertriebenen?*, S. 111–117.

scheiden. Damit setzte eine Entwicklung ein, die sich in den Folgejahren durchsetzte, daß z. B. die Oder-Neiße-Linie und die innerdeutsche Grenzlinie als Grenze und nicht mehr als Demarkationslinie und die DDR als DDR und nicht mehr als „SBZ“ oder „Mitteldeutschland“ bezeichnet wurde. Mehr und mehr wurde es üblich, die DDR und nicht mehr die Gebiete jenseits von Oder und Neiße als Ostdeutschland anzusehen und so zu bezeichnen<sup>9</sup> sowie unter deutscher Wiedervereinigung nur die Vereinigung mit der DDR und nicht mehr mit den deutschen Ostgebieten jenseits von Oder und Neiße zu verstehen. Weitere ähnliche Änderungen setzten ein<sup>10</sup> – beispielsweise in der Frage des Ostkundeunterrichts in den Schulen. Zum Streitpunkt zwischen unionsgeführten und SPD-geführten Bundesländern wurde die Frage, ob Ostkunde weiterhin als Ostdeutschlandkunde verstanden oder in eine allgemeine Osteuropakunde im Sinne der zeitgemäßen Entspannungspolitik umgewandelt werden sollte. Den Ländern wurde die Auslegung durch die Kultusministerkonferenz freigestellt, und so kam es dazu, daß die meisten SPD-regierten Bundesländer Themen der Kultur und Geschichte der osteuropäischen Länder in den Lehrmittelpunkt rückten. Die unionsregierten Länder hingegen blieben bei der Vermittlung der Kulturgeschichte der reichsdeutschen Gebiete und der deutschen Volksgruppenkultur jenseits der früheren Reichsgrenzen.<sup>11</sup>

Weniger Konflikte riefen die Patenschaften der Bundesländer für ostdeutsche Landschaften hervor. Seit den 1950er Jahren hatten einzelne Bundesländer solche Patenschaften übernommen und verschiedene Kommunen hatten Patenschaftskommunen jenseits der Oder-Neiße-Grenze. Wie bereits dargestellt, bestand z. B. von Seiten des Freistaates Bayern eine Schirmherrschaft über die Sudetendeutsche Landsmannschaft, 1978 übernahm Bayern außerdem noch die Patenschaft über die Landsmannschaft der Ostpreußen. Das SPD-geführte bevölkerungs- und wirtschaftsstarke Bundesland Nordrhein-Westfalen hatte auf Landesebene zwei Patenschaften übernommen über die beiden ostdeutschen Landsmannschaften der Westpreußen und der Oberschlesier. In den 1970er Jahren wurden neue kommunale Patenschaften zwischen westdeutschen Städten und Gemeinden und jenen in Gebieten des alten deutschen Ostens geschlossen.<sup>12</sup> Zu Differenzen kam es bei der Ausgestaltung der Patenschaften unter den Bedingungen der Neuen Ostpolitik und der sozial-liberalen Entspannungspolitik. Die Vorstellungen des Bundes der Vertriebenen blieben bei der traditionellen Sicht, Patenschaften über Städte und Kreise in den ost- und sudetendeutschen Vertriebungsgebieten zu übernehmen, um erinnerungspolitisch im Sinne einer Vorbereitung zur Rückkehr in die „verlorene, alte Heimat“ revisionistisch zu wirken. Die neuen Städte-Partnerschaften, aber auch die sich wandelnden traditionellen Patenschaften auf Landesebene, tendierten zunehmend in Richtung einer allgemeinen

<sup>9</sup> Vgl. ebenda, S. 117f.

<sup>10</sup> Vgl. Komplex um die deutsch-polnische Schulbuchkommission, kurz dargestellt bei Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 125ff.

<sup>11</sup> Vgl. ebenda, S. 132ff.

<sup>12</sup> Die polnische und tschechoslowakische Regierung protestierten nach den Vertragsabschlüssen mit Bonn vehement gegen die erinnerungspolitische und revisionistische Art der Patenschaften und Partnerschaften im Sinne der Vertriebenenverbände.

Völkerverständigung durch menschliche Begegnungen über Grenzen und politische Blöcke hinweg.<sup>13</sup>

Die beginnenden 1970er Jahre hatten deutlich werden lassen, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Bundesregierung und Vertriebenenverbänden tief zerrüttet war, und dies änderte sich auch in diesem Jahrzehnt nicht mehr. Der Staat war immer weniger gewillt, die Interessen der landsmannschaftlich organisierten Vertriebenen zu unterstützen. Damit einher ging die Entwicklung in der auf Umsetzung der sozial-liberalen Ostpolitik orientierten bundesdeutschen Gesellschaft, die den Verlust der Ostgebiete und des Heimatrechts der Vertriebenen als politisches Faktum anerkannte.<sup>14</sup>

Was von diesen Entwicklungen in der Bundesrepublik registrierte und interessierte die SED-Führung in Ost-Berlin und ihr Staatssicherheitsministerium? Waren auf Grundlage dieser Erkenntnisse seit den 1970er Jahren Veränderungen in der geheimdienstlichen Bearbeitung der Vertriebenenverbände auszumachen? Eine allgemeine Einschätzung der zentralen MfS-Analyse- und Auswertungs-Abteilung über die Situation der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik beschrieb die Situation 1975 folgendermaßen: „Seit Abschluß der bilateralen Ostverträge und der darin verankerten Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen war dem organisierten Revanchismus die Basis für seine weitere Existenz theoretisch entzogen. Der Umstand, daß die Landsmannschaften und [der BdV ...] jedoch selbst nach der Unterzeichnung des [KSZE]-Schlußdokuments von Helsinki [1975], in dem die Unverletzlichkeit des politischen und geographischen Status quo in Europa erneut und multilateral anerkannt worden ist, fortbestanden und – mit Unterstützung eben jener sozial-liberalen Bundesregierung, die die Verträge und das Schlußdokument unterzeichnet hatte – die revanchistische [...] Zielstellungen im alten Sinne weiterverfolgten, ist die Widerspiegelung einer doppelzüngigen Ost- und Deutschlandpolitik. [...] Die [...] Widersprüche und Gegensätze zwischen Führungskräften des organisierten Revanchismus und den Führungsgremien der Regierungsparteien SPD und FDP sind im Hinblick auf die gemeinsamen konterrevolutionär-revanchistischen Zielsetzungen und ihrer gemeinsamen antikommunistischen Grundhaltung von untergeordneter Natur. Die Ursachen der Differenzen waren taktischer Natur. [...] Der Tatbestand, daß revanchistische [...], vom nationalistischen und neofaschistischen Geist durchdrungene Massenorganisationen wie der BdV und die Landsmannschaften [...] im Widerspruch zu bestehenden Abkommen [...] bis in die Gegenwart fortwirken und auf verschiedenen Ebenen im Sinne des Revanchismus und Antikommunismus massenwirksam nach innen und außen tätig sind, zwingt uns, derartigen Stellvertretereinrichtungen des Imperialismus, [...], auch fürderhin unsere kritische Aufmerksamkeit zuzuwenden.“<sup>15</sup>

<sup>13</sup> Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 136–146; Handbuch. BdV, 1996, S. 71, 77, 113, 137.

<sup>14</sup> Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 171f.; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 429–436.

<sup>15</sup> Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), Entstehungszeit 1983, in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 61, 64.

Diese Art von Aufmerksamkeit widmete die MfS-Zentrale den Vertriebenenverbänden. Die DDR-Auslandsaufklärung MfS informierte in der Regel zwei Mal jährlich die SED-Parteiführung ausführlicher über den Zustand und die Aktivitäten des Bundes der Vertriebenen. Die geringe jährliche Zahl dieser MfS-Informationen lässt den Schluß zu, daß die Parteiführung den Vertriebenenendachorganisationen keine übermäßige Bedeutung beimaß. In der Regel gingen die HV A-Dossiers an die Verantwortlichen für Agitation und Propaganda, an die Funktionäre für die sogenannte Westarbeit sowie das DDR-Außenministerium. Das waren ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre vor allem die Politbürofunktionäre Werner Lamberz, Albert Norden, Hermann Axen, Joachim Herrmann sowie der Außenminister Oskar Fischer, der nicht dem Politbüro angehörte. Eher selten erhielt die HV A-Informationen SED-Chef Erich Honecker.<sup>16</sup> Fast immer aber wurden sie an die „befreundeten Geheimdienste“ in Warschau, Prag, hin und wieder Budapest und Moskau weitergeleitet.

Im Mittelpunkt der Staatssicherheitsberichte standen die Beschreibung und Wertung der politischen Lage im Bund der Vertriebenen, die Haltung des BdV zur Ausgestaltung der Ostverträge und die finanzielle Situation des Verbandes. Detailliert berichteten die Geheimdienst-Offiziere im Januar 1975 an ihre SED-Führung über eine allgemeine Krise in der Tätigkeit der Vertriebenenverbände. Nach der Ratifizierung der Ostverträge, so habe das neu gewählte BdV-Präsidium im Juni 1974<sup>17</sup> eingeschätzt, fehle es an jeder Initiative für Aktivitäten, es herrsche eine allgemeine Resignation. Hinzu käme, daß viele mittlere und untere Verbandsfunktionäre keine Perspektive mehr im BdV sähen, die Mitgliederzahlen weiter zurückgingen und eine aktive Öffentlichkeitsarbeit in den Kreisverbänden kaum noch stattfinde. Der Ausweg bestehe, so glaubten die Bonner Funktionäre, in der „Gewinnung und Schulung neuer Kader“. Schließlich habe die Führungsebene die Lösung ausgegeben, die Aktivitäten gegenüber den sozialistischen Ländern zu erhöhen, z. B. mittels gut vorbereiteter Touristenreisen, mit den Abschlüssen von heimatpolitisch begründeten kommunalen Partnerschaften sowie der Schaffung von Informationszentren über landsmannschaftliche Regionen.<sup>18</sup>

Die HV A-Mitarbeiter berichteten der SED-Spitze weiterhin, daß auf Veranlassung der FDP im Oktober 1974 eine Diskussionsrunde über die gesellschaftliche Stellung der Vertriebenenverbände stattgefunden habe. Erklärtes Ziel der Liberalen sei es gewesen, den BdV und die Landsmannschaften von der Ostpolitik der SPD-FDP-Regierung zu überzeugen, diese von ihrer „primitiven Revanchepolitik“ abzubringen und für eine „engere Zusammenarbeit mit den Ostblockländern“ zu gewinnen. Das habe zu Differenzen und kontroversen Diskussionen im BdV-Präsidium geführt. Die Spit-

<sup>16</sup> Vgl. HV A-Information vom 3. September 1979 an Erich Honecker: Haltung der Führung des BdV zu aktuellen politischen Fragen, in: BStU MfS HV A 84, Bl. 144–146.

<sup>17</sup> Das BdV-Präsidium hatte sich im Juni 1974 neu konstituiert: Präsident blieb Herbert Czaja, Stellvertretende Präsidenten waren Walter Becher, Hellmut Gossing, Herbert Hupka, Hans-Edgar Jahn, Friedrich Walter und Rudolf Wollner. Vgl. Information über die Lage im Bund der Vertriebenen und seine weiteren Aktivitäten, 13. Januar 1975, in: BStU MfS HV A 114, Bl. 363.

<sup>18</sup> Vgl. Information über die Lage im Bund der Vertriebenen und seine weiteren Aktivitäten, 13. Januar 1975, in: BStU MfS HV A 114, Bl. 363, 364.

ze der „Deutschen Jugend des Ostens“ und die Mitglieder des Ostdeutschen Kulturrates<sup>19</sup>, Peter Paul Nahm und Peter Nasarski<sup>20</sup>, hätten für diese Idee Sympathien entwickelt, um vor allem ideologisch auf die Ostblockländer im Sinne „Wandel durch Annäherung“ einwirken zu können. Der Präsident des Ostdeutschen Kulturrates, Hans-Joachim von Merkatz<sup>21</sup>, und weitere Funktionäre des BdV wie Hans-Günther Parplies<sup>22</sup> u.a. seien hingegen weiterhin offen ablehnend zur Ostpolitik der Bundesregierung eingestellt.<sup>23</sup> Die Kenntnis dieser Differenzen unter den Vertriebenenfunktionären waren für MfS und SED interessant, auch wenn sie beide Sichtweisen für sich als „politisch gefährlich“ einstuften.

Um von der Problematik der Ostverträge und der dort besonders involvierten Landsmannschaften – der Pommern, Schlesier, Ost- und Westpreußen bzw. Ostbrandenburger – abzulenken, wollte das BdV-Präsidium sein Engagement zukünftig vermehrt auf die Aktivierung der Landsmannschaften aus dem südosteuropäischen Raum bzw. aus dem Gebiet der UdSSR konzentrieren. Das bezog sich auf die Landsmannschaften der Siebenbürger Sachsen, der Buchenlanddeutschen, der Banater Schwaben, der Deutschen aus Ungarn, der Dobrudscha- und Bulgariendeutschen sowie der Rußland- und der Bessarabiendeutschen.<sup>24</sup> Dies veranlaßte die MfS-Zentrale, sich erstmals stärker mit diesen kleineren Verbänden zu befassen. Viel Aufwand betrieb das MfS mit der Analyse dieser Landsmannschaften in der Folgezeit jedoch nicht.<sup>25</sup> Eine Ausnahme bildete die geheimdienstliche Beobachtung der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland, deren Ergebnisse immer dem sowjetischen Geheimdienst weitergeleitet wurden.<sup>26</sup> Ein Dorn im Auge des ostdeutschen und natür-

<sup>19</sup> Ostdeutscher Kulturrat – 1950 als überregionale Institution zur Pflege und Bewahrung ostdeutscher Kulturleistungen (historische deutsche Landschaften: Ost- und Westpreußen, Hinterpommern, Ostbrandenburg, Schlesien, Böhmen und Mähren, Siedlungsgebiete in Ost- und Südosteuropa) gegründet, seit 1975 Stiftung des privaten Rechts.

<sup>20</sup> Peter Paul Nahm (1901–1981), stammte aus dem Rheingaukreis, Zentrumspartei, nach 1945 CDU, 1953–1967 StS im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Peter Nasarski (1914–2001), aufgewachsen in Lodz, Herausgeber von Schriften zur Vertreibungsfrage.

<sup>21</sup> Hans-Joachim von Merkatz (1905–1982), stammte aus Pommern, Jurist, bis 1960 DP, dann CDU, Bundesminister in den 1950er Jahren u.a. 1960/61 Bundesvertriebenenminister.

<sup>22</sup> Hans-Günther Parplies, Sprecher der LM Weichsel-Warthe, BdV-Landesvorsitzender in NRW, vertritt eine völkisch-nationalen Linie im BDV, ist seit 2000 Vizepräsident der „Preußischen Treuhand GmbH & Co“ (Durchsetzung der Eigentumsansprüche der Vertriebenen beim polnischen Staat).

<sup>23</sup> Vgl. Information über die Lage im Bund der Vertriebenen und seine weiteren Aktivitäten, 13. Januar 1975, in: BStU MfS HV A 114, Bl. 364, 365.

<sup>24</sup> Vgl. ebenda, Bl. 364.

<sup>25</sup> Vgl. Landsmannschaft (LM) der Donauschwaben, 1970, Hauptsitz Sindelfingen; LM der Buchenland-deutschen, Oktober/November 1975, Hauptsitz München; LM der Siebenbürger Sachsen, 1979–1983, Hauptsitz München; LM der Deutschen in Rumänien, 1980, Sitz in München; LM der Banater Schwaben aus Rumänien, LM der Deutschen aus Ungarn, LM der Deutschen aus Rußland, LM der Bessarabiendeutschen, LM der Dobrudscha- und Bulgariendeutschen, 1983, in: BStU MfS HV A 1045; MfS ZAIG 28750, Bl. 16, 25–27; HV A 1045, Bl. 109–118, 148–163; MfS ZKG 16122, Bl. 3.

<sup>26</sup> Vgl. Auskunftsberichte über die LM der Deutschen aus Rußland, 1963–1966, 1967/68, in: BStU MfS HA XX/4 1189, Bl. 150–179, HA XX/4 2295, Bl. 379–392; LM der Deutschen aus Rußland, 1966 und 1968, in: ebenda, HA XX/4 2295, Bl. 379–384, und HA XX/4 2285, Bl. 1–32.

lich des sowjetischen Geheimdienstes war das erklärte Ziel der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland, Informationen zu beschaffen und zu propagieren, die die „Lage der in der Sowjetunion verbliebenen bzw. nach dem Kriegsende dorthin zurückverschleppten Deutschen [...] auf den Gebieten der Wirtschaft, des Volkstums, der Schule und der Kirche“ beschrieben.<sup>27</sup>

Daneben gab es das Phänomen, daß die MfS-Zentrale mit bestimmten vertriebenen bzw. umgesiedelten Volksgruppen nichts anzufangen wußte. Das betraf z. B. die Bessarabiendeutschen. 1973/74 diskutierte der Staatssicherheitsdienst intern über die Rolle der Landsmannschaft der Bessarabiendeutschen in der Bundesrepublik. „Das Oberste Gericht der DDR hat [...] bisher nicht entschieden, ob die dem ‚Bund der Vertriebenen‘ angehörende Landsmannschaft ‚Deutsche aus Bessarabien‘ eine staatsfeindliche Organisation [...] ist“ – so eine MfS-Aktennotiz aus Berlin vom 31. Oktober 1973.<sup>28</sup> Die ostdeutschen Behörden untersuchten, ob die organisierten Bessarabiendeutschen einen politisch-ideologischen Kampf gegen die DDR führten, ob sie die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR diskreditierten und ob Kontakte zwischen Bessarabiendeutschen in der DDR zu ihrer Volksgruppe in der Bundesrepublik als „staatsfeindliche Verbindung“ nach § 100 des Strafgesetzbuches (StGB) der DDR gewertet werden müßten. Die Antwort blieb zunächst offen. MfS-Minister Erich Mielke hatte Anfang 1974 der HV A die Zuständigkeit für die „Aufklärung und Bearbeitung der Revanchistenorganisation Landsmannschaft der Deutschen aus Bessarabien“ übertragen,<sup>29</sup> die zuvor bei der MfS-Hauptabteilung XX gelegen hatte. Die Mitarbeiter der HV A verwiesen im März 1974 bezüglich des „Operativvorgangs“ gegen die besagten Bessarabiendeutschen, daß sie über keinerlei Informationen verfügten, die die „Feindtätigkeit der Landsmannschaft der Deutschen aus Bessarabien“ nachweisen könnten. Alle Kenntnisse über die Landsmannschaft basierten bisher auf der Auswertung offizieller Dokumente. Über eine „agenturische Basis“, d.h. über Spitzel in der Landsmannschaft, verfügte die HV A nach eigenen Angaben zu dieser Zeit nicht. „Die Abteilung HV A/II sei deshalb nicht in der Lage, [...] Gutachten zum staatsfeindlichen Charakter solcher Organisationen zu erarbeiten. [...] Die vorgefundenen Informationen ergeben lediglich Aufschluß über die Struktur der genannten Landsmannschaft [...] und enthalten Angaben über führende Mitarbeiter.“<sup>30</sup>

Über die angespannte Finanzlage der Vertriebenenverbände – es ging um die Finanzierung durch das Bundesinnenministerium (BMI) und durch das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB) – informierte die HV A jedes Jahr erneut die SED-Politbüroföhrung. Im Januar 1975 hieß es dazu, daß das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen 1974 DM 400 000 an Zuwendungen gezahlt habe und daß für das laufende Jahr keine institutionelle Förderung mehr gewährt,

<sup>27</sup> LM der Deutschen aus Rußland, 1960–1968, in: BStU MfS HA XX/4 2430, Bl. 40, 41; vgl. Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, S. 174–185.

<sup>28</sup> MfS Berlin an die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt, in: BStU MfS Ast. Chemnitz AOP 2581/75, Bd. 5, Bl. 203.

<sup>29</sup> Vgl. Bericht über die geführten Absprachen mit der HA XX und der HV A zur Landsmannschaft der Deutschen aus Bessarabien, 22. März 1974, in: BStU MfS Ast. Chemnitz AOP 2581/75, Bd. 5, Bl. 217.

<sup>30</sup> Ebenda, Bl. 218.

sondern DM 130 000 für Projektförderung dem BdV zur Verfügung gestellt werde. Der BdV hoffe nun auf Spendengelder aus den unionsgeführten Ländern<sup>31</sup> und reduzierte seine Bonner Geschäftsstelle auf 13 Mitarbeiter. Das Bundesinnenministerium zahlte 1975 die zugesagten DM 251 000 für die Durchführung kultureller Maßnahmen sowie DM 127 000 für sogenannte Eingliederungsmaßnahmen.<sup>32</sup> Im Jahr 1979 mußte die HV A dem SED-Chef Erich Honecker mitteilen, daß das Bundesinnenministerium seinen jährlichen Zuschuß für den BdV um eine Viertelmillion DM erhöht habe auf DM 850 000. Insgesamt stünden dem BdV 1,4 Millionen DM zur Verfügung,<sup>33</sup> die von den beiden Bundesministerien kämen und Beitrags- und Spendenmittel waren. Diese Mittel seien so hoch wie seit Jahren nicht mehr. Auch 1982 berichtete die DDR-Aufklärung der SED-Spitze, daß aus dem Bonner Bundeshaushalt jedes Jahr wachsende Mittel dem Vertriebenendachverband überwiesen wurden. Diese DM 1,6 Millionen würden für die Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit des BdV sowie für ihren Verwaltungsapparat genutzt. Rund DM 1,1 Millionen kämen vom Bundesinnenministerium, DM 135 000 vom Innerdeutschen Ministerium und die restlichen Gelder seien wiederum Beitrags- und Spendenmittel.<sup>34</sup> Nach dem Wechsel in Bonn von der sozial-liberalen zur christlich-liberalen Bundesregierung unternahm die BdV-Führung unter Herbert Czaja den Versuch, angeblich entgangene und verwehrte Zahlungen aus den Vorjahren einzufordern. Das HV A-Dossier vom 18. April 1983 bemerkte dazu: „Bundeskanzler Kohl sicherte dem BdV-Präsidium ein erneutes Gespräch über politische Fragen [...] zu. Eine Nachzahlung von Geldern lehnte er ab und erklärte, daß lediglich aus dem Fonds des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen projektgebundene Mittel für Tagungen, Veranstaltungen, Publikationen im erhöhten Umfang bereitgestellt werden könnten. Eine Aufstockung der institutionellen Förderung (Gehälter und Geschäftsbedarf) durch das BMI sei nicht möglich.“<sup>35</sup>

Im Dezember 1975 informierte die Hauptverwaltung Aufklärung das SED-Politbüro, daß das BdV-Präsidium nach wie vor darüber nachdachte, „alle rechtlichen Möglichkeiten für die Erschütterung der Ostverträge“ offenzuhalten. Gegen den Vertrag Bonn-Warschau meinte man, mit dem Vorwurf der Nichteinhaltung des Vertrages argumentieren zu können. Da Polen seine Zusagen bei der Zahl der genehmigten Ausreisen von Deutschstämmigen nicht einhalte, d.h. eine „Nichterfüllung der humanitären Vertragsgrundlagen“ vorlage, müsse auch Bonn die Vereinbarungen nicht erfüllen.<sup>36</sup> Auch beklagten die Vertriebenen-Funktionäre die seit der Ratifizierung des Vertrags mit

<sup>31</sup> Vgl. Information über die Lage im Bund der Vertriebenen und seine weiteren Aktivitäten, 13. Januar 1975, in: BStU MfS HV A 114, Bl. 367, 368.

<sup>32</sup> Vgl. Information über die Lage im BdV in Vorbereitung auf die Bundesversammlung, 11. Dezember 1975, in: BStU MfS HV A 119, Bl. 61, 62.

<sup>33</sup> Vgl. Haltung der Führung des BdV zu aktuellen politischen Fragen, 3. September 1979, in: BStU MfS HV A 84, Bl. 146.

<sup>34</sup> Vgl. Information über einige Entwicklungstendenzen und Aktivitäten des revanchistischen BdV in der BRD, 4. Februar 1982, in: BStU MfS HV A 14, Bl. 191.

<sup>35</sup> Information über die gegenwärtige Lage des Revanchistendachverbandes BdV in der BRD, 18. April 1983, in: BStU MfS HV A 24, Bl. 57.

<sup>36</sup> Vgl. Information über die Lage im BdV in Vorbereitung auf die Bundesversammlung, 11. Dezember 1975, in: BStU MfS HV A 119, Bl. 60, 61.

Warschau zunehmenden Angriffe der polnischen Presse gegen die BdV-organisierten Besuchsreisen. Der Bund der Vertriebenen forderte dazu auf, „Kontakte im Stillen“ zu pflegen, um die „Gräben zwischen beiden Völkern“ nicht zu vertiefen.<sup>37</sup>

Zwei Jahre später, im November 1977, standen im Fokus der Berichte des MfS an die höchste Partieebene die vermeintlich erstarkten „revanchistischen Aktivitäten“ der Vertriebenenverbände. Im Sprachduktus der Staatssicherheit hieß es: „In konsequenter Fortsetzung des Kampfes gegen die Ostverträge, gegen die Prinzipien von Helsinki [...] verstärkte sie [die BdV-Führung] vor allem den juristischen und publizistischen Druck auf die Bundesregierung. Durch die Wiederbelebung von Treffen und Aufmärschen soll dem abnehmenden Masseneinfluß des Verbandes entgegengewirkt und seinen unrealistischen Forderungen mehr Gewicht verliehen werden.“<sup>38</sup> Der BdV könne sehr auf die Unterstützung der CDU und CSU bauen, besonders die Unionspolitiker Helmut Kohl, Alfred Dregger, Hans Filbinger, Friedrich Zimmermann und Richard Jäger<sup>39</sup> ständen dem Vertriebenenverbund sehr nahe.<sup>40</sup> Die Vertriebenenfunktionäre fanden laut MfS-Analyse bei den Unionsparteien und den genannten Politikern in der Problematik des „rechtlichen und politischen Offenhaltns der deutschen Frage“ sowie in den „Menschenrechtskampagnen als Instrument zur Einmischung in die Angelegenheiten der sozialistischen Länder“ besonderen politischen Rückhalt.<sup>41</sup>

Von Oktober 1977 bis März 1978 fand im jugoslawischen Belgrad die 1. KSZE-Folgekonferenz statt. Hier trafen sich die Staaten der NATO, des Warschauer Vertrags und die Blockfreien, um über die Umsetzung der KSZE-Schlußakte von Helsinki zu reden. Die USA und ihre Verbündeten nutzten die Konferenz vor allem, um über die Menschenrechtsverletzungen im Osten zu klagen, die Sowjetunion und die Ostblockstaaten wollten über die Ächtung der amerikanischen Rüstung, insbesondere über die Existenz der Neutronenbombe, debattieren. Das Belgrader Treffen endete ergebnislos, die Ost-West-Beziehungen liefen zum Ende der 1970er Jahre auf verstärkte Konfrontationen hinaus.<sup>42</sup> Nach Belgrad war auch eine Gruppe der BdV-Führung um

<sup>37</sup> Information über die Lage im BdV in Vorbereitung auf die Bundesversammlung, 11. Dezember 1975, und Information über die Haltung der BdV zur Realisierung der Vereinbarung zwischen VRP, und der BRD, 3. Mai 1976, in: BStU MfS HV A 119, Bl. 61 und MfS HV A 124, Bl. 249–252.

<sup>38</sup> Information über aktuelle Aspekte der Politik des BdV in der BRD, 11. November 1977, in: BStU MfS HV A 67, Bl. 302.

<sup>39</sup> Helmut Kohl (Jg. 1930), 1969–1976 CDU-Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1976–1982 CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, 1982–1998 Bundeskanzler.

Alfred Dregger (1920–2002), 1982–1991 Vorsitz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Hans Filbinger (1913–2007), 1966–1978 CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg, mußte 1978 wegen Verstrickungen in das NS-System zurücktreten.

Friedrich Zimmermann (Jg. 1925), CSU, 1982–1989 Bundesinnen-, bis 1991 Bundesverkehrsminister.

Richard Jäger (1913–1998), CSU, 1965/66 Bundesjustizminister.

<sup>40</sup> Information über aktuelle Aspekte der Politik des BdV in der BRD, 11. November 1977, in: BStU MfS HV A 67, Bl. 302, 307.

<sup>41</sup> Vgl. ebenda, Bl. 302, 303.

<sup>42</sup> Vgl. Schau der Supermächte, in: Der Spiegel, 1978, S. 115f.; Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, S. 60f.

Herbert Czaja gereist. Der Verband wollte sich dort als „nichtstaatliche Organisation zur Verteidigung der Menschenrechte, insbesondere der deutschen Volksgruppe in den sozialistischen Ländern“, profilieren.<sup>43</sup> Über das Ansinnen und Auftreten der Vertriebenenpolitiker in Belgrad informierte die HV A im Februar und April 1978 die SED-Spitzenpolitiker Hermann Axen, Kurt Hager, Werner Lamberz, Willi Stoph und Oskar Fischer. Das MfS konstatierte befriedigt, daß es dem BdV-Generalsekretär Hans Neuhoff<sup>44</sup> und dem CDU-Bundestagsabgeordneten und Vize-Präsidenten des BdV Hans Edgar Jahn<sup>45</sup> in Belgrad nicht gelungen sei, die westlichen Delegationen davon zu überzeugen, die „Probleme der Deutschen in Osteuropa“ auf die Konferenz-Tagesordnung zu setzen. Wörtlich hieß es: „Weder die Delegation der BRD noch die der USA und der anderen NATO- bzw. EG-Staaten seien bereit gewesen, die ihnen bekannte Lage der Deutschen in Osteuropa gegenüber den Problemen anderer nationaler Minderheiten in der Welt als etwas besonderes anzusehen und [...] detailliert zur Sprache zu bringen. [...] Die von Neuhoff und Jahn am 8. Februar 1978 in Belgrad veranstaltete Pressekonferenz sei unerwartet gering besucht worden und daher ohne nennenswerte Resonanz geblieben.“<sup>46</sup>

Im Herbst 1979 befand die HV A als mitteilenswert, daß der Vertriebenenendachverband nach wie vor für das „Offenhalten der deutschen Frage“ in der Öffentlichkeit und in den Medien eintrete, gegen die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition agiere und besonders die Beziehungen Bonns zu Warschau mit größtem Mißtrauen beobachtete. Die BdV-Führung werfe der Bundesregierung ständig vor, die „Möglichkeit der Wiedervereinigung auf unabsehbare Zeit zu vertagen“, den Wiedervereinigungsgedanken nur auf die Gebiete der DDR zu beziehen und „die heute zur VR Polen, der ČSSR und der UdSSR gehörenden ehemaligen deutschen Gebiete“ von dem Gebot abzukoppeln.<sup>47</sup>

Beachtung fanden in Ost-Berlin jegliche Details über personelle Differenzen in der BdV-Führung. So hieß es im September 1979 vom MfS: „In personeller Hinsicht wird weiter bekannt, daß zwischen dem BdV-Präsidenten [Herbert] Czaja und den Vize-präsidenten [Walter] Becher und [Herbert] Hupka ein gespanntes Verhältnis herrscht. Becher und Hupka lehnen Czaja als BdV-Präsidenten ab und opponieren in den Präsidiumssitzungen gegen ihn. Es wird damit gerechnet, daß Hupka aufgrund seines Ansehens im BdV Nachfolger von Czaja wird, wenn dieser zurücktreten oder nicht

<sup>43</sup> Vgl. Zum Auftreten von Vertretern des BdV am Rande des Belgrader Treffens, 13. Februar 1978, in: BStU MfS HV A 81, Bl. 455.

<sup>44</sup> Dr. Hans Neuhoff stammte aus Ostpreußen, war in den 1950er Jahren BdV-Lastenausgleichsreferent, dann bis 1978 BdV-Generalsekretär.

<sup>45</sup> Hans Edgar Jahn (1914–2000), kam aus Pommern, 1965–1980 für die CDU im Bundestag, 1967–1974 einer der BdV-Vizepräsidenten. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 222.

<sup>46</sup> Information über die Haltung der BdV-Führung zu aktuellen politischen Fragen, 11. April 1978, in: BStU MfS HV A 69, Bl. 177, 178.

<sup>47</sup> Vgl. Information über die Haltung der Führung des BdV der BRD zu aktuellen politischen Fragen, 3. September 1979, in: BStU MfS HV A 79, Bl. 241, 242; Aktivitäten der Revanchistenorganisation „BdV“, 7. Dezember 1979, in: ebenda, MfS HA XXII 5057, Bl. 158–162.

wiedergewählt werden sollte.“<sup>48</sup> Die Sichtweisen von Herbert Czaja einerseits und Herbert Hupka und Walter Becher andererseits bezüglich der heimatpolitischen Grundsätze unterschieden sich nur unwesentlich voneinander, aber persönliche Animositäten und ein ausgeprägtes Konkurrenzverhalten bestanden durchaus.<sup>49</sup> Doch Czaja blieb BdV-Präsident. Vier Jahre später kam die HV A auf die besagten Differenzen in der BdV-Führung zurück und konkretisierte: „Während BdV-Präsident Czaja stärker extrem revanchistische Positionen, so u. a. die Anprangerung von ‚Menschenrechtsverletzungen‘ in sozialistischen Staaten oder die Forderung nach Familienzusammenführungen in den Mittelpunkt der Tätigkeit des BdV stellen will, orientieren die Präsidiumsmitglieder Herbert Hupka, [Friedrich] Walter und [Rudolf] Wollner auf eine stärkere Betonung der sogenannten Kulturarbeit.“<sup>50</sup> Dadurch glaubte die Gruppe um Hupka, eine größere Wirksamkeit in der Gesellschaft zu erreichen und vor allem umfangreichere finanzielle Mittel von Bundesbehörden einfordern zu können.

Kurz vor dem Ende der sozial-liberalen Koalition in Bonn informierte im Februar 1982 die Staatssicherheit ihre Parteiführung zusammenfassend über Entwicklungstendenzen und Aktivitäten des Bundes der Vertriebenen.<sup>51</sup> Der BdV-Dachverband schien zufrieden mit seinen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten, die in den letzten beiden Jahren zugenommen hätten und besonders auf Polen ausgerichtet waren. Das hing mit den politisch-instabilen Verhältnissen in Polen<sup>52</sup> zusammen und mit der irrgigen Meinung der Vertriebenenfunktionäre, ein nicht mehr kommunistisches und reformiertes Land würde Änderungen der polnischen Stellung zur Oder-Neiße-Grenze nach sich ziehen.<sup>53</sup>

Nach wie vor blieb die Überalterung der Mitglieder in den Vertriebenenverbänden ein Problem. Die Funktionäre klagten, daß die Geburtsjahrgänge ab 1945 keine Verbindung mehr zur „alten Heimat“ hätten. Seit Jahren werde intensiv unter Jugendlichen, jungen Erwachsenen und besonders unter jungen Akademikern geworben, jedoch mit geringem Erfolg. Die Mitgliederzahlen in den Landsmannschaften und im BdV seien dramatisch eingebrochen, Präsident Czaja fürchte gar um die Aktions-

<sup>48</sup> Information über die Haltung der Führung des BdV der BRD zu aktuellen politischen Fragen, 3. September 1979, in: BStU MfS HV A 79, Bl. 243.

<sup>49</sup> Vgl. Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland, S. 571–577; Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 443–466.

Walter Becher äußerte sich zu den beiden Spitzfunktionären kaum, Czaja erwähnt er überhaupt nicht in seinen Memoiren. Vgl. Walter Becher, Zeitzeuge. Ein Lebensbericht, München 1990.

<sup>50</sup> Information über die gegenwärtige Lage des Revanchistendachverbandes BdV in der BRD, 18. April 1983, in: BStU MfS HV A 24, Bl. 60.

<sup>51</sup> Vgl. Information über einige Entwicklungstendenzen und Aktivitäten des revanchistischen BdV in der BRD, 4. Februar 1981, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 209–219.

<sup>52</sup> Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Polen führten 1980 zur Bildung und zum Aufstieg der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung Solidarność. Im Dezember 1981 verhängte der polnische Ministerpräsident das Kriegsrecht, um einer möglichen Militärintervention von außen vorzukommen. Vgl. Jost Dülffer, Europa im Ost-West-Konflikt, S. 91f.

<sup>53</sup> Vgl. Information über einige Entwicklungstendenzen und Aktivitäten des revanchistischen BdV in der BRD, 4. Februar 1981, in: BStU MfS HV A 14, Bl. 185, 186; Aktion Polenhilfe der Landsmannschaft Pommern in West-Berlin, 28. Dezember 1981, in: ebenda, MfS HA XX ZMA 1436, Bd. 1, Bl. 297, 298.

fähigkeit der Verbände. Hinzu käme, daß große Teile früherer aktiver Verbandsmitglieder durch ihre Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft das Interesse an den Vertriebenenverbänden verloren hätten. Das spiegle sich wider in den eingestellten Beitragszahlungen von Mitgliedern. Der BdV-Landesverband Bayern sei dafür ein deutliches Exempel. Zugleich habe das BdV-Präsidium zur Kenntnis nehmen müssen, daß ein wachsender Teil der Mitglieder die Erfolge und Zielstellungen der Ost- und Deutschlandpolitik der SPD-FDP-Regierung nicht nur toleriere, sondern sogar unterstütze.<sup>54</sup>

Die Aufgaben für die beginnenden 1980er Jahre definierte der BdV so: 1. die Deutsche Frage unter Einbeziehung aller Deutschen, auch der deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa, offen zu halten; 2. die Wiedervereinigung Deutschlands als historische Notwendigkeit im „Rahmen einer freiheitlich-föderalistischen Ordnung in Europa“ zu propagieren; 3. die Kapazitäten für die ostdeutsche Kulturarbeit in Zentren zu konzentrieren. Das BdV-Präsidium lobte die enge Zusammenarbeit mit den, wie es im MfS-Bericht hieß, „rechtskonservativen Parteien CDU und CSU“, insbesondere zum CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß pflegte Präsident Herbert Czaja gute Kontakte. Kritisch wurde jedoch gesehen, daß in der politischen Praxis und in den Medien selbst CDU-Politiker sich kaum im Sinne der BdV-Ziele äußerten. Unbefriedigend befand man die Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen über die Großveranstaltungen des BdV, über den „Tag der Heimat“ und die Pfingsttreffen der Landsmannschaften. Auch, das meinte Präsident Czaja, würden die großen Parteien und die Bonner Regierung die Verbände nicht genügend vor den aggressiven Propagandaangriffen der Ostblockstaaten schützen.<sup>55</sup> Nach dem Regierungswechsel in Bonn, dem Amtsantritt von Bundeskanzler Helmut Kohl und der Bestätigung der CDU/CSU-FDP-Koalition bei den Bundestagswahlen am 6. März 1983 gab die HV A im April 1983 ihren ersten Bericht zur „Lage des Revanchistenverbandes ‚Bund der Vertriebenen‘ in der BRD“. Darin beschrieb sie die Erwartung der BdV-Funktionäre, daß die Interessen der Vertriebenenverbände zukünftig wirkungsvoller in inhaltlicher und materieller Weise unterstützt werden würden. Der Ost-Berliner-Geheimdienst meinte jedoch, daß die Vertriebenenfunktionäre die sehr begrenzte Bedeutung und die Einflußmöglichkeiten ihrer Organisation deutlich überschätzten.<sup>56</sup> Entgegen der öffentlichen Verlautbarungen in der Presse über ein Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und BdV-Präsidenten Czaja am 11. Januar 1983, so informierte das MfS das SED-Politbüro, sei nur in wenigen untergeordneten Fragen Einigung erzielt worden. Kohl habe eine staatliche Mittelaufstockung für den BdV mit Hinweis auf die angespannte Haushaltssituation abgelehnt. Auch habe der Kanzler die Kritik Czajas, er hätte in seiner Regierungserklärung „verschwommene ost- und deutschlandpolitische Formulierungen“ gebraucht, zurückge-

<sup>54</sup> Vgl. Information über einige Entwicklungstendenzen und Aktivitäten des revanchistischen BdV in der BRD, 4. Februar 1981, in: BStU MfS HV A 14, Bl. 185, 188, 189.

<sup>55</sup> Vgl. ebenda, Bl. 185-190.

<sup>56</sup> Vgl. Information über die gegenwärtige Lage des Revanchismusdachverbandes BdV in der BRD, 18. April 1983, in: BStU MfS HV A 24, Bl. 55.

wiesen.<sup>57</sup> Ebenso sei Helmut Kohl und die neue Bundesregierung über zwei Vorschläge des BdV-Präsidiums hinweggegangen. Der Gedanke, beim Kanzleramt, also auf Seiten der Regierung, einen Koordinator in Form eines Staatssekretärs für alle Fragen der Vertriebenenverbände zu installieren, wurde nicht aufgegriffen. Auch der BdV-Vorschlag, das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen umzubenennen in Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, um auf den Zuständigkeitsbereich des „ehemaligen Deutschen Reiches und [die] historisch entstandenen deutschen Siedlungsgebiete in Ost- und Südosteuropa“ hinzuweisen, wurde nicht durchgesetzt.<sup>58</sup> Unverdrossen aber bestand die BdV-Führungsriege Anfang 1983 darauf, öffentlich zu erklären, daß die „Wiedervereinigung Deutschlands einschließlich der ehemaligen Ostgebiete“ das unveränderliche Ziel der Vertriebenenverbände bleibe.<sup>59</sup>

Die elektronische Datenverarbeitung hatte im Ministerium für Staatssicherheit Einzug gehalten. 1976 hatte man in Ost-Berlin über zirka 1250 Vertriebenenfunktionäre persönliche und politisch-berufliche Daten zusammengetragen und auf Datenträger, den sogenannten Kerbblockkarten, gebannt. Es handelte sich um Funktionäre aller denkbaren Vertriebenenorganisationen jeder Ebene – Bund, Länder, Kommunen, Städte – sowie um Mitarbeiter von Zeitungen und Zeitschriften der Vertriebenenpresse.<sup>60</sup>

Die Propaganda-Abteilungen des MfS bzw. der SED produzierten auch in den 1970er Jahren Materialien, die sich auf die zwei bekannten Themenbereiche konzentrierten: Zum einen ging es nach wie vor um das „neonazistische Kräftepotential in den ‚Vertriebenen‘-verbänden“<sup>61</sup> und zum anderen um den „landsmannschaftlich organisierten Revanchismus in der BRD“<sup>62</sup> Diese inzwischen geläufige SED-Revanchismuspropaganda wurde unterstützt mit gleichlautenden Thesen aus dem politisch linken Lager in der Bundesrepublik, der kommunistischen Gruppe um den bekannten Frankfurter Publizisten Georg Herde. Diese Schriften waren durchaus faktenreich, liefen aber immer auf das gängige Interpretationsmuster der SED hinaus. In ihrem Verständnis hieß es: Man „will über Strategie und Taktik revanchistischer Organisationen und Einrichtungen in der BRD nach Abschluß der Verträge mit der UdSSR, der VR Polen und der DDR [...] informieren. [Man] will Aufschluß geben über die Verflechtung dieser Organisationen [...] mit CDU/CSU und unterrichten über Förderung und Ermunterung, die revanchistische Organisationen [...] von Seiten der

<sup>57</sup> Vgl. Information über die gegenwärtige Lage des Revanchismusdachverbandes BdV in der BRD, 18. April 1983, in: BStU MfS HV A 24, Bl. 56, 57; Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland?, S. 611–622.

<sup>58</sup> Information über die gegenwärtige Lage des Revanchismusdachverbandes BdV in der BRD, 18. April 1983, in: BStU MfS HV A 24, Bl. 58.

<sup>59</sup> Vgl. ebenda, Bl. 57.

<sup>60</sup> Vgl. Kerbblockkarten – Informationen über Personen aus dem Operationsgebiet, 1976, in: BStU MfS AS 138/76, Band 1 bis 6; Abkürzungsverzeichnis, S. 51.

<sup>61</sup> Vgl. Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/1, S. 301–359.

<sup>62</sup> Vgl. Dietrich Gayko, Aktuelle Tendenzen im landsmannschaftlichen Revanchismus der BRD, in: BStU MfS SED-KL 4251, Bl. 10–16; ZK der SED: Zu Grundlinien der gegnerischen Propaganda im Hinblick auf den 30. Jahrestag der Befreiung, 20. Februar 1975, in: SAPMO-BA DY 30 vorl. 18298.

Bundesregierung, Landesregierungen und kommunalen Verwaltungen erhalten. [Man] will [...] informieren über Struktur und Stärke jener Organisationen und Einrichtungen, die als Relikt des Kalten Krieges weiterhin auf das politische und gesellschaftliche Leben in der BRD Einfluß ausüben.“<sup>63</sup>

Die MfS-Analysen gingen Mitte der 1970er Jahre davon aus, daß entgegen den öffentlichen Erklärungen des BdV-Präsidiums nicht mehr 2,5 Millionen Vertriebene in den Verbänden organisiert waren, sondern nur noch rund 1,5 Millionen. Diese Zahl entsprach der der beitragszahlenden Mitglieder in den Landsmannschaften bzw. im BdV.<sup>64</sup> Somit rechneten die Ideologen der Staatssicherheit, daß noch rund 15 Prozent aller Vertriebenen in der Bundesrepublik sich in den besagten Verbänden organisierten, was durchaus realistisch war. Die überhöhte Angabe von Mitgliederzahlen durch die BdV-Führung werteten die Ost-Berliner zu Recht als „Flucht nach vorn“, d.h. über die schwindende Bedeutung der Verbände hinwegzutäuschen und bei der SPD-FDP-Regierung politisches Gewicht zu demonstrieren. Nach wie vor blickten Staatssicherheit und SED ausgesprochen aggressiv auf die Existenz und das Wirken des Bundes der Vertriebenen und der 20 ostdeutschen Landsmannschaften in der Bundesrepublik. Die Vertriebenenverbände bezeichneten sie in den 1970er Jahren vorzugsweise als „latent neonazistisch“. Auch die Spaltenpolitiker wie Herbert Czaja, Walter Becher und Herbert Hupka betitelte man durchweg als „neonazistische Revanchistenführer“.<sup>65</sup> Für die Ost-Berliner Agitatoren waren die Verbände politisch straff zur „Realisierung ihrer reaktionären, revanchistischen und konterrevolutionären Ziele“ organisiert. Dem BdV ginge es nach Überzeugung der Staatssicherheit nicht um eine Interessenvertretung der Vertriebenen, sondern um die Ausnutzung dieser zur „Durchsetzung der revanchistischen Interessen des reaktionären Teils der imperialistischen Bourgeoisie“. Diese Ziele hießen nach MfS-Lesart: Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges durch die Rückgliederung der ehemaligen deutschen Ostgebiete; „Liquidierung der sozialistischen Gesellschaftsordnung“ in der DDR, in Polen, in der ČSSR, um diese „unter Herrschaft des BRD-Imperialismus“ zu bringen, und „Zerstücklung der UdSSR“, um große Gebiete der UdSSR in das „geplante ‚Großdeutsche Reich‘ einzugliedern“.<sup>66</sup>

Genau erfaßten die Ost-Berliner Verflechtungen zwischen BdV und dem Parteiensystem der Bundesrepublik. Die Staatssicherheit stellte fest, daß beim Regierungswechsel in Bonn von der christlich-liberalen zur sozial-liberalen Koalition 1969

<sup>63</sup> Georg Herde, Anke Wagner, Revanchistische Politik. Einfluß-Kräfte-Gefahr, Frankfurt/a.M. 1977, S.7.

Allein die Anzahl der Artikel, die Georg Herde über den BdV und die Landsmannschaften in den „Neuen Kommentaren“ veröffentlichte, sind kaum zu überschauen. Sie wurden beim MfS gesammelt. In: BStU MfS ZAIG 9708, Teil 1; MfS ZAIG 22636, Bl. 1-247.

<sup>64</sup> Vgl. Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 38, 39; Dietrich Gayko, Aktuelle Tendenzen im landsmannschaftlichen Revanchismus der BRD, 1974, in: ebenda, MfS SED KL 4251, Bl. 10.

<sup>65</sup> Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 37, 39.

<sup>66</sup> Ebenda, Bl. 39, 45.

54 führende Vertriebenenfunktionäre im Bundestag saßen, und zwar 20 als Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion, 29 als SPD-Abgeordnete und fünf als Abgeordnete der FDP. Eine Legislaturperiode später, Ende 1972, waren nur noch „17 einflußreiche Funktionäre des landsmannschaftlichen Revanchismus [...] ausnahmslos als Mitglieder [...] der CDU/CSU Fraktion“ im Bonner Parlament. Auch das registrierte man genau: „Das 7-köpfige BdV-Präsidium wird heute faktisch von Funktionären der CDU und der CSU beherrscht.“<sup>67</sup> Unter den SPD-Bundeskanzlern erfuhren BdV und Landsmannschaften, so MfS-Aussagen, besondere politische und finanzielle Unterstützung von CDU- und CSU-geführten Bundesländern. Und man meinte auch beurteilen zu können, daß sich Mitte der 1970er Jahre die Vertriebenenverbände mit der SPD-FDP-Bundesregierung oberflächlich arrangiert hatten. Der BdV begann sich, angeblich beeinflußt von der SPD, in taktischer und propagandistischer Hinsicht auf die neue Situation einzustellen, indem offene Forderungen nach Gebietsansprüchen mehr und mehr in den Hintergrund traten und stärker eine „Politik des scheinbaren Brückenschlagens“, nach dem Motto „Wandel durch Annäherung“, verfolgt wurde.<sup>68</sup> BdV und Landsmannschaften seien in den letzten Jahren dazu übergegangen, weniger laut territoriale Gebietsforderungen und Grenzrevisionen gegenüber Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion zu erheben. Mehr und mehr habe man sich auf „juristische Argumentationen“, auf sogenannte Rechtsansprüche, verlegt, um über die Idee eines „internationalen Volksgruppenrechts“, welches als „Bestandteil des Völkerrechts ausgegeben werden“ sollte, die BdV-Grenzrevisionsforderungen in ein neues Gewand zu kleiden. Mit größtem Mißtrauen beobachtete das MfS, wie der BdV seine Ziele in der Öffentlichkeit, insbesondere in den Medien, propagierte. Genaue Kenntnis hatte man, welche führenden Vertriebenenpolitiker Sitz und Stimme im Rundfunkrat des Bayerischen und des Süddeutschen Rundfunks, im Programmbeirat des Norddeutschen Rundfunks und des Westdeutschen Rundfunks hatten.<sup>69</sup>

Staatssicherheit und SED beurteilten das Wirken der Vertriebenenverbände unter der SPD-FDP-Bundesregierung als ebenso „gefährlich revanchistisch“ und „politisch-ideologisch-diversiv“ wie unter der CDU/CSU-FDP-Koalition, wenn nicht sogar als gefährlicher, weil weniger offensichtlich. 1974 hieß es daher abschließend in einer MfS-Analyse dazu: „Fest steht, daß die SPD-FDP-Regierung den BdV und die Landsmannschaften auf der Grundlage der noch immer voll gültigen ‚Bundesvertriebenengesetze‘ finanziell und politisch-moralisch unterstützt [...] und diese Förderung nicht nur nicht eingeschränkt, sondern permanent ausgeweitet [...] hat.“<sup>70</sup> Dabei setzen die Vertriebenenpolitiker besonders auf die FDP und da auf den amtierenden Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher<sup>71</sup>.

<sup>67</sup> Dietrich Gayko, Aktuelle Tendenzen im landsmannschaftlichen Revanchismus der BRD, 1974, in: BStU MfS SED KL 4251, Bl. 11.

<sup>68</sup> Vgl. Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 48.

<sup>69</sup> Vgl. ebenda, Bl. 43, 55, 56.

<sup>70</sup> Ebenda, Bl. 57.

<sup>71</sup> Hans-Dietrich Genscher (Jg. 1927), FDP-Politiker, 1969–1974 Bundesinnenminister, 1974–1992 Bundesaußenminister und 1974–1985 FDP-Bundesvorsitzender.

Der Staatssicherheit und den SED-Agitatoren waren die schwindende Akzeptanz und Einflußnahme der Vertriebenenverbände in der bundesdeutschen Gesellschaft nicht verborgen geblieben. Entgegen ihrer lautstark vorgetragenen „Revanchismus-Propaganda“, ihren aggressiven „Neofaschismus“-Vorwürfen an die Vertriebenenpolitiker, wußte man in Ost-Berlin um die Machteinbuße des Bundes der Vertriebenen auf die Politik, die Gesellschaft und auch auf das Vertriebenenklientel. Selbst zu den großen Vertriebenentreffen, „Tag der Heimat“ in West-Berlin oder zu den Pfingsttreffen der Landsmannschaften kamen im Vergleich zu den 1960er Jahren nur noch zwei Drittel bis die Hälfte der Besucher. Es trat dort kein offizieller Vertreter der Bundesregierung als Redner mehr an, und auch die Medien berichteten immer weniger über die Treffen und Aufmärsche der organisierten Vertriebenen.<sup>72</sup> In einem MfS-Papier von 1974 hieß es dazu: „Größer ist von Jahr zu Jahr die Diskrepanz zwischen den Propagandathesen der Landsmannschaftsführer und dem überwiegenden Teil der öffentlichen Meinung der BRD geworden. Die innenpolitische Isolierung der revanchistischen Verbände war noch niemals so weit vorangeschritten wie in der Gegenwart. Immer häufiger wird in der Öffentlichkeit die Anmaßung der Verbände zurückgewiesen, als politische ‚Repräsentanz‘ einer [angeblich noch] ‚nach Millionen‘ zählenden Bevölkerungsgruppe aufzutreten [...]. Selbst [konservative Zeitungen] der Springer-presse mußten [bereits ...] 1973 zugeben, daß der Einfluß dieser Verbände auf die ehemaligen Umsiedler [Vertriebene!] insgesamt erheblich zurückgegangen ist, daß sie nur eine geringe Anziehungskraft auf die Jugend auszuüben vermögen und infolgedessen letzten Endes vom Aussterben bedroht seien.“<sup>73</sup>

Das war eine durchaus zutreffende Einschätzung der DDR-Staatssicherheit über die Stellung der Vertriebenenorganisationen in der Bundesrepublik.

## 2. Exkurs: Der Bund der Mitteldeutschen

Neben dem Bund der Vertriebenen und den zwanzig ostdeutschen Landsmannschaften existierten in der Bundesrepublik vier bzw. sechs weitere sogenannte mitteldeutsche Landsmannschaften, die sich im April 1969 in West-Berlin zum „Bund der Mitteldeutschen“ (BMD) zusammenschlossen.<sup>74</sup> Diese mitteldeutschen Landsmann-

Die BdV-Hoffnungen, auf den Politiker Genscher in Sachen ihrer heimatpolitischen Forderungen setzen zu können, erfüllten sich nicht. Der Vertriebenenpolitiker Czaja entwickelte später in seinen Memoiren (1996) das Konstrukt des „Genscherismus“ und meinte damit eine Politik der Wiedervereinigung „nur“ mit der DDR und die Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen im 2+4-Vertrag 1990/91 durch die Bundesregierung Kohl-Genscher. Vgl. Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland?, S. 603ff.

<sup>72</sup> Vgl. „Tag der Heimat“ in Westberlin, 9./10. September 1978, in: BStU MfS HA XX 13406, Bl. 172, 173; Deutschlandtreffen der Schlesier 1971 bis 1981, in: ebenda, MfS ZAIG 9715, Bl. 3-94, 99-135.

<sup>73</sup> Dietrich Gayko, Aktuelle Tendenzen im landsmannschaftlichen Revanchismus der BRD, 1974, in: BStU MfS SED KL 4251, Bl. 13.

<sup>74</sup> Vorläuferorganisation war seit 1966 die „Aktionsgemeinschaft mitteldeutscher Flüchtlingsverbände und Landsmannschaften“. In den 1950er Jahren hatte sich bereits ein „Gesamtverband der Sowjetzonen-Flüchtlinge“ gegründet, die mitteldeutschen LM konstituierten sich nach dem 13. August 1961.

schaften vereinten in der Regel keine Vertriebenen und Flüchtlinge aus den alten deutschen Ostgebieten bzw. keine Deutschen aus den südöstlichen europäischen Siedlungsräumen bzw. deren Nachkommen, sondern Personen, die aus der Sowjetischen Besatzungszone, dann DDR, stammten und diese, aus welchen Gründen auch immer, seit 1945 verlassen hatten. Von 1949 bis zum 13. August 1961 gingen rund 2,8 Millionen Bürger der DDR in Richtung West-Berlin und Bundesrepublik. Unter diesen sogenannten Republikflüchtigen waren etwa 750 000 bis 900 000 ursprünglich Heimatvertriebene. Die Zahl der zwischen 1964 bis 1989 von der Bundesrepublik freigekauften politischen Häftlinge der DDR belief sich auf rund 34 000 Menschen. In den 1980er Jahren stieg auch die Zahl der von den DDR-Behörden genehmigten Ausreisen, insgesamt waren es bis 1988 rund 150 000.<sup>75</sup> Wer von den Ausgereisten und den Freigekauften möglicherweise Vertriebener bzw. deren Nachkomme war, kann gegenwärtig nicht gesagt werden. Für alle diese früheren DDR-Bürger, deren Geburtsort auf dem Gebiet der DDR lag, galt die Möglichkeit, sich in den mitteldeutschen Landsmannschaften zu organisieren. Der Bund der Mitteldeutschen selbst gab die Zahl mit rund vier Millionen SBZ- und DDR-Flüchtlingen an.<sup>76</sup> Die Verbände nannen sich:<sup>77</sup>

Landsmanschaft Mecklenburg e.V., Bundessitz war in Hamburg;  
 Landsmanschaft Sachsen Anhalt e.V., Bundessitz war in Hannover;  
 Landsmanschaft Sachsen e.V., Bundessitz war in Stuttgart;  
 Landsmanschaft Thüringen e.V., Bundessitz war in Mainz;  
 Landsmanschaft Berlin-Mark Brandenburg e.V., mit dem Sitz in West-Berlin sowie die Landsmanschaft Pommern, mit ihrem Bundessitz in Lübeck.<sup>78</sup>

Die beiden letztgenannten Landsmannschaften zeichnete eine Besonderheit aus. Sie konnten sowohl Heimatvertriebene als auch „nur“ SBZ/DDR-Bürger aufnehmen, da die Landsmanschaft Berlin-Mark Brandenburg die Ostbrandenburger jenseits der Oder-Neiße-Grenze und die Brandenburger um Berlin vereinte, so wie die Landsmanschaft Pommern, welche die Pommern hinter der Oder-Neiße-Linie und die Vorpommern auf dem Gebiet der DDR umfaßte. Hier vermischtten sich Heimatvertriebene und „Republikflüchtige“. Mitte der 1970er Jahre zählten die sechs Landsmannschaften insgesamt nur rund 85 000 Mitglieder.<sup>79</sup> Neben den sechs aufgezählten mitteldeutschen Landsmannschaften schlossen sich weitere Organisationen bzw. so-

<sup>75</sup> Vgl. Hermann Weber, DDR, S. 289–342;  
<http://de.wikipedia.org/wiki/Haeflingsfreikauf>.

<sup>76</sup> Vgl. Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Mitteldeutschen e.V.“ (BMD) in der Bundesrepublik, Juli 1988, in: BStU MfS HV A 1346, Bl. 51.

<sup>77</sup> Vgl. Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 61.

<sup>78</sup> Vgl. Zum Wesen, zu den Funktionen und den Methoden revanchistischer Landsmannschaften und ihrer Unterorganisationen in der BRD, 1986, in: BStU MfS JHS 20629, Bl. 111, 112.

<sup>79</sup> Im einzelnen sah es so aus: LM Berlin – Mark Brandenburg mit 15 000 Mitgliedern, LM Mecklenburg mit 16 000, LM Pommern mit 9000, LM Anhalt 15 000, LM Sachsen 15 000 und LM Thüringen mit 15 000 Mitgliedern. Vgl. Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 61.

genannte Fachverbände zum „Bund der Mitteldeutschen“ zusammen, und zwar der „Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge e.V.“ und der „Gemeinschaftsverband politischer Sowjetgefangener e.V.“ sowie Organisationen mit beruflich- bzw. statusausgerichteter Orientierung wie „Heimatverdrängtes Landvolk e.V.“, „Interessengemeinschaft der in der Zone enteigneten Betriebe e.V.“, „Vereinigung der aus der Sowjetzone verdrängten Lehrer und Beamten e.V.“<sup>80</sup> Damit umfaßte die Dachorganisation „Bund der Mitteldeutschen“ bei ihrer Konstituierung 1969 rund 230 000 Mitglieder.<sup>81</sup> Das entsprach einem Organisationsgrad von nur rund fünf Prozent. Landesverbände des BDM existierten in allen Bundesländern, ausgenommen in den Ländern Hessen, Saarland und Hamburg. Als besonders aktiv schätzte man in Ost-Berlin die landsmannschaftlichen Aktivitäten des Bundes in München und in West-Berlin ein.

Für SED und MfS war die Existenz, Tätigkeit und Wirkung des Bundes der Mitteldeutschen gefährlich. Wie die MfS-Berichte zunächst nüchtern analysierten, war die soziale Struktur des BMD heterogen, „da die Personen, die aus politischen Gründen die DDR verließen und in die BRD bzw. nach Westberlin gingen, [...] aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten stammen. [Dies waren] also politische Kräfte, die auf Grund ihrer Feindschaft gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht der DDR in die BRD gingen, um von dort aus ihre reaktionären Ziele gegen die DDR weiter zu verfolgen.“ Aber die Ost-Berliner Funktionäre konnten ihre eingeschränkte Sichtweise nicht ablegen, wenn sie weiter sehr einseitig behaupteten, daß im Bund der Mitteldeutschen „ehemalige führende Nazis und Militärs, ehemalige kapitalistische Unternehmer, die enteignet wurden, ehemalige Großbauern und Großgrundbesitzer [...]“ saßen.<sup>82</sup> Die seit 1945 von Ost nach West gegangenen Deutschen, die „Republikflüchtigen“, die regulär Ausgereisten, die „Freigekauften“ und jene Westdeutschen, die ihre familiären Wurzeln auf dem Gebiet der DDR sahen und sich in den mitteldeutschen Landsmannschaften organisierten, verfügten über eine Vielzahl an verwandschaftlichen und freundschaftlichen Verbindungen in die DDR. Und diese deutsch-deutschen Kontakte, der nur bedingt zu kontrollierende Zusammenhalt über die deutsch-deutsche Grenze hinweg, schienen SED und MfS suspekt. Sie standen der SED-Ideologie und Propaganda von einem sozialistischen DDR-Staatsbewußtsein, von der angeblich entstandenen sozialistischen deutschen Nation im Wege. Dieser deutsch-deutsche Zusammenhalt, der sich durch die ständigen Ausreisewellen bis 1989 immer wieder

<sup>80</sup> Mitglieder im „Gesamtverband der Sowjetzonenmitglieder“ zirka 95 000, in der „Gemeinschaft politischer Sowjetgefangener“ 4000, im „Heimatverdrängten Landvolk“ zirka 5000, in der „Interessengemeinschaft der in der Zone enteigneten Betriebe“ rund 2000 und in der „Vereinigung der aus der Sowjetzone verdrängten Lehrer und Beamten“ rund 2000 Mitglieder um 1970. Vgl. Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 60.

Doppelmitgliedschaften sowohl in den Landsmannschaften wie in den genannten Organisationen waren möglich. Damit ist die reale Zahl der Mitglieder im BMD schwer auszumachen.

<sup>81</sup> Vgl. Information: Gründung eines „Bundes der Mitteldeutschen“, 16. Mai 1969, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 117, 118.

<sup>82</sup> Beide Zitate: Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 59.

reproduzierte, war auch ein Symbol für das von der SED-Seite negierte und bekämpfte „Offenhalten der deutschen Frage“ und stand für ein nationales deutsches Zusammengehörigkeitsgefühl entgegen aller staatlichen Grenzen.

Das Ministerium für Staatssicherheit beobachtete und dokumentierte Existenz und Entwicklung sowie Ziele und Aktivitäten des BMD recht akribisch. Im Zentrum der geheimdienstlichen Aufmerksamkeit standen die vier bzw. sechs mitteldeutschen Landsmannschaften mit ihren Aktionen und ihrer Wirksamkeit. Die sogenannten Fachverbände erlangten kein eigenständiges politisches Gewicht, so daß die Staatssicherheit diese in der Geheimdienstbearbeitung vernachlässigte.<sup>83</sup> Nach den offiziellen Angaben des Präsidiums vom Bund der Mitteldeutschen<sup>84</sup> lauteten die Ziele und Aufgaben des Verbands zum Gründungszeitpunkt: 1. Alle Maßnahmen ergreifen, die zur „Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit“ führen, und Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht und das „Recht auf die angestammte Heimat für alle Mitteldeutschen“; 2. Beziehungen, Geschichtsbewußtsein, kulturelle Leistungen und landsmannschaftliche Verbundenheit der Mitteldeutschen pflegen und stärken sowie 3. Sorge tragen für die rechtliche und materielle Gleichstellung der Flüchtlinge aus Mitteldeutschland mit den Vertriebenen aus Ostdeutschland. Der BMD betrachtete sich als „Sachwalter der in der mitteldeutschen Heimat lebenden 17 Millionen Landsleute, solange diesen eine freie demokratische Entscheidung über ihr politisches Schicksal verwehrt“ sei.<sup>85</sup>

Die Staatssicherheit schätzte die Ziele des BMD zu Beginn der 1970er Jahre so ein: Der Verband strebe nach der Beseitigung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR, nach der Liquidierung der DDR als selbständigen Staat und „seine Einverleibung in die BRD“. Der BMD betreibe „gezielte politisch-ideologische Diversion und Wühlätigkeit“ gegen die DDR und benutze dazu die sich seit dem Abschluß des Grundlagenvertrages ergebenden vielfältigen Kontaktmöglichkeiten mit DDR-Bürgern. Politisch wirke der Verband gegen jede völkerrechtliche Anerkennung der DDR und für das Offenhalten der deutschen Grenzregelung bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland.<sup>86</sup> 1970 hieß es dementsprechend beim MfS über den Bund der Mitteldeutschen: Er ist „eine Einrichtung des westdeutschen Imperialismus zur Durchsetzung des Antikommunismus und der psychologischen Kriegsführung gegen die DDR [...], wobei die vom BMD vertretene politische Linie staatsoffiziell unterstützt wird und Ausdruck einer Mehrgleisigkeit der offiziellen Bonner SPD-FDP-Politik [...]“ ist.<sup>87</sup>

Alle diese programmatischen Ziele und Aufgaben des BMD richteten sich gegen die staatliche Existenz der DDR und gegen die SED-Herrschaft und wurden daher

<sup>83</sup> Vgl. Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Mitteldeutschen“ in der Bundesrepublik, Juli 1988, in: BStU MfS HV A 1346, Bl. 50.

<sup>84</sup> Hauptsitz und Geschäftsstelle befanden sich in Bonn, in der Wilhelmstraße.

<sup>85</sup> MfS-Information: Gründung eines „Bundes der Mitteldeutschen“, 16. Mai 1969, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 118.

<sup>86</sup> Vgl. Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 63, 64.

<sup>87</sup> Bund der Mitteldeutschen – Bonn, 9. April 1970, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 146, 147.

politisch und geheimdienstlich von SED und MfS bekämpft. Auffallend war jedoch, daß die DDR-Seite die Entwicklung des Dachverbandes genau verfolgte, aber eine öffentliche Propaganda gegen diese mitteldeutschen Landsmannschaften weitgehend unterließ – so, als ob man in Ost-Berlin deren Existenz lieber verschwieg, als sie öffentlich zu bekämpfen. Die unterlassene aggressive Propaganda hing möglicherweise auch damit zusammen, daß SED und MfS Bedeutung und Einfluß der mitteldeutschen Landsmannschaften und ihrer Dachorganisation von Anfang an als gering einschätzten, was durchaus den Tatsachen entsprach und daß sie auf die Existenz einer großen Zahl an „Republikflüchtigen“ nicht erst aufmerksam machen wollte.

1969 und 1970 stand der bekannte CDU-Politiker und Bundestagsabgeordnete Ernst Lemmer<sup>88</sup> an der Spitze des Bundes der Mitteldeutschen. Lemmer hatte zuvor schon eine Vorgängerorganisation des Verbandes, den „Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge“ geleitet. Ihm folgte auf dem Posten des BMD-Präsidenten 1971 der CDU-Politiker Jürgen Wohlrabe<sup>89</sup> und 1973 der SPD-Politiker Hermann Kreutzer<sup>90</sup>, der das Amt bis 1975 innehatte. In der zeitgenössischen Beobachtung durch das MfS wollten die Geheimdienststoffiziere 1974 erkannt haben, daß bisher alle drei BMD-Präsidenten aus West-Berlin stammten und auch damit die „imperialistische Brückenkopffunktion Westberlins in der Ost- und Deutschlandpolitik“ der Bundesrepublik bewiesen sei. Zudem glaubte man zu wissen, daß die Wahl des SPD-Mannes Kreutzer einen gegenläufigen Trend zur Entwicklung im Bund der Vertriebenen erkennen ließ. Die MfS-Bewertung lautete: „Während in den anderen revanchistischen Organisationen [BdV und ostdeutsche Landsmannschaften] im Verlauf der letzten Jahre die Sozialdemokraten aus den Führungspositionen verdrängt wurden oder von der SPD zur CDU/CSU überwechselten (wie z. B. Herbert Hupka), entspricht die parteipolitische Struktur der Führungsspitze des Bundes der Mitteldeutschen dem Modell einer ‚Großen Koalition‘. Dies [...] beweist die weitgehende Übereinstimmung zwischen der SPD-FDP-Regierungskoalition und der CDU-CSU-Opposition bezüglich der Rolle [...] des Bundes.“<sup>91</sup> Diese Beobachtung traf nur vorübergehend zu. Seit 1975 standen durchgehend wieder CDU-Politiker dem Bund der Mitteldeutschen als Präsidenten vor: von 1975 bis 1978 Joachim Dorenburg, CDU-Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Schleswig-Holstein bei der Bundesregierung, von 1979 bis

<sup>88</sup> Ernst Lemmer (1898–1970), 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin bzw. in der SBZ, von den Sowjets 1948 als CDU-Vorsitzender abgesetzt, 1950–1969 im West-Berliner Abgeordnetenhaus, 1952–1970 MdB, verschiedene Bonner Ministerämter u.a. 1964–1965 Bundesvertriebenenminister.

<sup>89</sup> Jürgen Wohlrabe (1936–1995), floh 1956 wegen verwehrtem Oberschulbesuch aus der DDR nach West-Berlin, Jurist, seit 1958 CDU, Abgeordneter im West-Berliner Abgeordnetenhaus und MdB (1969–1979). Vgl. in: [http://de.wikipedia.org/wiki/Juergen\\_Wohlrabe](http://de.wikipedia.org/wiki/Juergen_Wohlrabe).

<sup>90</sup> Hermann Kreutzer (1924–2007), war politischer Häftling in der NS-Zeit („Wehrkraftzersetzung“) und in der SBZ/DDR (1947–1956 wegen „konterrevolutionärer Umtriebe“), ab 1956 in West-Berlin, Ämter als SPD-Kreis- und Bezirksfunktionär, ab 1970 Vertreter des Berlin-Bevollmächtigten der Bundesregierung, Kritik an Willy Brandts Ostpolitik und Gegner jeglicher Verhandlungen mit der DDR, 1980 in den Ruhestand versetzt, SPD-Ausschluß. Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Hermann\\_Kreutzer](http://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Kreutzer).

<sup>91</sup> Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 62, 63.

1986 der CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred Schmidt und ab 1986 Bernd Wilz<sup>92</sup>, ebenfalls CDU-Bundestagsabgeordneter.<sup>93</sup>

Die Staatssicherheitsanalysen unterstrichen die enge Zusammenarbeit zwischen den beiden sogenannten Revanchistenverbänden Bund der Vertriebenen und Bund der Mitteldeutschen. Beide Verbände wären in ihrer spezifischen Aufgabenstellung überein gekommen, daß der BdV die „großdeutschen, weit in den osteuropäischen Raum hineinreichenden Ziele“ verfolge, während der BMD sich auf „Mitteldeutschland“, d.h. auf die DDR konzentriere. In der ersten Hälfte der 1970er Jahre, in der Konstituierungsphase des Dachverbandes Bund der Mitteldeutschen, hätten sich die mitteldeutschen Landsmannschaften zunächst mit dem Bund der Vertriebenen solidarisiert in der scharfen Polemik gegen die Neue Ostpolitik der Bundesregierung. Das habe zu größeren Problemen mit sozialdemokratisch gesinnten Mitgliedern und Funktionären der mitteldeutschen Landsmannschaften geführt, zu vermehrten Austritten aus dem Verband. Zudem habe die SPD-FDP-Koalition damit gedroht, die Finanzmittel für den BMD zu streichen, wenn dieser seine Opposition gegen die Bonner Ostpolitik nicht unterlasse.<sup>94</sup> Als Reaktion darauf, so die Beobachtungen des MfS, habe der Bund der Mitteldeutschen im Februar 1972 öffentlich die Erklärung abgegeben, daß er die „volle Anwendung der Überparteilichkeit“ des BMD verspreche und daß die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung „prinzipiell und voll akzeptiert“ werde.<sup>95</sup> Von da an agierte der Bund der Mitteldeutschen deutlich zurückhaltender gegen die deutschlandpolitische Linie der Bonner Regierung als der Bund der Vertriebenen. Das hatte vermutlich auch zur Folge, daß in der weiteren Entwicklung der Bund der Vertriebenen immer eine Distanz zum Bund der Mitteldeutschen wahrt.

Die Funktionäre der mitteldeutschen Landsmannschaften hatten 1972/73 intern für sich geklärt, daß sie die Ostverträge der Bundesregierung, insbesondere den Grundlagenvertrag mit der DDR, so nicht gewollt hätten, nun aber die „Macht des Faktischen“ anerkennen und „das Beste aus den Verträgen“ machen würden. Der BMD stellte seine Arbeit unter die Fragestellung: „Was kommt für die Deutschen in beiden Teilen unseres Landes an Erleichterungen dabei heraus?“<sup>96</sup> Nach Ansicht der Staatssicherheit ging es dem BMD um bessere Einreisemöglichkeiten in die DDR, um verbesserte Kommunikationsmöglichkeiten von Ost nach West, um „menschliche Erleichterungen in Mitteldeutschland“, um deutsch-deutsche Begegnungen mit dem Zweck der „gezielten ideologischen Infiltration“ zur Anbahnung von politischen Ver-

<sup>92</sup> Manfred Schmidt (1929–2005), Theologe in Greifswald und Göttingen, siedelte nach Westdeutschland über, Pfarrer in Lüdenscheid und in Wuppertal, seit 1946 CDU-Mitglied, seit 1975 MdB. Vgl. in: [http://de.wikipedia.org/wiki/Manfred\\_Schmidt](http://de.wikipedia.org/wiki/Manfred_Schmidt).

Bernd Wilz (Jg. 1942), aufgewachsen in Westsachsen, ging nach Westdeutschland, Rechtsanwalt, seit 1965 CDU. Vgl. Internationales Biographisches Archiv 24/1999.

<sup>93</sup> Vgl. Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Mitteldeutschen“ in der Bundesrepublik, 1. Oktober 1988, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 254, 255.

<sup>94</sup> Vgl. Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 65.

<sup>95</sup> Vgl. ebenda, Bl. 66.

<sup>96</sup> Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Mitteldeutschen“ in der Bundesrepublik, 1. Oktober 1988, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 258.

änderungen in der DDR. Dem BMD sei besonders daran gelegen, dies die Überzeugung des MfS, den „Gedanken an die Einheit der Nation“ zu bewahren.<sup>97</sup> In der Öffentlichkeit geriere sich der BMD als „Sprecher für die Flüchtlinge aus und für die 17 Millionen Menschen in Mitteldeutschland“. Nach wie vor verlange der Verband Freiheit, Selbstbestimmungsrecht, Freizügigkeit für alle Deutschen, die Verwirklichung der Menschenrechte in der DDR und die „Wiederherstellung der deutschen Einheit als freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat“.<sup>98</sup>

Die ständige Proklamation dieser Ziele und Forderungen und die Versuche, diese umzusetzen, mobilisierten SED und Mfs. Ost-Berlin empfand diese als subversivgefährliche Anmaßungen. Der MfS-Bericht von 1974 hielt fest: „Hauptschwerpunkt der subversiven Tätigkeit des BMD [...] ist die organisierte Kontaktaktivität und Stützpunktbildung in der DDR.“<sup>99</sup> Der Bund der Mitteldeutschen orientierte im Mai 1973 zum wiederholten Male seine Mitglieder und Funktionäre darauf, Verbindungen in die DDR herzustellen und zu verstetigen, d.h. „mehr einzureisen, zu telefonieren, Pakete zu schicken, Bücher zu senden, selbst als Träger von Informationen, Meinungen und Ideen zu fungieren, Touristen für Ausflüge nach Mitteldeutschland zu werben und die Jugend in dies alles einzubeziehen“.<sup>100</sup> Die geheimdienstliche Tätigkeit richtete sich auf die Beobachtung, Kontrolle und Unterbindung dieser „organisierten Kontaktpolitik“. Als weiteres Aktionsfeld forderte der BMD eine stärkere öffentliche und von der Bundesregierung unterstützte Gegenpropaganda in Form einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Gesellschafts- und Rechtssystem der DDR. In dieser politischen Diskussion müsse von Seiten des Westens mehr mit den Begriffen „Freizügigkeit“, „Informations- und Meinungsfreiheit“, „Beseitigung von Mauer, Stacheldraht, Todesstreifen, Minen und Schießbefehl“ hantiert werden. Die Staatssicherheit registrierte zufrieden, daß die SPD-Führung, konkret der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner, eine zurückhaltende Stellung gegenüber diesen Forderungen des Bundes der Mitteldeutschen erkennen ließ.<sup>101</sup>

Der Bund der Mitteldeutschen, die Landsmannschaften der Mecklenburger, der Anhaltiner, der Sachsen und der Thüringer sowie die der Berlin-Mark Brandenburger und der Pommern waren durchsetzt mit Spitzeln und Agenten des Mfs. In den Akten-Hinterlassenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit finden sich bisher nicht gezählte und nicht gesichtete Spiegelberichte und diverse Beobachtungsprotokolle,<sup>102</sup> die noch der Auswertung bedürfen. Die geringe Zahl an organisierten Mittel-

<sup>97</sup> Vgl. ebenda, Bl. 258–261.

<sup>98</sup> Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU Mfs JHS 21838/4, Bl. 66, 67.

<sup>99</sup> Ebenda, Bl. 68, 69.

<sup>100</sup> Information über Aktivitäten im westdeutschen Grenzgebiet zur Ausnutzung der Ergebnisse des Grundlagenvertrages, 3. Mai 1973, in: BStU Mfs HA XX ZMA 663, Bl. 152; vgl. Bund der Mitteldeutschen: Rundfunk-Abteilung Monitor, 23. Oktober 1973, in: ebenda, Bl. 124.

<sup>101</sup> Vgl. Bund der Mitteldeutschen: Rundfunk – Abteilung Monitor, 23. Oktober 1973, in: BStU Mfs HA XX ZMA 663, Bl. 125.

<sup>102</sup> Als kleine Auswahl: Bundeslandsmannschaft Sachsen: Heimatkreis Bautzen, Dresdner Heimatfreunde, Leipziger Heimatkreis; 1956–1961; Bundeslandsmannschaft Thüringen 1967–1969, in: BStU Mfs HA XX 5438, Bl. 1–112; Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg 1960, Heimatgrup-

deutschen in den Landsmannschaften bzw. im BMD war möglicherweise auch ein Verweis darauf, daß die „Republikflüchtigen“ und die aus der DDR Ausgereisten dies vermuteten und sich daher von den Verbänden fernhielten. Vermutlich wollten diese vormaligen DDR-Bürger auch unbehindert von den DDR-Behörden Kontakte und Reisen in ihre alte Heimat zur Familie und zu Freunden aufrechterhalten und organisierten sich daher nicht im BMD. Zeitweise, insbesondere in den 1960er Jahren, hatten einzelne MfS-Bezirksverwaltungen die Zuständigkeit für die „operative Bearbeitung“ einzelner mitteldeutscher Landsmannschaften übertragen bekommen. So zeichnete beispielsweise die MfS-Bezirksverwaltung Rostock umfassend für die Mecklenburger Landsmannschaft zuständig.<sup>103</sup>

Als ein Beispiel für diese geheimpolizeiliche Tätigkeit soll hier die MfS-Bezirksverwaltung Cottbus stehen. Diese wertete 1986 ihre Arbeit bezüglich aller mitteldeutschen landsmannschaftlichen Kontakte in ihrem Zuständigkeitsbereich für den Zeitraum 1983 bis Mai 1986 aus. In diesen dreieinhalb Jahren hatten sich 134 Verbindungen allein zu Heimatkreisorganisationen der mitteldeutschen Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg aufgetan und verstetigt. Betroffen waren die Heimatkreisvereinigungen ehemaliger Cottbuser, nun organisiert in Osnabrück, ehemalige Gubenner, organisiert in Hannover, ehemaliger Senftenberger, organisiert in einem Arbeitskreis in Gaggenau, ehemalige Bad Liebenwerdaer, organisiert in Polle/Oberweser, und ehemaliger Einwohner aus Forst und Hoyerswerda, organisiert in Lübeck<sup>104</sup>. Kenntnis über diese Kontakte hatte die MfS-Bezirksverwaltung durch die systematische Post- und Paketkontrolle sowie die Beobachtung von Einreisen aus West-Berlin und Westdeutschen in den Bezirk erhalten.<sup>105</sup> Die MfS-Auswertung hatte erbracht, daß „operatives Interesse zur geheimdienstlichen Bearbeitung“ an 20 Personen aus Senftenberg und 22 aus Cottbus sowie jeweils 13 aus Bad Liebenwerda und Hoyerswerda bestand, da diese zu verschiedenen Heimatkreisen der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg in der Bundesrepublik Verbindungen unterhielten.<sup>106</sup>

pe Frankfurt/O. 1961, Heimatkreis Angermünde 1962, in: BStU MfS HA XX 5439, 22–48; IM-Einsatz zum Heimatkreistreffen Gera 1983, in: BStU MfS BV Gera AKG 89, Bl. 1–17; IMS-Berichte zu den Heimatkreistreffen Saalfeld, Probstzella 1985/86, in: BStU MfS BV Gera AKG 90, Bl. 1–65; Operative Information zum Bund der Mitteldeutschen Jugend 1977, in: BStU MfS HA IX 16919, Bl. 21–60; Aktivitäten des Heimatkreises Gera 1985–1988, in: BStU Ast. Gera AKG 0091, Bl. 1–27; Eröffnungsbericht zum Feindobjekt „Stahlhelm“ in der Bundeslandsmannschaft Thüringen, August 1987, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 238–249; Operativer Vorgang „Treffen“ - Görlitzer Treffen 1987/89; Förderkreis Heimatfreue Thüringer, Gemeinschaft der Halberstädter, Heimatfreffen ehemaliger Pößnecker, 1986–1988, in: BStU MfS ZKG 760, Bl. 241–382; Landsmannschaft Thüringen: Heimatkreise Gera, Jena, Saalfeld, Greiz 1988, in: BStU MfS BV Gera SA 72, Bl. 1–30; Bund der Mitteldeutschen: Heimatkreis Rudolstadt 1978–1989, in: BStU MfS BV Gera AKG 88, Bl. 3–55.

<sup>103</sup> Vgl. Mecklenburger Landsmannschaft 1960–1976, in: BStU MfS BV Rostock 121/76, Bl. 73–417.

<sup>104</sup> Dokumentation der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg und der Heimatkreise mit Namen und Anschriften und den Verbindungsadressen in: Zum Wesen, zu den Funktionen und Methoden revanchistischer Landsmannschaften und ihrer Unterorganisationen in der BRD, 1986, in: BStU MfS JHS 20629, Bl. 122–151.

<sup>105</sup> Vgl. Major Kurt Krusebauch, Zu gegenwärtigen Aktivitäten von Unterorganisationen der Landsmannschaften in Form von Heimatkreisen gegen den Verantwortungsbereich der Bezirksverwaltung Cottbus, 20. Juni 1986, in: BStU MfS JHS 20629, Bl. 1–9.

<sup>106</sup> Vgl. ebenda, Bl. 9.

Die Cottbuser MfS-Bezirksverwaltung hatte in den letzten Jahren beobachtet, daß verstärkt vorhandene und neue Kontakte unter ehemaligen Landsleuten gepflegt bzw. geknüpft wurden, vermehrt „revanchistische Druckerzeugnisse“ mit Informationen über die politische und ökonomische Lage im Bezirk im Umlauf waren. Dies hätte im Bezirk zu „subversiver politischer Untergrundtätigkeit“ geführt. Damit meinte die Staatssicherheit, daß in größerem Umfang Gespräche über „gesamtdeutsche Gemeinsamkeiten“, „Einheit der Nation“ und „Zusammenghörigkeit der Deutschen“ zu hören seien.<sup>107</sup> Die MfS-Analyse konstatierte – „diese [...] Erscheinungen sind in den letzten Jahren, seit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die CDU/CSU in der BRD 1982, festgestellt worden.“<sup>108</sup>

Unter „geheimdienstlicher Bearbeitung“ dieser sogenannten mitteldeutschen-landsmannschaftlichen Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR verstand die Cottbuser Staatssicherheit, die Kontakte zu kontrollieren, gegebenenfalls zu unterbinden (Einreiseverbote für Bundesbürger), Informationen „abzuschöpfen“, Desinformationen zu streuen, um die Heimatkreisorganisationen im Westen in ihren Aktivitäten unwirksam zu machen. Man wollte genaue Kenntnisse über die Mitglieder und die Funktionäre in den Heimatkreisorganisationen haben, die personellen Stützpunkte in der DDR, die Kurier- und Einschleusetätigkeit von „Hetzmaterialien“ kennen. Außerdem hatte man starkes Interesse daran, Spitzel, also „Inoffizielle Mitarbeiter“, sowohl im Osten wie im Westen in diesen Heimatkreisverbindungen der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg zu werben bzw. einzuschleusen. Das erklärte Ziel der Staatssicherheit hieß: „Ausrichtung [aller] Maßnahmen auf das rechtzeitige Erkennen und die Vorbeugung und Bekämpfung aller Aktivitäten zur Formierung eines politischen Untergrunds und dessen Wirksamwerden im Verantwortungsbereich der Bezirksverwaltung Cottbus.“<sup>109</sup>

Im Mai 1986 war die MfS-Bezirksverwaltung an sechs sogenannten Vorlauf-Fällen zur möglichen IM-Gewinnung „operativ tätig“.<sup>110</sup> Umfangreichere und für das MfS informative Spitzel-Vorgänge waren 1986 anhängig als „Feindobjektakte „Nest““ hinsichtlich des Heimatkreises Cottbus bei der MfS-Kreisdienststelle Cottbus, bei der MfS-Kreisdienststelle Guben der Vorgang „Schulfreund“ bezüglich des organisierten Heimatkreises Guben, zwei MfS-Vorgänge bei den MfS-Kreisdienststellen Forst und Spremberg sowie der Vorgang „Wein“ bei der MfS-Abteilung XX in Cottbus. Außerdem lagen ausgewertete Erfahrungen vor von zwei MfS-West-Agenten, „IM Günter Gasman“ und „IM Dieter Strauß“, die „im und nach dem Operationsgebiet [Bundesrepublik] zum Einsatz gelangten“.<sup>111</sup>

<sup>107</sup> Vgl. ebenda, Bl. 7.

<sup>108</sup> Ebenda, Bl. 8.

<sup>109</sup> Major Kurt Krusebauch, Zu gegenwärtigen Aktivitäten von Unterorganisationen der Landsmannschaften in Form von Heimatkreisen gegen den Verantwortungsbereich der Bezirksverwaltung Cottbus, 20. Juni 1986, in: BStU MfS JHS 20629, Bl. 26.

<sup>110</sup> Vgl. ebenda, Bl. 9.

<sup>111</sup> Zum Wesen, zu den Funktionen und Methoden revanchistischer Landsmannschaften und ihrer Unterorganisationen in der BRD, 1986, in: BStU MfS JHS 20629, Bl. 155, 156.

Besonders intensiv von der Staatssicherheit unterwandert und ausspioniert war der „Heimatkreis Cottbus Stadt und Land“, der seinen Sitz in Osnabrück, Suhlinger Straße, hatte. Er umfaßte rund 500 Mitglieder, ehemalige Cottbuser, die überwiegend zwischen 1945 und 1960 ihre Heimat verlassen hatten und nach Ansicht der Staatssicherheit „aus der Klasse der Kapitalisten bzw. aus den Mittelschichten“ stammten. Zu ihren jährlichen Treffen kamen jeweils rund 300 Mitglieder zusammen, darunter 15 bis 20 DDR-Bürger, die die Staatssicherheit namentlich kannte. Nach MfS-Kenntnis warb der Heimatkreis ständig um neue Mitglieder und suchte auch im DDR-Bezirk Cottbus nach neuen Ansprechpartnern. Das alle zwei Monate erscheinende Heimatkreis-Organ „Cottbuser Zeitung“ war in den Augen des MfS aktuell und anschaulich gestaltet und über alle wesentlichen Entwicklungen im Bezirk, insbesondere die ökonomischen Schwierigkeiten bzw. die Umweltprobleme, gut informiert. Die MfS-Bezirksverwaltung hatte ausreichende Kenntnisse über die im „Heimatkreis Cottbus“ organisierten Personen, u.a. zählte sie auf, daß zwölf Mitglieder früher in ehemaligen NS-Organisationen (NSDAP, SS, SA) gewesen waren, daß drei aus politischen Gründern vormals in DDR-Haft gesessen hatten, daß pikantweise zwei ehemalige SED-Mitglieder und fünf ehemalige „Inoffizielle Mitarbeiter“ der Staatssicherheit unter ihnen waren sowie 13 schon einmal vom MfS „operativ bearbeitet“ wurden – und das hieß, daß man diese bereits vergeblich als Spitzel anzuwerben versucht hatte.<sup>112</sup>

Kritisch sah die Cottbuser Staatssicherheit Zahl und Einsatz von „IM“ in Heimatkreisen der mitteldeutschen Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg, denn die meisten Informationen hatte man aus der Post- und Einreisekontrolle erhalten und nicht durch Spitzel. Im Mai 1986 verfügte die Bezirksverwaltung nur über drei aktive und produktive „IM“, und zwar im Heimatfreundeskreis Bad Liebenwerda, im Heimatkreis Cottbus und im Gubener Heimatbund. Dringend war man von MfS-Seite auf der Suche nach politisch standhaften, „reale Feindbilder besitzenden“, „geschichtsbewußten“ und den Heimatbezirk kennenden, kontakt- und reaktionsfähigen „Inoffiziellen Mitarbeitern“.<sup>113</sup> Denn, so sah man es 1986 bei der Staatssicherheit, „es ist die Einschätzung zu treffen, daß wir es mit einer Intensivierung gegnerischer Angriffe von außen, bei zunehmender Versuche des engen Zusammenwirkens mit feindlich-negativen Kräften im Inneren der DDR, zu tun haben.“<sup>114</sup> Ähnliche Feststellungen dürfte es in allen 14 MfS-Bezirksverwaltungen und in Ost-Berlin gegeben haben.

Aber auch die Ost-Berliner Zentrale der Staatssicherheit war gegen die mitteldeutschen Landsmannschaften im Einsatz. Auch hier soll ein Beispiel aus der Landsmannschaft Berlin- Mark Brandenburg zur Anschauung dienen: Die Ost-Berliner MfS-Zentrale, speziell die Hauptabteilung V/5, ab 1964 dann Hauptabteilung XX/5, führte zwischen 1965 und 1979 einen Agenten in dieser Landsmannschaft. Dabei handelte es sich um den „Geheimen Mitarbeiter (GM)“ mit dem Decknamen „Karl“. Tatsächlich hieß der Mann Karl Siemund, geboren am 31. Juli 1901 in Liebenow/Kreis Greif-

<sup>112</sup> Vgl. Major Kurt Krusebauch, Zu gegenwärtigen Aktivitäten von Unterorganisationen der Landsmannschaften in Form von Heimatkreisen gegen den Verantwortungsbereich der Bezirksverwaltung Cottbus, 20. Juni 1986, in: BStU MfS JHS 20629, Bl. 12–16.

<sup>113</sup> Vgl. ebenda, Bl. 20–22.

<sup>114</sup> Ebenda, Bl. 22, 23.

hagen, südöstlich von Frankfurt/Oder, der seit Kriegsende in West-Berlin lebte. Karl Siemund war eine recht dubiose Figur. Er war ein SA-Führer in Crossen an der Oder (heute polnisch: Krosno Odrzańskie), im Krieg Kapitänleutnant und Chef einer Torpedoboot-Flottille gewesen, machte nach 1945 Karriere bei der Kriminal-Polizei in West-Berlin, wurde als Kriminal-Kommissar der Polizei-Inspektion Berlin-Zehlendorf im April 1951 verhaftet und zu eineinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt wegen „Aussageerpressung, Beihilfe zur Erpressung, Urkundenvernichtung und Begünstigung im Amt“.<sup>115</sup> Danach suchte sich Karl Siemund eine Stelle bei der in West-Berlin ansässigen „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU)<sup>116</sup>. Er wurde dort hauptamtlicher Mitarbeiter. Im Juli 1954 ließ sich Karl Siemund vom MfS für die Agentenarbeit anwerben. Der vermutete Grund für diese Spitzeltätigkeit lag in einer Art Gel tungssucht und in der Möglichkeit eines finanziellen Zusatzverdienstes. Der MfS-Agent „Karl“ war an der Unterwanderung und Zerschlagung der KgU durch den Ost-Berliner Geheimdienst führend beteiligt. Die MfS-Offiziere waren begeistert von der hervorragenden Spitzeltätigkeit ihres „GM“.<sup>117</sup> 1959 mußte sich die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ auflösen. Karl Siemund arbeitete dann bis zu seinem Renteneintritt 1966 beim Bundesamt für Statistik in West-Berlin. Seine guten Beziehungen zur West-Berliner Kriminalpolizei und zum Landesamt für Verfassungsschutz nutzte die Staatssicherheit weiter aus für sie interessierende Personenrecherchen, und Siemund spitzelte bereitwillig weiter. 1965/66 suchten die Ost-Berliner MfS-Offiziere für den nun rüstigen Rentner ein neues Einsatzgebiet. Sie entschieden, den „GM“ für die geheimdienstliche Bearbeitung in Richtung Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg einzusetzen. Im Juni 1966 nahm dieser erstmalig am Jahrestreffen der Landsmannschaft in West-Berlin teil. Karl Siemund organisierte sich auftrags- und seinem Geburtsort gemäß im Heimatkreis Crossen/Oder der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg.<sup>118</sup> Nach üblicher Vorgehensweise engagierte er sich in der Landsmannschaftsarbeit. Er übernahm Funktionen, wurde Stellvertretender Ortsbetreuer für den Crossener Heimatkreis und gewählter Delegierter im Vorstand der Landsmannschaft. Sehr gute Beziehungen stellte der „GM Karl“ zur Leiterin der Geschäftsstelle der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg im „Haus der ostdeutschen Heimat“ her. So konnte er ungehindert im „Haus“ ein- und ausgehen, er knüpfte dort vielfältige Kontakte. Von 1966 bis 1979 spitzelte „IM Karl“ die Landsmannschaft aus, ihre Tätigkeit und Aktionen sowie die Verbindungen in die DDR bzw. zu den in Polen verbliebenen Deutschen, insbesondere im Kreis Crossen/Krosno Odrzańskie. Durch den MfS-Zuträger erhielt man in Ost-Berlin Kenntnis über alle Veranstaltungen, Maßnahmen und größeren Aktivitäten der Landsmannschaft, über die Adressen von

<sup>115</sup> Vgl. Herr Huber hilft, in: Der Spiegel, vom 27. Februar 1952; Auskunftsbericht über GM „Karl“, 12. Januar 1961, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 1, Bl. 6.

<sup>116</sup> Zur Erinnerung: Die KgU war eine militant antikommunistische, in die DDR hineinwirkende Menschenrechtskommission, die vom amerikanischen Geheimdienst finanziert wurde.

<sup>117</sup> Vgl. Auskunftsbericht über GM „Karl“, 12. Januar 1961, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 1, Bl. 6–15; Insgesamt zu diesem MfS-Agenten-Fall „Karl, in: ebenda, MfS AIM 2703/58, Bd. 1 bis 35.

<sup>118</sup> Vgl. Ergänzung zum Auskunftsbericht des GM „Karl“, Registriernummer 7514/60, 7. Juni 1967, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 1, Bl. 18–21.

Landsleuten in der DDR und in Polen, die durch die Paketsendeaktionen des Heimatkreises Crossen der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg zwei Mal jährlich bedacht wurden. 1968 waren z.B. an 94 DDR-Adressen Pakete gegangen, an jene DDR-Bürger, die bis 1961 regelmäßig die Heimatkreistreffen Crossen besucht hatten und Mitglieder der Landsmannschaft waren.<sup>119</sup> All diese Namen und Anschriften wurden dem MfS so bekannt. Der „GM“ bezifferte 1977 die Zahl der Abonnenten der „Märkischen Zeitung“ – das war das offizielle Organ der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg – auf 3000 in West-Berlin und 1500 in Westdeutschland. In den letzten Jahren war diese Leserzahl um rund ein Drittel zurückgegangen.<sup>120</sup> Die Zahl von 4500 Beziehern der „Märkischen Zeitung“, die somit zugleich Landsmannschaftsmitglieder waren, stand in krassem Gegensatz zu der offiziell angegeben Mitgliedszahl von 15 000.<sup>121</sup> Auch diese Unstimmigkeit zwischen der offiziell genannten und der tatsächlichen Zahl der Landsmannschaftsmitglieder erfuhr die Staatssicherheit.<sup>122</sup> Ansonsten berichtete der „GM“ über die üblichen Probleme der Landsmannschaftsarbeit, über den dramatischen Rückgang der organisierten Mitglieder, die Überalterung und das mangelnde Engagement bei den Aktivitäten der Landsmannschaft und über den schwindenden Glauben an Wiedervereinigung und Rückkehr in die alte Heimat. Seit 1970, so „Karl“, habe sich dieser Standpunkt bei den Landsmannschaftsmitgliedern verfestigt und sah so aus: „Es wurde und wird zuviel mit alten Rechten und Ansprüchen operiert, an die sowieso kein Mensch mehr glaubt, abgesehen von den Funktionsträgern der Vertriebenen, deren Arbeit ja sonst jeden Sinn verlieren würde“.<sup>123</sup> Es konnte nachgewiesen werden, daß „IM Karl“ 1974 und 1975 immer noch einen Agentenlohn von monatlich rund DM 500 vom MfS erhielt. Hinzu kamen diverse Auszeichnungen und Orden, die oft auch mit der Übergabe höherer Geldbeträge einhergingen.<sup>124</sup> In beiderseitigem Einvernehmen beendete man 1979 die geheimdienstliche Zusammenarbeit aufgrund des hohen Alters der „Quelle Karl“.<sup>125</sup> Die mitteldeutsche Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg war in den 1960er und 1970er Jahren durch den Spitzel Karl Siemund vom MfS recht gut auspielt worden.

Ab 1975, der Bund der Mitteldeutschen stand nun wieder unter einer CDU-Präsidentenschaft, versuchten die organisierten Mitteldeutschen sich wieder näher an den

<sup>119</sup> Vgl. Protokoll Jahreshauptversammlung des Kreisverbands Crossen/LM Berlin-Mark Brandenburg, 27. Januar 1968, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 1, Bl. 235–237.

<sup>120</sup> Vgl. Gedächtnisprotokoll über die Arbeitstagung der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg im Deutschlandhaus, 30. August 1977, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 35, Bl. 38, 39.

<sup>121</sup> Nicht alle Mitglieder der Landsmannschaft abonnierten die zentrale Landsmannschaftszeitung, sondern begnügten sich mit ihren Heimatkreisblättern. Trotzdem war die Diskrepanz zwischen offiziell angegebener und tatsächlicher Mitgliedszahl eklatant.

<sup>122</sup> Vgl. Landsmannschaft und Vertriebene, 18. November 1977; Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg, 25. April 1978, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 35, Bl. 60–62, 90.

<sup>123</sup> Landsmannschaften und Moskauer Vertrag, 17. November 1970, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 32, Bl. 34; vgl. Landsmannschaften, 10. März 1970, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 31, Bl. 387, 388.

<sup>124</sup> Vgl. Einschätzung der Quelle „Karl“, 22. Dezember 1975, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 1, Bl. 268, 269.

<sup>125</sup> Vgl. Gründe für die Einstellung des IM-Vorgangs, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 1, Bl. 294.

Bund der Vertriebenen anzubinden, um der allgemeinen Stagnation und dem organisatorischen Niedergang des Verbandes entgegenzuwirken. Die Probleme wuchsen aber weiter. Der Bund und die SPD-geführten Bundesländer hatten Jahr für Jahr ihre finanziellen Zuschüsse gekürzt, die Zahl der Mitglieder im Verband nahm stetig ab, und es fanden sich kaum organisierte Mitteldeutsche, die gewillt waren, Funktionen im BMD zu übernehmen. Mit dem Regierungswechsel 1982 zur CDU/CSU-FDP-Bundesregierung erhoffte sich auch der Bund der Mitteldeutschen einen Schub in Richtung Stabilisierung und Stärkung der Organisation. Es flossen zunächst wieder höhere finanzielle Zuwendungen, Regierungspolitiker nahmen als offizielle Gastredner wieder an Veranstaltungen des BMD teil. Aber auch unter Bundeskanzler Helmut Kohl änderte sich am allgemeinen Niedergang des BMD nichts, auch wenn der Bund sich in Selbstüberschätzung als „der deutschlandpolitische Motor“ begriff. Eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes und die konzentrierten Bemühungen um das Verbandsorgan „Mitteldeutscher Kurier“ stabilisierten die Situation zeitweise.<sup>126</sup> In den 1980er Jahren versuchte sich der BMD im politischen Kampf gegen die Tendenz in der bundesdeutschen Gesellschaft zu profilieren, die „Wiedervereinigung in historische Ferne“ zu verlegen. Jegliche West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen müßten, so forderte der BMD 1987, als „Druckmittel gegenüber den Ostblockstaaten“ eingesetzt werden.<sup>127</sup> Für die SED und ihren Geheimdienst blieb der Bund der Mitteldeutschen seinem Ziel – die „DDR zu destabilisieren und zu liquidieren“ – verhaftet. Die „Deutsche Frage offenzuhalten“ und die „Spaltung Deutschlands zu überwinden“ wären nichts anderes als ein „getarnter Versuch“, sich einer „friedlichen Entwicklung und Normalisierung der Lage in Europa“ entgegenzustellen<sup>128</sup> – so die eingeübte Sicht der Staatssicherheit.

In einer Expertise über die mitteldeutschen Landsmannschaften und ihren Dachverband kam die Staatssicherheit 1988 zu einer realistischen Bewertung: „Der Bund der Mitteldeutschen versucht sich seit Jahren politisch stärker zu profilieren, ohne jedoch zu einer mit dem Bund der Vertriebenen auch nur annähernd vergleichbaren Bedeutung zu gelangen.“<sup>129</sup> Im Gegensatz zum von der CDU/CSU dominierten Bund der Vertriebenen sei ein mäßigender Einfluß von SPD und FDP auf den Bund der Mitteldeutschen erkennbar, aber das politische Gewicht des BdV sei ungleich stärker als das des BMD.<sup>130</sup>

Mit dem Ende der DDR und der Wiedervereinigung hatte der Bund der Mitteldeutschen sein politisches Ziel erreicht. Er löste sich Ende 1993 auf, nachdem die institutionelle Förderung durch die Bundesregierung eingestellt worden war.

<sup>126</sup> Vgl. Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Mitteldeutschen“ in der Bundesrepublik, 1. Oktober 1988, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 262–275.

<sup>127</sup> Vgl. Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Mitteldeutschen“, Juli 1988, in: BStU MfS HV A 1346, Bl. 52.

<sup>128</sup> Vgl. Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Mitteldeutschen“ in der Bundesrepublik, 1. Oktober 1988, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 279–281.

<sup>129</sup> Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Mitteldeutschen“ in der Bundesrepublik, Juli 1988, in: BStU MfS HV A 1346, Bl. 51.

<sup>130</sup> Vgl. Objektauskunft zum Dachverband Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V. (BdV), 1. Juli 1989, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 109.

### 3. Eine HV A-Agentin im Vorzimmer der Bonner BdV-Zentrale 1972–1985. Der Fall Erika Reißmann, alias Ursula Richter, alias „IM Kern“

Am 2. Oktober 1972 unterschrieb ein Fräulein Ursula Richter einen unbefristeten Arbeitsvertrag als Büroangestellte, als Schreibkraft in der Buchhaltung, beim Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände Bonn, Gorch-Fock-Straße 1.<sup>131</sup> Was die Personalabteilung der BdV-Zentrale in Bonn nicht wissen konnte: Ursula Richter war eine Agentin der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Von Oktober 1972 bis August 1985, bis zur überstürzten Flucht der Agentin in die DDR, lieferte diese einige hundert Informationen, kopierte Dokumente, Personendaten, politische Dossiers und Analysen u.ä. aus dem Umfeld der Führungsgremien des BdV nach Ost-Berlin. Die DDR-Auslandsaufklärung hatte Ursula Richter nicht geplant und zielgerichtet zur BdV-Zentrale entsandt. Wie aus anderen MfS-Spionagefällen in der Bundesrepublik bekannt ist, sind die potentiellen Agenten in den 1950er und 1960er Jahren in die Bundesrepublik „übergesiedelt worden“ mit dem Auftrag, eine gute, für das MfS interessante Anstellung bei Parteien, Verwaltungen, staatlichen Gremien oder bei der Wirtschaft zu finden, um dort Karriere zu machen.<sup>132</sup> So war es auch im Fall von Ursula Richter.

Tatsächlich hieß Ursula Richter Erika Reißmann. Sie wurde am 22. September 1931 in Jena geboren. Sie war das erste von zwei Kindern der Eheleute Dora und Rudolf Reißmann, die sich noch in den 1930er Jahren scheiden ließen. Daher wuchsen sie und ihr Bruder bei den Großeltern und in Kinderheimen auf. An den Besuch der Volksschule schloß sich bis 1949 eine Lehre als Verkäuferin an.<sup>133</sup> In den 1950er Jahren war Erika Reißmann einige Jahre mit einem gewissen Kurt Pohl verheiratet, sie ließen sich scheiden und Erika, nun Pohl, nahm wieder ihren Mädchennamen an. Kinder gingen aus der Ehe nicht hervor. Zu ihrer familiären Herkunft bemerkte Erika Reißmann gleichlautend: „Meine Mutter starb im Jahre 1945 nach einem Aufenthalt im ‚KZ Dora‘<sup>134</sup>, ich wurde als junges Mädchen in entsprechenden Jugendgruppen ideologisch aufgebaut und trat 1947 der SED bei. Es ist ganz natürlich, daß derartige Einflüsse einen jungen Menschen prägen. Ich habe meine Arbeit für das MfS aus absolut innerer Überzeugung ausgeführt.“<sup>135</sup>

Die Umstände des Zusammenkommens von Erika Reißmann mit der Staatssicherheit schilderte diese aus der Erinnerung folgendermaßen: 1962 habe sie als Sachbear-

<sup>131</sup> Vgl. Arbeitsvertrag vom 2. Oktober 1972 und Bewerbungsschreiben von Ursula Richter vom 3. Juli 1972; Zur Verfügung gestellt: Bestand Personalunterlagen des BdV in Bonn.

<sup>132</sup> Vgl. Stephan Konopatzky, Möglichkeiten und Grenzen der SIRA-Datenbanken. Die Beispiele Günter Guillaume und Werner Stiller, S. 112–132, und Jürgen Borchert, Die Zusammenarbeit des MfS mit dem sowjetischen KGB, S. 152–157.

<sup>133</sup> Vgl. Bundeskriminalamt Berlin: Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 8. Juli 1991, in: Landesarchiv (LA) NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 11–16.

<sup>134</sup> Warum die Mutter vor 1945 in einem NS-Konzentrationslager war, ist nicht bekannt.

<sup>135</sup> Fortsetzung der Vernehmung der Beschuldigten Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 35.

beiterin in Gera im Museum für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gearbeitet. Zu dieser Zeit gab es am Museumsgebäude Hakenkreuzschmierereien, und die Staatssicherheit sei zur Ermittlung der Täter ins Haus gekommen. Alle Mitarbeiter seien damals über diesen Vorfall befragt worden. In diesem Zusammenhang sei sie erstmalig in Berührung mit der Staatssicherheit gekommen. Wörtlich Erika Reißmann dazu: „Da hierbei dem MfS [...] meine politische Linientreue bekannt geworden ist, kam es dann [...] einige Monate später zu einem weiteren Kontakt. Hier trat erstmals [...] Führungsoffizier] „Günter“<sup>136</sup> in Erscheinung, der mich auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS ansprach. Dieses erste Gespräch mit „Günter“ fand meiner Erinnerung nach bereits in einem konspirativen Objekt<sup>137</sup> in Gera statt. Dort erklärte ich „Günter“ mündlich meine Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Die Art meiner Zusammenarbeit mit dem MfS war zunächst nicht genau definiert. Ich sollte lediglich allgemein die Augen [...] offen halten, ob sich wieder irgendwelche rechtsradikalen Tendenzen vorwiegend im Bereich meines Arbeitsplatzes im Museum erkennen ließen. Im Jahr 1962 dürfte es [...] etwa drei Treffen mit dem MfS gegeben haben, wobei ich danach schriftlich zur Mitarbeit verpflichtet wurde. An den Text der Verpflichtungserklärung und an den mir zugeteilten Decknamen kann ich mich nicht mehr erinnern. [...] Bereits 1963 wurde ich von „Günter“ gefragt, ob ich bereit sei, als „Kundschafterin des Friedens“ in die Bundesrepublik eingeschleust zu werden. Ich erklärte ihm hierzu nach einer gewissen Bedenzeit meine Bereitschaft. In der Vorbereitungsphase mußte ich mir dann in Berlin-Ost eine Wohnung suchen. Etwa Mitte/Ende 1963 bezog ich eine kleine Wohnung in Berlin-Johannisthal.“ Die Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof Karlsruhe ermittelte zwischen 1990 und 1993 gegen Erika Reißmann wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit zugunsten einer fremden Macht. Diese Schilderungen der Erika Reißmann stammen aus dem Ermittlungsverfahren, und es muß beachtet werden, daß sie ihre Aussagen so formulierte, um sich selbst möglichst wenig zu belasten.<sup>138</sup>

Auch heute ist nicht mehr nachzuverfolgen, ob die Kontaktaufnahme des MfS zu Erika Reißmann wie geschildert vonstatten ging. In zeitlicher Hinsicht ist ihre Aussage allerdings nicht korrekt. Aus den Unterlagen des MfS geht hervor, daß die Staatssicherheit bereits am 7. November 1961 eine Akte zu Erika Reißmann anlegte, die den Decknamen „Kern“ erhielt. Zu diesem Zeitpunkt muß sie sich als „IM“ verpflichtet haben. Es hieß beim MfS: Sie „wurde 1961 auf politisch-ideologischer Grundlage ge-

<sup>136</sup> Dies war der Deckname des werbenden MfS-Offiziers der Abteilung XV der MfS-Bezirksleitung Gera mit dem Namen Horst Schirmer. Die Namen und Identitäten aller Führungsoffiziere von 1961 bis 1989 von Erika Reißmann sind bekannt. Nacheinander waren dies: 1961–1963 Horst Schirmer, MfS-Bezirksverwaltung Gera, Abteilung XV; 1964 Karl Stöckigt, MfS-BV Gera, Abteilung XV; 1965–1973 Günter Mehlhorn, MfS-Bezirksverwaltung Gera, Abteilung XV; 1973–1983 Kurt Wedler, HV A/II Ost-Berlin; 1983 Peter Bischur, HV A/VI; 1984 Glaser HV A/VI; 1985–1987 Kurt Wedler, HV A/II; 1987 Werner Proksch, HVA/II und 1988–1989 W. Rausch, Ost-Berlin HV A XIX. Vgl. MfS-Karteikarte F22/HV A Reg. Nr. 10819/61 und in: BStU MfS HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Registriernummer 10819/61.

<sup>137</sup> Meist waren dies vom MfS angemietete Wohnungen in einem stark frequentierten Wohngebiet, oft in einem Neubaugebiet.

<sup>138</sup> Vgl. die Aktenbände der Bundesanwaltschaft, in: LA NRW Ger. Rep. 515 Nr. 489–500.

worben“ – also aus politischer Überzeugung.<sup>139</sup> Erika Reißmann wurde von der MfS-Bezirksverwaltung Gera geworben und von der dortigen Abteilung XV – das waren die Bezirksdienststellen der HV A, der Spionageabteilung – bis Dezember 1973 geführt. Ab 17. Dezember 1973 wurde Erika Reißmann von der Ost-Berliner Zentrale der HV A „betreut“.

Das MfS wählte Erika Reißmann für den Agenteneinsatz in der Bundesrepublik aus, da diese politisch zuverlässig schien und in der DDR relativ ungebunden lebte: Die Eltern und Großeltern waren verstorben, zum Bruder hatte sie keinen Kontakt, ihre Ehe war geschieden, und sie hatte keine Kinder. Erika Reißmann war damals Anfang dreißig. Sie war eine temperamentvolle, energische, durchsetzungsstarke und kontaktfreudige junge, aber nicht zu junge Frau.<sup>140</sup> Die Einschleusung als MfS-Agentin in die Bundesrepublik erfolgte nach dem Bericht von Erika Reißmann auf folgendem Weg – einem für die damalige Zeit typischen MfS-Einschleuseverfahren in die Bundesrepublik. Erika Reißmann wurde zwischen 1963 und 1964 in Ost-Berlin geheimdienstlich ausgebildet in Fotografie und Geheimschreibverfahren, im Chiffrieren und Dechiffrieren von Funksprüchen, im einseitigen Funkverkehr, d.h. Durchgeben und Empfangen von Zahlen auf einer bestimmten Radiofrequenz<sup>141</sup>, im Anlegen, Bestücken und Leeren von sogenannten Toten Briefkästen, und sie erlernte die englische Sprache.<sup>142</sup>

Vom MfS erhielt Erika Reißmann die biographischen Daten einer Ursula Richter. Ursula Richter war kein fiktiver Name. Es gab tatsächlich eine Ursula Richter. Diese wurde am 18. April 1933 in Wittenberg geboren und war von Beruf Haushaltsgestellte. Die tatsächliche Ursula Richter war im August 1951 aus der DDR zu ihrer Schwester in die Bundesrepublik geflohen. Zunächst ließ sie sich in Freiburg nieder, ging 1952 in die Schweiz, nach Bern und Zürich, arbeitete dort als Friseurin und in einem Krankenhaus und danach ging sie als Au-pair-Mädchen nach Großbritannien, in einen Vorort von London. Zwischendurch hielt sie sich immer wieder in Westdeutschland auf. Da sie von ihrem Schwager schwanger wurde, verließ sie 1956, wieder fluchtartig, die Bundesrepublik und kehrte in die DDR zurück. Die tatsächliche Ursula Richter lebte weiter in der DDR, heiratete, hieß dann Ursula Schaffran, während Erika Reißmann ihre Identität für die Einschleusung in die Bundesrepublik erhielt.<sup>143</sup>

<sup>139</sup> Vgl. IM-Karteikarte, in: BStU MfS F22/HVA Reg. Nr. 10819/61, und IM „Kern“, in: BStU MfS GH 60/88, Bl. 9.

<sup>140</sup> Vgl. Aussage des Führungsoffiziers der MfS-Bezirksverwaltung Gera, in: LA NRW Ger. Rep. 515/497; Zeugenbefragung in Bonn am 18. August 1985, in: LA NRW Ger. Rep. 515/489.

Die oben geschilderte Art der Einschleusung wird in der Forschungsliteratur bisher nicht geschildert. Vgl. Georg Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage, S. 181–193.

<sup>141</sup> Für die einseitige Agentenfunksendung benutzte der DDR-Nachrichtendienst die Frequenzen zwischen 5856 und 6365 kHz sowie zum Abhören die Frequenzen 6908 und 18198 kHz.

<sup>142</sup> Vgl. Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 8. Juli 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498.

<sup>143</sup> Vgl. Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 41, 42.

Den bundesdeutschen Behörden war es nicht möglich, im Personenstandswesen der DDR Nachforschungen anzustellen, und offizielle Anfragen wären in Sachen Spionage unsinnig gewesen.

In der Vorbereitungsphase der Einschleusung von Erika Reißmann als Ursula Richter nach Westdeutschland in den Jahren 1963 und 1964 reiste die Reißmann von Ost-Berlin aus mit bundesdeutschen Reisepässen verschiedener Identitäten für jeweils ein bis zwei Wochen an die Orte, an denen die tatsächliche Ursula Richter nach ihrer Flucht aus der DDR zwischen 1951 und 1956 gelebt und gearbeitet hatte. So hielt sie sich also in Freiburg/Schwarzwald, in Bern und Zürich und in der Nähe von London auf. Erika Reißmann äußerte sich in der Rückschau: „An den vorgenannten Orten sollte ich die Arbeitsstellen meiner Legendenspenderin ansehen und auch die Orte kennenlernen, damit ich bei eventuellen Nachfragen mich ortskundig zeigte.“<sup>144</sup> Im August 1964 kam dann die letzte, diesmal vom MfS ausgedachte Lebensstation der Ursula Richter vor der Übersiedlung in die Bundesrepublik hinzu. Erika Reißmann reiste mit einem gefälschten bundesdeutschen Reisepaß als Ursula Richter für sechs Wochen nach Toronto/Kanada. Auch dort sollte sie sich ortskundig machen, einen Führerschein erwerben und eine gewisse Likörfabrik in Toronto und das Privatanwesen des Direktors der Fabrik in Augenschein nehmen. Nach der fiktiven MfS-Legende sollte Erika Reißmann, die neue Ursula Richter, mehrere Jahre dort als Haushaltshilfe gearbeitet haben. Im September 1964 kehrte Erika Reißmann zunächst noch einmal zurück nach Ost-Berlin und erhielt die letzten Instruktionen für die Übersiedlung. Vom MfS wurden ihr gefälschte Papiere auf den Namen Ursula Richter ausgestellt und ausgehändigt, und zwar der Paß, diverse Zeugnisse der Arbeitsstellen der Ursula Richter in Freiburg, Bern, Zürich, London sowie ein Arbeitszeugnis des Direktors der Likörfabrik in Toronto.<sup>145</sup>

Am 2. Dezember 1964 fand die Übersiedlung, d. h. die Einschleusung in die Bundesrepublik statt. Den bundesdeutschen Behörden wurde die Einreise einer Ursula Richter aus Toronto, aus Kanada kommend, suggeriert. Tatsächlich reiste die neue Ursula Richter von Ost-Berlin aus über West-Berlin nach Bingen am Rhein ein und meldete sich am 2. Dezember 1964 in Budenheim bei Mainz polizeilich an. Sie legte dabei einen angeblich vom Deutschen Generalkonsulat in Toronto ausgestellten Reisepaß vor und gab an, zuletzt in Toronto gelebt und gearbeitet zu haben. Bei dem vorgelegten Reisepaß handelte es sich um eine MfS-Totalfälschung, nur die Reisepaßnummer war echt. Bei dieser Nummer handelte es sich um einen Reisepaß aus dem Jahr 1963, ausgestellt vom Kanadischen Konsulat für eine deutsche Hausfrau namens Olga Jatz, geborene Witt, Jahrgang 1906, die bereits jahrzehntelang in Kanada lebte. In Budenheim bei Mainz erhielt die nun so heiße Ursula Richter „echte Personaldokumente“ von westdeutschen Behörden sowie Steuer- und Versicherungsunterlagen.<sup>146</sup> Damit war die erste Etappe der Einschleusung für den DDR-Nachrichtendienst erfolgreich beendet. Auftragsgemäß schloß sich nun eine zweijährige sogenannte Legalisierungsphase für Ursula Richter – wir bleiben im folgenden bei diesem

<sup>144</sup> Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 41, 42.

<sup>145</sup> Vgl. ebenda, Bl. 42.

<sup>146</sup> Vgl. Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 43; Wesentliche Ergebnisse der Ermittlungen des Bundeskriminalamtes, 1993, in: ebenda, Ger. Rep. 515/496, Bl. 26.

Namen – an. In dieser Zeit hatte sie kaum Kontakt zum MfS und keine Aufträge zu erfüllen. Das Bundeskriminalamt (BKA) faßte 1993 diesen Vorgang zusammen: „Die Beschuldigte ist mit der Falschidentität im Auftrag des MfS der DDR in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust worden. Wie die Erfahrung [...] zeigt, stattete das MfS seine in der Bundesrepublik operierenden Agenten häufig mit den biographischen Daten existierender Personen aus, die vor dem Mauerbau 1961 aus der DDR in die Bundesrepublik übergesiedelt waren, hier oder im westlichen Ausland über einen längeren Zeitraum Wohnsitz nahmen, ein Arbeitsverhältnis begründeten, dann aber aus unterschiedlichen Gründen in die DDR zurückkehrten. Die Personaldaten solcher Rückkehrer werden vom MfS ausgewertet [...], der Agent erhält dann eine Legende, die dem bisherigen Lebenslauf des Rückkehrers angepaßt wird. [...] Die Art der Schleusung mit einer fiktiv dem Übertritt in der Bundesrepublik vorgesetzten Legalisierungsphase im westlichen Ausland ist nach dem 13. August 1961 häufig vom MfS angewandt worden.“<sup>147</sup>

Ursula Richter wechselte 1965 mehrfach ihren Wohnsitz, bis sie im Oktober 1965 nach Bad Godesberg in die Theodor-Litt-Straße zog. 1965 und 1966 arbeitete sie als Bedienung in der Waldschenke „Schöne Aussicht“ in Budenheim, als Hausangestellte des Bonner Kaufhausinhabers BLÖMER und als Hausangestellte einer Bonner Augenarztfamilie.<sup>148</sup> Die Legende über den Lebenslauf der Ursula Richter, die die Staatsicherheit für sie angepaßt hatte, sah nun dergestalt aus: Geboren 1933 in Wittenberg als einzige Tochter des Ehepaars Wilhelm und Emma Richter, die sich früh scheiden ließen und beide 1955 starben. Die leiblichen Eltern habe Ursula Richter nicht kennengelernt, sie wuchs von 1934 bis 1949 bei Pflegeeltern und im Kinderheim in Bad Schmiedeberg, südlich von Wittenberg, auf. Danach besuchte sie eine Haushaltsschule und von 1950 bis 1966 arbeitete sie in verschiedenen Privathaushalten. Am 16. August 1951 habe sie die „Ostzone“ verlassen.<sup>149</sup> Wichtig an der Lebenslauf-Legende für Ursula Richter war, daß sie ganz offiziell und nachvollziehbar keine familiären Kontakte mehr in die DDR hatte und seit vielen Jahren bereits in der Bundesrepublik lebte.

Die erste Tätigkeit von Ursula Richter, die sie auch nachrichtendienstlich nutzte, war ihre Arbeit als Vertriebsleiterin bei der Katholischen Nachrichtenagentur in Bonn vom 15. Juni 1966 bis 30. September 1972. Der Auftrag des DDR-Staatsicherheitsdienstes an ihre Agentin hatte bei der Einschleusung in die Bundesrepublik allgemein gelautet, eine nachrichtendienstlich interessante Tätigkeit im Bonner Raum zu finden, und das MfS war mit dieser Anstellung einverstanden.<sup>150</sup> Als Leiterin der Abteilung Versand und Vertrieb gehörte zu Ursula Richters Aufgaben die Herstel-

<sup>147</sup> Wesentliche Ergebnisse der Ermittlungen des Bundeskriminalamtes, 1993, in: LA NRW Ger. Rep. 515/496, Bl. 26, 27.

<sup>148</sup> Vgl. Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 8. Juli 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498.

<sup>149</sup> Vgl. Lebenslauf Ursula Richter vom 3. Juli 1972: Zur Verfügung gestellt: Bestand Personalunterlagen des BdV in Bonn.

<sup>150</sup> Vgl. Fortsetzung der Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 20.

lung der Informationsbroschüre „Katholische Nachrichtenagentur-Dienst“, der postalische Versand des Dienstes, die Betreuung aller ein- und ausgehenden Post sowie die Personal- und Materialdisposition. Ursula Richter hatte jederzeit Zugang zu den Redaktionsräumen der Katholischen Nachrichtenagentur in Bonn. Sie selbst sagte über diese Arbeitsstelle aus: „Für das MfS sollte ich all die Informationen beschaffen, an die ich heran kam. Es handelte sich hierbei vorwiegend um Publikationen, die über die Lage der Kirche im In- und Ausland Aufschluß gaben. [...] Die Verbringung der [...] Unterlagen erfolgte mittels Zug-Toten-Briefkasten in die DDR. [...] Die Kopien [wurden] etwa alle 14 Tage im Waschraum eines bestimmten Zuges von mir deponiert.“<sup>151</sup> Das Bundeskriminalamt mutmaßte 1993 über die Spionagetätigkeit der Ursula Richter ein: Die Betreuung des Postverkehrs sowie die Kenntnis aller Kundenanschriften der Katholischen Nachrichtenagentur im westlichen und vor allem im östlichen Ausland, zum Teil auch das Wissen der Deckanschriften im Osten ergaben für Ursula Richter vielfältige Möglichkeiten, um Informationen an das MfS weiterzuleiten.<sup>152</sup>

Anfang 1967 lernte Ursula Richter in Bonn den Monteur Lorenz Betzing, geboren am 27. November 1930 in Andernach, kennen.<sup>153</sup> Es entwickelte sich ein enges Verhältnis zwischen beiden, sie lebten von 1970 bis April 1977 zusammen und blieben auch danach freundschaftlich verbunden. Ursula Richter warb Betzing 1968 als Agent für das Ministerium der Staatssicherheit der DDR an und „führte“ ihn, wie es im Geheimdienstjargon hieß.<sup>154</sup> Aus Lorenz Betzing wurde IM „Schaller“. Betzing arbeitete von 1964 bis 1968 als Monteur für Lüftungs- und Klimaanlagen auf der Baustelle „Regierungsbunker“ in Marienthal/Ahr – einer Bunker-Anlage, die im Falle eines Atomkrieges die politische Führung der Bundesrepublik beherbergen sollte. Er verriet seine Detailkenntnisse über die Baupläne der Anlage dem MfS. Von 1968 bis 1973 arbeitete Betzing als Fahrstuhlmonteur im Hochhaus des Deutschen Bundestages in Bonn, „Langer Eugen“ genannt, und knüpfte Kontakte zu Mitarbeitern von Bundestagsabgeordneten, die er dann auch mit Ursula Richter bekannt machte. Unter anderem waren dies ein Assistent des Bundestagsabgeordneten Paul Neumann (SPD), eine Mitarbeiterin des damaligen SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt sowie ein Mitarbeiter des Abgeordneten Rudolf Hauck (SPD).<sup>155</sup> Danach war Betzing noch als Handwerker beim US-Labour-Service in Karlsruhe angestellt, anschließend bei einem privaten Wachdienst in Bonn für die Bewachung sicherheitsempfindlicher

<sup>151</sup> Ebenda, Bl. 21.

<sup>152</sup> Vgl. BKA: Wesentliche Ergebnisse der Ermittlungen, 1993, in: LA NRW Ger. Rep. 515/496, Bl. 17.

<sup>153</sup> Lorenz Betzing (1930–2004). Vgl. in: [http://de.wikipedia.org/wiki/Lorenz\\_Betzing](http://de.wikipedia.org/wiki/Lorenz_Betzing).

<sup>154</sup> In den MfS-Unterlagen von 1985 hieß es: Lorenz Betzing wurde als „IM Schaller“ 1968 auf „politisch-ideologischer Basis“ für das MfS geworben und „hat seit dieser Zeit aktiv mit unterschiedlichen Ergebnissen mit dem MfS zusammengearbeitet. Die Grundlagen für die Werbung wurden durch die von uns übersiedelte IM „Kern“ [Ursula Richter alias Erika Reißmann] erarbeitet. Diese führte „Schaller“ dem MfS zur Werbung zu. Zu beachten ist, daß „Schaller“ von 1967–1976 mit IM „Kern“ in Ehegemeinschaft zusammenlebte.“ IM Schaller, 26. Juli 1985, in: BStU MfS GH 60/88, Bl. 10.

<sup>155</sup> Vgl. BKA: Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen, 1993, in: LA NRW Ger. Rep. 515/496, Bl. 18.

Bundeswehrobjekte eingesetzt und von 1980 bis 1985 als Bote beim Bundeswehrverwaltungsamt in Bonn-Beul tätig.<sup>156</sup> Sein Insider-Wissen wird er nach Ost-Berlin verraten haben. Ursula Richter verweigerte nach 1990 jede Aussage über Betzing. In einem gesonderten Ermittlungsverfahren der Generalbundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe wurde gegen Lorenz Betzing in den 1990er Jahren ermittelt und ein Verfahren eingeleitet.

Im Oktober 1972 bewarb sich Ursula Richter auf eine ausgeschriebene Stelle bei der Bundesgeschäftsstelle des Bundes der Vertriebenen in Bonn. Das MfS hatte sie animiert, sich nach einer neuen Arbeitsstelle umzusehen, da die Katholische Nachrichtenagentur nicht mehr sonderlich interessant erschien. Beim BdV begann die Richter als Schreibkraft in der Buchhaltung. Von 1972 bis 1985 arbeitete sich Ursula Richter durch Fleiß, Sorgfalt und Zuverlässigkeit hoch, bis sie eine Vertrauensstelle beim Generalsekretär, also bei der Geschäftsleitung des BdV, ausübte.<sup>157</sup> Nach Aussagen der Ursula Richter war die Staatssicherheit in erster Linie an den BdV-Sitzungsprotokollen, den Wirtschaftsplänen und an BdV-Stellungnahmen zu aktuellen Themen der Ostpolitik interessiert.<sup>158</sup> Ab diesem Zeitpunkt wechselte die Zuständigkeit für die Agentin „IM Kern“ von der MfS-Bezirksverwaltung Gera auf die Hauptverwaltung Aufklärung, Abteilung II, der MfS-Zentrale in Ost-Berlin.<sup>159</sup>

Der Bund der Vertriebenen war in den 1970er Jahren sicher ein politisch interessantes Ausspähungsobjekt für den ostdeutschen Nachrichtendienst. Nach den Aussagen der Ursula Richter und den Ermittlungen des Bundeskriminalamtes in den 1990er Jahren erhielt das MfS Kenntnis über alle mit dem Haushalt des BdV in Zusammenhang stehenden Fragen, die der BdV-Generalsekretär zu verantworten hatte. Die MfS-Agentin war in den 13 Jahren beim BdV „verantwortlich für die gesamte buchhalterische Abwicklung der finanziellen Angelegenheiten des BdV, erarbeitete den Wirtschaftsplan und war auch für die Personalbearbeitung zuständig. Sie hatte Einblick in alle anfallenden Vorgänge und Zugang zu allen Akten einschließlich der Personalakten, kannte die Protokolle der Präsidiumssitzungen und wußte von Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Präsidiums. Im Laufe der Zeit erlangte sie bei ihren Vorgesetzten, Kollegen und Kolleginnen eine besondere Vertrauensstellung. [Ursula Richter] war aufgrund ihrer Position in der Lage, ihrer geheimdienstlichen Führungsstelle umfassende und vollständige Informationen über den BdV zu geben. Sie konnte u.a. Präsidiumsmitglieder und Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle charakterisieren sowie geplante politische Aktivitäten und die finanziellen Verhältnisse des BdV mitteilen.“<sup>160</sup>

<sup>156</sup> Vgl. Lorenz Betzing, Im Regierungsbunker, in: Kundschafter im Westen, S. 355–359.

<sup>157</sup> Vgl. Ermittlungen am Arbeitsplatz der Beschuldigten, 19. August 1985, in: LA NRW Ger. Rep. 515/489, Bl. 41–43.

<sup>158</sup> Vgl. Fortsetzung der Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 22, 23.

<sup>159</sup> Vgl. Wiederaufnahme, 24. September 1990, in: LA NRW Ger. Rep. 515/497.

<sup>160</sup> BKA: Wesentliche Ergebnisse der Ermittlungen, 1993, in: LA NRW Ger. Rep. 515/496, Bl. 21, 22; vgl. Fortsetzung der Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 22–24.

Die nacheinander amtierenden BdV-Generalsekretäre Dr. Hans Neuhoff, Klaus Graebert und Hugo Rasmus<sup>161</sup>, unter denen Ursula Richter gearbeitet hatte, und der seit 1970 im Amt befindliche Präsident des Bundes der Vertriebenen Herbert Czaja beschrieben und beurteilten den möglichen Umfang des Geheimnisverrats der Ursula Richter 1985 so: Sie hatte Kenntnis über alle Personal-Interna, Namen, beruflicher Werdegang, Bezahlung, private Stärken und Schwächen, private und persönliche Verhältnisse, Meinungsverschiedenheiten in der BdV-Spitze bzw. der Führungsriege der Landsmannschaften usw. Sie konnte jederzeit Materialien über alle BdV-Landesverbände und Landsmannschaften beschaffen. Sie war informiert über die regelmäßigen Ausarbeitungen der BdV-Spitze „Zur politischen Lage“, die die ost- und deutschlandpolitische Meinungsbildung der Vertriebenenverbände betraf. Sie hatte Wissen über die Haltung des BdV zu innen- und außenpolitischen Ereignissen, über die Stellung des BdV zu den Kirchen, zur Bundesregierung und zum Bundestag sowie zu einzelnen Politikern und Abgeordneten. Sie konnte fortwährend politische Entscheidungen aus Gesprächen und Protokollen entnehmen, zu denen sie zwar offiziell keinen Zugang hatte, den sie sich aber im Rahmen ihrer Tätigkeit beschaffen konnte. Die BdV-Spitze und das 19 Mitarbeiter umfassende Generalsekretariat waren überzeugt, daß Ursula Richter besonders detaillierte Einblicke in alle den BdV und die ostdeutschen Landsmannschaften betreffenden Finanzfragen hatte. Sie war beteiligt an der Erstellung der Haushalts- und Wirtschaftspläne, sie wußte konkret von der Finanzierung des BdV durch öffentliche Mittel, über Mitgliedsbeiträge und kannte das Spendenaufkommen und sie war über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel in vollem Umfang informiert. Sie hatte Zugang zu Lastenausgleichsunterlagen und konnte an allgemeine Formulare, Musterblätter, Vordrucke kommen. Ihr sehr gutes persönliches Verhältnis zu allen Generalsekretären machte es zudem möglich, daß sie über alle wesentlichen Beschlüsse der Verbandsorgane – Präsidium, Bundesvorstand und Bundesversammlung der BdV – sowie über die Politik des Verbandes allgemein und im speziellen unterrichtet war.<sup>162</sup> Der BdV-Präsident Czaja meinte zum Fall Ursula Richter noch, daß zwar keine sicherheitsrelevanten Unterlagen im Sinne von Verschlußsachen beim BdV angefallen seien, sich aus dem vorhandenen Schriftverkehr aber durchaus Informationen sammeln ließen, die die Auswirkungen der ostpolitischen Aktivitäten und Begebenheiten auf der innerstaatlichen Ebene sichtbar machten.<sup>163</sup> Das Bundes-

<sup>161</sup> Dr. Hans Neuhoff, bis 1978 BdV-Generalsekretär, verstorben 1978.

Klaus (Karl-Friedrich?) Graebert (Jg. 1919), Berufsoffizier, Oberst i. G. der Reserve, war BdV-Generalsekretär von 1979 bis Ende 1984. Vgl. Zum Wesen, zu den Funktionen und Methoden revanchistischer Landsmannschaften, 1986, in: BStU MfS JHS 20629, Bl. 110.

Den BdV-Generalsekretären Neuhoff und Graebert wird eine NSDAP-Mitgliedschaft (1940 bzw. 1938) nachgesagt. Vgl. Hans Michael Kloth, Klaus Wiegrefe, Unbequeme Wahrheiten, in: Der Spiegel 2006, S. 48.

Hugo Rasmus, 1925 in Bromberg/Westpreußen geboren, war ab 1985 Generalsekretär des BdV.

<sup>162</sup> Vgl. Befragung von Dr. Herbert Czaja (MdB), 21. August 1985; Befragung von Michaela Hriberski, 19. August 1985; Befragung von BdV-Generalsekretär Hugo Rasmus, 27. August 1985, in: LA NRW Ger. Rep. 515/489, Bl. 41-43, 72, 73, und Ger. Rep. 515/490, Bl. 38-40.

<sup>163</sup> Vgl. Befragung von Dr. Herbert Czaja (MdB), 21. August 1985, in: LA NRW Ger. Rep. 515/489, Bl. 74; Schlußbericht des BKA Meckenheim, 26. Juni 1992, in: LA NRW Ger. Rep. 515/497.

kriminalamt war in den 1990er Jahren davon überzeugt gewesen, daß Ursula Richter für den Auslandsnachrichtendienst der DDR eine durchaus wertvolle Quelle zur Be- schaffung von Informationen zur Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik gewesen war.<sup>164</sup>

Im Jahr 1980 erkrankte Ursula Richter schwer, ihr mußte das linke Bein, ein sogenanntes Raucherbein, amputiert werden. Seitdem trug sie eine Beinprothese und mußte zwei Unterarmstützen zum Laufen benutzen.<sup>165</sup> Da diese körperliche Behinderung ihre Spionagetätigkeit beeinträchtigte – sie konnte von da an die gefertigten Filme nicht mehr in die „Toten Briefkästen“ in Züge verbringen –, ging der Umfang der beschafften geheimdienstlichen Informationen deutlich zurück. Nach Aussagen ihrer damaligen MfS-Kontaktpersonen sah man von 1981 an in Ursula Richter mehr einen Sozialfall, für den man sorgen müßte als eine Top-Agentin in Bonn. Zeitweilig habe man in Ost-Berlin erwogen, Ursula Richter aus dem „Operationsgebiet abzuziehen“.<sup>166</sup> Obwohl die Kollegen von Ursula Richter beim BdV später aussagten, „man habe sie wegen ihrer lebendbejahenden, fröhlichen Art trotz der Behinderung bewundert, die sie sichtlich beeinträchtigte“<sup>167</sup> – schien Ursula Richter mit der Situation doch nicht so gut zurechtgekommen zu sein, wie es nach außen hin schien. In Ost-Berlin machte man sich Gedanken wegen ihres Alkoholproblems und stärker werdender Depressionen.<sup>168</sup> Aber Ursula Richter blieb zunächst in Bonn und beim Bund der Vertriebenen tätig.

Die MfS-Agentin Richter sagte über die Art und Weise der Verbringung ihrer Spionagematerialien in die DDR beim Bundeskriminalamt selbst aus. Sie erinnerte sich: Da die Unterlagen aus der BdV-Zentrale umfangreich waren, nahm sie diese mit nach Hause zum Abfotografieren. Alle zwei bis drei Wochen hatte sie damit zwei bis vier Filme voll und versteckte die unentwickelten Filme in sogenannten rollenden Toten Briefkästen, also in Zügen. Hinzu kamen vierteljährliche Treffen mit Instrukteuren und Kurieren zur Übergabe von Kopien und Berichten in der näheren und weiteren Umgebung von Bonn, u. a. also in Köln, Aachen und Brüssel, niemals aber in Bonn.<sup>169</sup> Regelmäßig fanden jährliche Treffen mit dem MfS-Führungsoffizier statt. Dazu nutzte Ursula Richter Urlaubsreisen, Kuraufenthalte oder Kurzausflüge bzw. Besuchsreisen zu Freunden. Während ihrer gesamten Geheimdiensttätigkeit sei Ursula Richter, nach ihrer eigenen Aussage, von acht bis zehn verschiedenen Offizieren der Staats- sicherheit „geführt“ worden.<sup>170</sup> Nachzuvollziehen waren nachrichtendienstliche Treffs

<sup>164</sup> Vgl. Beurteilung des Sachverhalts durch das BKA, in: LA NRW Ger. Rep. 515/497.

<sup>165</sup> Vgl. Zeugenbefragung einer Freundin der Beschuldigten, Christel Dierks – diese war übrigens für den Bundestagsabgeordneten Herbert Czaja tätig –, 18. August 1985, in: LA NRW Ger. Rep. 515/489.

<sup>166</sup> Vgl. Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf 1993, in: Landesarchiv NRW Ger. Rep. 515/500, Bl. 23.

<sup>167</sup> Zeugenbefragung von Christel Dierks, 18. August 1985, und von Michaela Hriberski, 19. August 1985, in: LA NRW Ger. Rep. 515/489.

<sup>168</sup> Vgl. Zeugenvernehmung der ehemaligen MfS-Instrukteurin Gerlinde Garau, 1992, in: LA NRW Ger. Rep. 515/497.

<sup>169</sup> Vgl. Fortgesetzte Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 24.

<sup>170</sup> Vgl. BKA-Schlußbericht aus Meckenheim, 29. Juni 1992, in: LA NRW Ger. Rep. 515/497.

1971 während eines Urlaubs auf Ibiza, in den Jahren 1975 bis 1978 jeweils während des Sommerurlaubs in Eforie Nord in Rumänien am Schwarzen Meer, 1977 und 1978 traf sie sich auch in West-Berlin mit ihrem MfS-Führungsoffizier, im September 1979 sowie jeweils im Sommer 1982 bis 1985 in Hevez am Balaton in Ungarn. Treffen in Geheimdienstmission fanden auch statt in Stockholm, Helsinki, Linz, Wien und in Hamburg sowie 1982 in Kopenhagen.<sup>171</sup>

Ursula Richter, alias Erika Reißmann, betonte immer, sie habe ihre Arbeit für das Ministerium für Staatssicherheit aus „absolut innerer Überzeugung“<sup>172</sup> ausgeführt. Damit verbunden war, daß sie bestritt, für ihre nachrichtendienstliche Tätigkeit außer einer Aufwandsentschädigung Geld erhalten zu haben. Diese Aussage war wenig glaubhaft und entsprach nicht den damaligen Gepflogenheiten. Nach 1990 war jedoch nicht mehr im einzelnen nachzuvollziehen, wie hoch die Zahlungen für die Spionage-tätigkeit insgesamt gewesen waren. Ursula Richter gab an, bei ihren vierteljährlichen Treffen mit dem MfS-Instrukteur jeweils einen Betrag zwischen DM 300 und DM 500 entgegengenommen zu haben.<sup>173</sup> Das Bundeskriminalamt ermittelte 1991 für die erste Hälfte der 1980er Jahre Summen auf dem Bankkonto der Ursula Richter, deren Herkunft undurchsichtig war.<sup>174</sup> Konkret ging es um größere Einzahlungen wie im Dezember 1983 DM 7000, im März 1984 DM 5000, im Juni 1984 DM 10 000 sowie nochmals DM 6000, im November 1984 weitere DM 4000, im Februar 1985 DM 4000 und im April 1985 DM 4000. Einige der hohen Geldsummen in diesen Jahren dürften weniger Agentenlohn als vielmehr soziale Unterstützung des MfS für seine Agentin gewesen sein. Ursula Richter räumte ein, Teile der Beträge für die Anschaffung eines behindertengerechten Bettes und für eine neue orthopädische Beinprothese benötigt zu haben.<sup>175</sup> Nach Aussagen einer MfS-Instrukteurin dürfte in etwa ein monatlicher Agentenlohn von DM 1000 vom MfS an Ursula Richter geflossen sein.<sup>176</sup>

Die tatsächlichen Motive von Ursula Richter, sich als Agentin für den DDR-Nachrichtendienst anwerben zu lassen und in die Bundesrepublik zu gehen, müssen wie in vielen anderen Fällen spekulativ bleiben.<sup>177</sup> Letztlich wird es eine Mischung und un-

<sup>171</sup> Vgl. Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 8. Juli 1991; Wesentliches Ermittlungsergebnis, 1993, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, und 515/496, Bl. 22, 23.

<sup>172</sup> Erika Reißmann am 8. Juli 1991: „Ich bin im Elternhaus in kommunistischer Hinsicht erzogen worden. [...] Ich bin aus ideologischer Überzeugung eine Mitarbeitertätigkeit mit dem MfS eingegangen. Damals herrschte der Kalte Krieg, und ich war davon überzeugt, durch meine Tätigkeit für den Frieden etwas tun zu können.“ In: Beschuldigtenvernehmung, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498.

<sup>173</sup> Vgl. Fortgesetzte Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 24.

<sup>174</sup> Unter anderem gab es viele Ein- und Auszahlungen auf ihrem Konto der Bayrischen Vereinsbank, die suggerierten, die Richter wäre eine Liebhaberin und Sammlerin von alten Münzen gewesen, was nachweislich nicht den Tatsachen entsprach. Zwischen 1979 und 1984 handelte es sich um DM 11 000, deren Herkunft ungewiß war. Vgl. Beschlagnahmte Kontoumlagen 1985, in: LA NRW Ger. Rep. 515/491.

<sup>175</sup> Vgl. Fortgesetzte Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 24, 25.

<sup>176</sup> Vgl. Zeugenvernehmung der ehemaligen MfS-Instrukteurin Gerlinde Garau, 1992, in: LA NRW Ger. Rep. 515/497.

<sup>177</sup> Vgl. Georg Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage, S. 251–295.

terschiedliche Gewichtung verschiedener Beweggründe gewesen sein: Mehr oder weniger ausgeprägte politische Überzeugung, persönliche Aufwertung, Geltungsdrang und Abenteuerlust. Motive materieller Art dürften in diesem Fall eher zweitrangig gewesen sein, aber auszublenden sind sie nicht.<sup>178</sup> Wie hätte das materielle Leben einer Erika Reißmann in der DDR ausgesehen – einer Sachbearbeiterin in einer ostdeutschen Bezirksstadt? Und wie sah hingegen das Leben der Ursula Richter, einer Buchhalterin in Bonn mit PKW, monatlichen nicht unbedeutenden Geldzuwendungen und vielfachen Treff-Reisen ins europäische Ausland aus?

Die Spionagetätigkeit der Ursula Richter endete abrupt am Sonnabend, den 17. August 1985. Eigentlich hatte sie eine einwöchige Urlaubsreise zu einer Bekannten nach Hamburg geplant. In der Nacht vom 16. zum 17. August 1985 erhielt Ursula Richter einen Telefonanruf, ein im Geheimdienstmetier für den Notfall einer drohenden Enttarnung verabredetes Telefonat. Am 17. August gegen 11 Uhr, fuhr sie mit ihrem Privatauto von Bonn über die Transitaubahn in Richtung Berlin zur Autobahnreststätte Michendorf bei Berlin. Dort wurde sie von einem MfS-Mitarbeiter in Empfang genommen und in einem Objekt der Staatssicherheit untergebracht. Man habe ihr dort mitgeteilt, daß sie in Bonn kurz vor der Enttarnung stand und daher aus dem „Operationsgebiet“ abgezogen worden sei.<sup>179</sup> Eine Vorwarnung über das bevorstehende Ende ihrer nachrichtendienstlichen Tätigkeit in der Bundesrepublik hatte es nicht gegeben, obwohl Ursula Richter meinte, daß sie das Gefühl gehabt hatte, seit dem Frühjahr 1985 unter Beobachtung zu stehen. Dieses habe sie auch ihrem Führungsoffizier mitgeteilt.<sup>180</sup> Ursula Richter hatte sich bei ihrer Vermutung nicht geirrt. Ihr ehemaliger Lebensgefährte Lorenz Betzing mußte sich übrigens zur selben Zeit nach Ost-Berlin absetzen. Wie war es zu dieser drohenden Enttarnung im Frühjahr/Sommer 1985 gekommen? Die Hauptverwaltung Aufklärung des MfS führte seit 1963 das DDR-Ehepaar Horst und Gerlinde Garau als „Inoffizielle Mitarbeiter“. Die beiden Pädagogen aus Cottbus wurden als „Einsatzkader für das Operationsgebiet“ entwickelt, d.h. die Staatssicherheit bildete sie aus als Reise-Kader, als sogenannte Instrukteure, die in und durch die Bundesrepublik bzw. durch Westeuropa und das sozialistische Ausland zu fahren hatten, um den Kontakt zwischen MfS-Agenten in der Bundesrepublik und der Zentrale in Ost-Berlin zu halten. Beide kamen ab 1964 zum Einsatz.<sup>181</sup> 1976 führte Horst Garau als „IM Günter“ einen MfS-Auftrag in der Bundesrepublik aus und offenbarte sich dort dem Bundesverfassungsschutz. Zwei Jahre später folgte ihm auf diesen Weg seine Frau. In den Akten des Staatssicherheits-

<sup>178</sup> Die ehemalige MfS-Instrukteurin Gerlinde Garau meinte, Erika Reißmann habe nur des Geldes und der persönlichen Aufwertung wegen nachrichtendienstlich für das MfS gearbeitet. Ein politisches Motiv sah sie nicht. Inwiefern eine ehemalige „Kollegin“ der Reißmann glaubwürdig ist, kann nicht gesagt werden. Vgl. Zeugenvernehmung, 1992, in: LA NRW Ger. Rep. 515/499.

<sup>179</sup> Vgl. Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 8. Juli 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498.

<sup>180</sup> Vgl. Fortgesetzte Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991; Wesentliche Ermittlungsergebnisse, 1993, in: LA NRW Ger. Rep. 515/496, Bl. 24 und 515/498, Bl. 34.

<sup>181</sup> Horst Garau (1939–1988), „IM Günter“, und Gerlinde Garau (Jg. 1936), „IM Harry“. Vgl. Kurzaukunft, persönliche und berufliche Entwicklung, operative Entwicklung über Horst und Gerlinde Garau, 26. Juli 1985, in: BStU MfS GH 60/88, Bl. 4–7.

dienstes las sich dies so: „Seit dieser Zeit wurde IM ‚Günter‘ durch den Gegner als Doppelagent gegen das MfS geführt. 1982 erhielten wir Kenntnis von der Verrats-handlung“ von Horst und Gerlinde Garau. Das MfS unternahm zunächst nichts gegen beide, um seine Spionage-„Quellen“ in der Bundesrepublik nicht zu gefährden.<sup>182</sup> Die MfS-Quelle in der Bundesrepublik, die die beiden Doppelagenten in Ost-Berlin enttarnte, war Klaus Kuron.<sup>183</sup>

Horst und Gerlinde Garau verrieten die MfS-Agenten Ursula Richter und Lorenz Betzing Mitte April 1985 beim bundesdeutschen Verfassungsschutz.<sup>184</sup> Das Ehepaar Garau erhielt Kenntnis von der Existenz der beiden MfS-Agenten Richter und Betzing in der Bundesrepublik, als sie für eine Instrukteurreise durch das „Operationsgebiet“ zum Jahresbeginn 1985 darüber instruiert wurden.<sup>185</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt also hatte der Verfassungsschutz kein Wissen von Richters und Betzings Agententätigkeit. Der Doppelagent Garau offenbarte übrigens seine Informationen dem bundesdeutschen Nachrichtendienstbeamten Hansjoachim Tiedge.<sup>186</sup> Tiedge, im Bundesamt für Verfassungsschutz Köln (ausgerechnet) für die Abwehr der DDR-Spionage zuständig, wechselte am 19. August 1985 die Seiten. Er trat zum DDR-Ministerium für Staatssicherheit über und verriet bei der HV A in Ost-Berlin sein gesamtes Wissen über das BfA.<sup>187</sup> Im Zusammenhang mit der Flucht Tiedges flogen in der Bundesrepublik im gleichen Monat mehrere Spionagefälle – öffentlich bekannt geworden als „Sekretärinnenaffäre“ – auf. Anfang August 1985 hatte sich Johanna Olbrich (alias Sonja Lüneburg), die Sekretärin des Bundeswirtschaftsministers Martin Bangemann, in die DDR abgesetzt, ebenso die Sekretärin Margarete Höke, die im Bundespräsidialamt beschäftigt war. Nach Ost-Berlin flüchteten, wie gesagt, Ursula Richter und Lorenz Betzing. In der DDR wurde am 20. August 1985 der Doppelagent Horst Garau verhaftet und zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt. Er soll sich 1988 im MfS-Gefängnis Bautzen das Leben genommen haben. Für den Überläufer und ehemaligen Verfassungsschützer Hansjoachim Tiedge erfand die HV A die Legende, er sei bereits viele Jahre als MfS-Agent tätig gewesen, um die eigenen Topagenten, wie beispielsweise Tiedges Kollegen beim BfV Klaus Kuron, nicht zu gefährden.<sup>188</sup> Das waren die

<sup>182</sup> Vgl. Einschätzung der Verratshandlungen der IM „Günter“ und „Harry“, 26. Juli 1985, in: BStU MfS GH 60/88, Bl. 6, 7.

<sup>183</sup> Vgl. Georg Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage, S. 336.

Klaus Kuron (Jg. 1936), war bis 1990 Mitarbeiter des Bundesverfassungsschutzes. Im Oktober 1981 bot er sich als Agent der HV A des DDR-MfS an. Er war eine Spitenquelle des MfS. Im Oktober 1990 stellte er sich den Bundesbehörden, er wurde vom Oberlandesgericht Düsseldorf zu 12 Jahren Haft verurteilt und 1998 auf Bewährung entlassen. Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Klaus\\_Kuron](http://de.wikipedia.org/wiki/Klaus_Kuron).

<sup>184</sup> Vgl. Verratshandlungen des IM „Günter“, 26. Juli 1985, in: BStU MfS GH 60/88, Bl. 9, 10,

<sup>185</sup> Vgl. HV A: Ermittlungsvorgang Garau, 15. November 1985, in: BStU MfS GH 60/88, Bl. 62-74.

<sup>186</sup> Hansjoachim Tiedge (Jg. 1937), seit 1966 im Dienste des BfV in Köln, 1985-1990 in der DDR, dann KGB-organisierte Flucht in die Sowjetunion, lebt bis heute abgeschottet bei Moskau.

<sup>187</sup> Vgl. Natürlich bin ich ein Verräter. Ex-Verfassungsschützer Hansjoachim Tiedge über seine Flucht in die DDR und sein Leben in Rußland, in: Der Spiegel, 49/1993, S. 97-105.

<sup>188</sup> Vgl. MfS HA IX: Horst und Gerlinde Garau, 24. Februar 1987, in: BStU MfS GH 60/88, Bl. 229; „Minister Zimmermann schäumte vor Wut“, in: Volksblatt Berlin, 24. August 1985, S. 3 (bzw. in: BStU MfS GH 60/88, Bl. 239); in: [http://de.wikipedia.org/wiki/Hansjoachim\\_Tiedge](http://de.wikipedia.org/wiki/Hansjoachim_Tiedge).

etwas verwirrenden Umstände und Gründe der überstürzten Flucht der Buchhalterin beim Bund der Vertriebenen, Ursula Richter, am 17. August 1985 aus Bonn nach Ost-Berlin.

Das Verschwinden von Ursula Richter, Lorenz Betzing und den anderen MfS-Agenten sowie natürlich des Überläufers Hansjoachim Tiedge löste im Sommer 1985 einen politischen Skandal in der Bundesrepublik aus. So mußte Heribert Hellenbroich, gerade zum Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND) ernannt, zurücktreten, er wurde in den vorzeitigen Ruhestand versetzt.<sup>189</sup>

Am 24. Oktober 1986 erließ der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs Karlsruhe einen Haftbefehl gegen Ursula Richter. Darin hieß es: „Sie ist dringend verdächtigt, von Dezember 1964 bis 17. August 1985 in Bonn [...] für den Geheimdienst einer fremden Macht eine geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland ausgeübt zu haben [...].“<sup>190</sup> Der Generalbundesanwalt leitete ein Ermittlungsverfahren ein.<sup>191</sup> Ursula Richter, in die DDR zurückgekehrt und nun wieder Erika Reißmann, hatte Wohnsitz in Berlin-Köpenick genommen und erhielt eine monatliche Invalidenrente von Mark 2718,75 zugesprochen. Eine berufliche Tätigkeit nahm sie in der DDR nicht mehr auf. Den Antrag auf Zahlung der Rente begründete der Stellvertretende MfS-Minister im Oktober 1989 (!) nochmals: „Genossin Erika Reißmann wurde 1964 als Kundschafterin in die BRD übersiedelt. In unterschiedlichen Dienststellen in Bonn hat sie eine Vielzahl von Informationen und Dokumenten erarbeitet, die unserer Partei- und Staatsführung einen nahezu geschlossenen Überblick über die revanchistischen Organisationen der BRD und ihre geplanten Aktivitäten gegen die DDR gaben.“<sup>192</sup>

Im Oktober 1990 wurden die Ermittlungen der Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe wieder aufgenommen. Da Erika Reißmann bereit war, zur Sache auszusagen, und sie ihre geheimdienstliche Agententätigkeit zum überwiegenden Teil einräumte, wurde zunächst der Haftbefehl am 12. November 1990 aufgehoben. Nach zweieinhalbjährigen Ermittlungen und verschiedenen Aussagen der Beteiligten wurde das Verfahren gegen Erika Reißmann am 12. März 1993 eingestellt. Die Generalstaatsanwaltschaft kam zu der Überzeugung, „daß von der Strafverfolgung [...] abgesehen wird, da die Schuld der Beschuldigten als gering anzusehen ist und ein öffentliches Interesse an der Verfolgung nicht (mehr) besteht. [...] Die Beschuldigte hat zwar bis 1980 umfangreiches Material dem MfS übermittelt. Nach ihrer in demselben Jahr erfolgten Beinamputation reduzierte sich ihre geheimdienstliche Agententätigkeit jedoch der-

<sup>189</sup> Vgl. Hellenbroich hält von Tiedge geführten Agenten für tot, in: Süddeutsche Zeitung, 31. Januar 1986, S. 1, 2; Spionageverdächtige Buchhalterin hat sich in den Osten abgesetzt, in: Der Tagesspiegel, West-Berlin, 21. August 1985; Lorenz B. unter Spionageverdacht, Neue Ermittlungen in der Spionageaffäre. Auch Bekannter Frau Richters verschwunden, in: Süddeutsche Zeitung, 22. August 1985.

<sup>190</sup> Vgl. den Haftbefehl, in: LA NRW Ger. Rep. 515/495, Bl. 78, 79.

<sup>191</sup> Vgl. Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof 1985; Schlußbericht des BKA, Abteilung Staatsschutz, 19. Februar 1986; Wiederaufnahme, 24. September 1990, in: LA NRW Ger. Rep. 515/489, 490, 492, 497.

<sup>192</sup> Stellvertretender MfS-Minister an MfS Abteilung Finanzen: Antrag auf Zahlung einer Invalidenrente, 23. Oktober 1989, in: LA NRW Ger. Rep. 515/497, Bl. 42, 43.

art, daß sie bereits zu diesem Zeitpunkt seitens des MfS als sogenannter Sozialfall behandelt wurde und die ihr übergebenen Geldbeträge ihren Lebensunterhalt sichern sollten, ohne daß hierfür entsprechende Leistungen durch sie erbracht worden sind. [...] Die unbestrafte Beschuldigte ist seit 1989 Invalidenrentnerin und hat ein monatliches Einkommen von DM 990.“<sup>193</sup> Einzig das Guthaben von Ursula Richter, alias Erika Reißmann, auf dem Sparbuch der Sparkasse Bonn 1985 von DM 72 000 galt zugunsten der Bundesrepublik als verfallen. Man rechnete es als ihren „Agentenlohn“. Die Kosten des Verfahrens von DM 67 138,51 hatte die ehemalige MfS-Agentin zu tragen, die sie über monatliche Ratenzahlungen von DM 50 beglich und die 1999 als getilgt angesehen wurden.<sup>194</sup> Erika Reißmann starb 2002 in Ost-Berlin.

Etwa Ende 1998, mehr als fünf Jahre nach der Einstellung des Verfahrens gegen Erika Reißmann, war es der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik gelungen, die Datensätze des „Systems der Informationsrecherche“ der HV A, genannt SIRA, mit fünf Teildatenbanken zu entschlüsseln. Sie stellen eine wichtige Quelle für den Spionageapparat der DDR dar, und sie decken im wesentlichen den Zeitraum zwischen 1969 bis 1989 ab. Für den Spionagefall der Erika Reißmann bzw. Ursula Richter beim Bund der Vertriebenen war die Teildatenbank 12<sup>195</sup> bedeutsam. SIRA und die Teildatenbanken bestehen aus elektronischen Daten aus den zentralen Stellen der HV A. Sie reflektieren die Informationsflüsse der Spionage in ihrer Gesamtheit über einen langen Zeitraum. In die Datenbank wurden die beschafften Ursprungsinformationen als analysierte, ausgewertete, aufbereitete Information eingegeben – die sogenannte Eingangsinformation – und eine sogenannte Ausgangsinformation gefertigt, gedacht insbesondere für andere MfS-Abteilungen, für „befreundete“ Geheimdienste und als aktuelle Information für Partei und Regierung.<sup>196</sup> Ursprungsdokumente und auch die Ausgangsinformation selbst sind in der Datenbank nicht enthalten. Vereinfacht und bildlich ausgedrückt, ist die SIRA-Datenbank eine Art Bibliothek, von der nur der Katalog erhalten geblieben ist, d.h. man sieht, welche Bücher vorhanden sein müßten, aber die Bücher selbst finden sich nicht.

Die Aussagen, die man aus der SIRA-Datenbank über die Art, Zahl und die Inhalte der Informationen der MfS-Agentin Erika Reißmann, alias Ursula Richter, alias IM „Kern“ aus der Zentrale des Bundes der Vertriebenen in Bonn entnehmen kann, sind folgende: Wann wurde die Information gewonnen, wann beim MfS verarbeitet, von welcher Art – Dokumente, Ausarbeitungen, Briefe usw. – waren diese und welchen Umfang hatten sie. Welche Schlagworte, Länder- und Personenhinweise enthielten

<sup>193</sup> Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf, 12. März 1993, in: LA NRW Ger. Rep. 515/500, Bl. 23.

<sup>194</sup> Vgl. Unterlagen der Sparkasse Bonn und Verfahrenskostenrechnung, 23. Mai 1993, in: LA NRW Ger. Rep. 515/501 und 502.

<sup>195</sup> Die Teildatenbank 12 umfaßte Informationen zu außen-, innen-, wirtschafts-, militärpolitischen Vorgängen des „Operationsgebiete BRD“.

<sup>196</sup> Vgl. Stephan Konopatzky, Möglichkeiten und Grenzen der SIRA-Datenbanken, S. 120–132; Helmut Müller-Enbergs, „Rosenholz“. Eine Quellenkritik, S. 12–15.

Die Ursprungsinformation wurde nicht eingespeichert, sondern verblieb im Archiv und ist meist nicht überliefert. Die aufbereitete Ausgangsinformation liegt teilweise im Archiv der Behörde vor.

die Nachricht und welchen Titel erhielt die Information. Für die 1980er Jahre lassen sich dann noch die Empfänger der Ausgangsinformation angeben und eine Einschätzung bzw. Bewertung der Information durch die Staatssicherheitszentrale.

Die ersten Spionageinformationen, die „IM Kern“ nach Ost-Berlin lieferte, seit diese ihre Tätigkeit zum 1. Oktober 1972 beim BdV aufgenommen hatte, waren:

- Am 12. Februar 1973 traf ein 17 Blatt umfassendes Dokument mit dem Titel „Finanzierung und Haushalt 1972 des Bundes der Vertriebenen“ in der MfS-Zentrale ein.
- Am 15. und 16. Februar 1973 folgten ein 34-seitiges und ein 13 Seiten langes Dokument mit dem Titel „Material zum Bund der Vertriebenen – Haushalt und Finanzierung durch das Bundesinnenministerium“.
- Am 2. März 1973 wurde eine fünfseitige Analyse bei der HV A verarbeitet mit dem Titel: „Die Haltung des Bundes der Vertriebenen zum Grundlagenvertrag und einige Entwicklungsprobleme dieser Organisation.“ Als Schlagworte fanden sich: Herbert Czaja, Finanzierung der Deutschen Jugend des Ostens, Beziehungen BRD – DDR.<sup>197</sup>

Die letzten Meldungen, die von „IM Kern“ aus Bonn in Ost-Berlin eingingen, sahen so aus:

- Am 24. April 1985 trafen zugleich fünf Meldungen ein: eine 20-Blatt-Dokumentation zur „BdV-Großkundgebung am 28. April 1985“, zwölf Seiten einer BdV-Informationsschrift Nummer 1/85, elf Seiten zum „Zahlenmäßigen Nachweis über die Finanzmittel des BdV für das Rechnungsjahr 1984“, ein sechsseitiges Protokoll der BdV-Präsidialsitzung vom 27. Februar 1985, vier Seiten „Protokoll der BdV-Präsidialsitzung vom 17. Januar 1985. Alle diese Materialien wurden auch zum sowjetischen Geheimdienst weitergeleitet, die HV A bewertete diese Informationen mit überdurchschnittlich gut.<sup>198</sup> Die letzte von der HV A aufbereitete Nachricht der IM-Quelle-Kern ging am 20. Mai 1985 in Ost-Berlin ein und war betitelt mit „Die finanzielle Lage des Bundes der Vertriebenen“. Die Analyse wurde dem DDR-Außenministerium, der SED-Westabteilung der Zentralkomitees und der MfS-Informationsabteilung zugestellt.<sup>199</sup>

Aus der Datenbank der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS ist ersichtlich, daß Ursula Richter aus der Bonner BdV-Zentrale im Zeitraum vom Februar 1973 bis zum April 1985 insgesamt 293 Spionage-Informationen lieferte, die von Inhalt, Umfang und Qualität recht unterschiedlich waren. Dazu kamen 16 weitere Informationen zwischen 1983 und 1985, die auf Ursula Richter zurückzuführen waren. Von ihr stammten auch drei Dokumente aus dem Bereich Formulare/Vordrucke – hier handelte es sich um bundesdeutsche Einkommens-, Lohnsteuer- und Krankenkassen-Vordrucke – und nochmals drei Informationen, die dem Bereich der „Informationen

<sup>197</sup> Vgl. Quelle RGNR. XV/10819/61 (IM Kern), in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7300151, SE7300150 und SE7300147, SA7300750.

<sup>198</sup> Vgl. Quelle RGNR. XV/10819/61 (IM Kern), in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8503088, SE8503089, SE8503090, SE8503091, SE8503092.

<sup>199</sup> Vgl. Quelle RGNR. XV/10819/61 (IM Kern), in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA8580114.

für die Gegenspionage“ zuzurechnen waren. Hier handelte es sich um nicht näher bezeichnete Telefonverzeichnisse und Personenhinweise aus dem Bereich des Bundes der Vertriebenen.<sup>200</sup> In den zwölf Jahren ihrer Agententätigkeit im Bereich der Vertriebenenorganisationen kommen somit mindestens 313 Informationen zusammen.

Die Zahl der Informationseingänge bei der HV A und die inhaltlichen Schwerpunkte der Agentenmeldungen von Ursula Richter, „IM Kern“, sollen anhand der folgenden Tabelle ersichtlich zusammengefaßt werden:<sup>201</sup>

Jahr	Zahl der Informationen	Inhaltliche Schwerpunkte
1973	27	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Finanzierung, Haushaltsplan und Finanzen des BdV für 1974,</li> <li>– <i>Analysen und Dokumente über die Stellung des BdV zur Ostpolitik, zu den Verträgen Bonns mit Moskau und Warschau,</i></li> <li>– Angaben zur Struktur und Organisation des BdV und verschiedener Landsmannschaften,</li> <li>– Unterlagen der regelmäßig stattfindenden BdV-Präsidiumstagungen</li> </ul>
1974	11	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Stellung der Vertriebenenverbände und die Ostverträge bzw. Ostpolitik der Bundesregierung, insbesondere die Verträge mit Prag und Ost-Berlin,</li> <li>– <i>Materialien der BdV-Präsidiumssitzungen und der Sitzungen der BdV-Ausschüsse,</i></li> <li>– Differenzen zwischen BdV und SPD in Finanzierungsfragen, Finanzierung des BdV durch das Bundesinnenministerium (BMI) und BMIB (Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen) 1974/75,</li> <li>– Neue Kulturpolitik des BdV,</li> <li>– Beziehungen zwischen BdV und der CDU/CSU, Briefwechsel</li> </ul>
1975	6	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Strukturen, Organisation, Aktivitäten der Landsmannschaften und des BdV,</li> <li>– Öffentlichkeitsarbeit und Kulturpolitik des BdV</li> </ul>
1976	6	<ul style="list-style-type: none"> <li>– BdV-Unterstützung für BRD-Pläne der Familienzusammenführungen von Deutschen aus Polen und der Sowjetunion;</li> </ul>
1977	34	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Aktivitäten und Tätigkeit des BdV und der Landsmannschaften,</li> <li>– Protokolle des BdV-Lastenausgleichsausschusses,</li> <li>– Haushalts- und Finanz- und Wirtschaftspläne 1978,</li> <li>– BdV-Kulturpolitik, „Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen“,</li> <li>– Kontakte des BdV-Präsidiums zu CDU/CSU-Führung,</li> <li>– Bonner Ostpolitik, insbesondere Beziehung zur VR Polen,</li> <li>– Protokolle aller BdV-Präsidiumssitzungen, Klausurtagungen des BdV-Bundesvorstands, Mitarbeitertagungen,</li> <li>– Vorbereitungen des BdV für die Konferenz von Belgrad<sup>202</sup>,</li> <li>– BdV-Dokumentationen: Verletzung der Menschenrechte im Ostblock</li> </ul>

<sup>200</sup> Hier handelte es sich um Eintragungen aus der SIRA-Teildatenbank 13 (Informationen über Regimeverhältnisse im Operationsgebiet) und SIRA-Teildatenbank 14 (Erkenntnisse über gegnerische Nachrichtendienste), deren Eingangsinformation von Ursula Richter stammten und zeitlich zwischen 1982–1985 entstanden.

<sup>201</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE Systemeingänge, SA Systemausgänge.

<sup>202</sup> In Belgrad fand 1978 die erste KSZE-Nachfolgekonferenz statt, wo eine BdV-Delegation das „Recht auf Heimat“ als allgemeines Menschenrecht propagieren wollte.

1978	40	<ul style="list-style-type: none"> <li>– BdV-Aktivitäten, BdV-Einschätzungen zur „Politischen Lage“,</li> <li>– Briefwechsel des BdV-Präsidiums 1978 (insb. mit Bundeskanzler Helmut Schmidt u. a. Bundesorganen), CDU/CSU-Parteivorstände,</li> <li>– BdV-Aufreten zur Belgrader KSZE-Nachfolgekonferenz,</li> <li>– Zur „Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen“,</li> <li>– Protokolle der BdV-Präsidiumssitzungen und des Lastenausgleichsausschusses, Organisationsfragen, Mitarbeiterkongreß,</li> <li>– Stellung zur CDU-Dokumentation: „Situation der Spätaussiedler“</li> </ul>
1979	25	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Wirtschafts- und Finanzierungsplan 1980, Spendenliste des BdV,</li> <li>– Materialien der BdV-Präsidiumssitzungen, BdV-Landesgruppen- und Geschäftsberichte,</li> <li>– Tätigkeiten und Situation im BdV, Gespräche zwischen BdV-Präsidium und CDU- bzw. CSU-Präsidien</li> </ul>
1980	17 <sup>203</sup>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Protokolle der BdV-Präsidiumssitzungen, BdV-Tätigkeitsbericht,</li> <li>– Schriftverkehr BdV-Bundesgeschäftsstelle und Ländergliederungen,</li> <li>– BdV-Finanz- und Wirtschaftspläne 1981</li> </ul>
1981	37	<ul style="list-style-type: none"> <li>– BdV-Wirtschafts- und Haushaltspläne 1982, Finanzprobleme,</li> <li>– Protokolle der BdV-Bundesversammlung, der Präsidiumssitzungen, der Bundesvorstandssitzungen, Jahresbericht,</li> <li>– Tätigkeit und Situation des BdV, Ostdeutsche Kulturarbeit</li> </ul>
1982	45	<ul style="list-style-type: none"> <li>– BdV-Geschäftsführerinformationen, Bundesvorstandspfotokolle, Tätigkeitsberichte, Protokolle der BdV-Präsidialsitzungen,</li> <li>– Materialien des BdV-Arbeitskreises „Oder-Neiße“,</li> <li>– Wirtschafts- und Haushaltspfotokolle für 1983,</li> <li>– Materialien der BdV-Kulturarbeit</li> </ul>
1983	28	<ul style="list-style-type: none"> <li>– BdV-Geschäftsführerinformationen, Präsidialtagungen, Jahresbericht, BdV-Bundesversammlung,</li> <li>– Wirtschafts- und Haushaltspfotokolle für 1984, Finanzierung durch BMIB,</li> <li>– Aktuelle und politische Lage im BdV,</li> <li>– Einflußnahme des BdV auf die neue Bundesregierung</li> </ul>
1984	26	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Wirtschaftspfotokolle, Finanzen des BdV für 1985,</li> <li>– Protokolle der Präsidialsitzungen, der Geschäftsführung, Jahresbericht,</li> <li>– Aktivitäten, Kulturarbeit des BdV, Erhöhung der BdV-Wirksamkeit</li> </ul>
1985	11	<ul style="list-style-type: none"> <li>– BdV-Informationsmaterialien, Protokolle von Präsidialsitzungen,</li> <li>– Finanzielle Lage des BdV</li> </ul>

Die Zahl der Informationen sagt noch nichts über den Umfang und schon gar nichts über die inhaltliche Bedeutsamkeit für Ost-Berlin aus. Eine Information konnte eine, zehn oder auch bis zu 160 Seiten umfassen. 67 Blatt lang war z.B. das Material aus dem Jahr 1973 mit dem Titel: „SPD-Vorstellungen der Finanzierung des BdV“.<sup>204</sup> „Interne Vorgänge und Finanzprobleme des BdV“, eine Information vom 18. April 1973, war 84 Seiten lang.<sup>205</sup> „Die Haltung des BdV zum Grund[lagen]vertrag [Bonn und Ost-Berlin] und einige Entwicklungsprobleme dieser Organisation“ stammte vom

<sup>203</sup> Fast alle Meldungen tragen das Eingangsdatum 9. und 10. April 1980. Ursula Richter erkrankte in diesem Jahr schwer, ihr wurde der linke Unterschenkel amputiert, sie kehrte erst Anfang 1981 an ihre Arbeitsstelle in die BdV-Zentrale zurück.

<sup>204</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7300187.

<sup>205</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7300924.

2. März 1973 und umfaßte fünf Seiten.<sup>206</sup> Der abfotografierte „Brief des Präsidenten des BdV Czaja an den Bundesminister des Auswärtigen Walter Scheel“, datiert vom 3. November 1973, war möglicherweise inhaltsschwer, aber nur drei Seiten lang.<sup>207</sup> Vom März 1974 stammte die 21-Blatt-Information „Über die gemeinsame Beratung der Präsidien der CDU und des BdV vom 4. März 1974“.<sup>208</sup> Für das MfS wertvoll waren die „Korrespondenzen des BdV mit den Bundesministerien für innerdeutsche Beziehungen und für Finanzen zu Finanzierungsfragen des BdV“ von insgesamt 56 Seiten.<sup>209</sup> Auf 144 Blatt kam die Dokumentation „Strukturen und Organisation, Finanzierung und Öffentlichkeitsarbeit der Landsmannschaften und der BdV“ am 6. Februar 1975 in Ost-Berlin an.<sup>210</sup> Sechs Seiten umfaßte die am 24. April 1975 gelieferte Information über „Konzeptionelle Vorstellungen und Aktivitäten der Führung des Bundesverbandes der Vertriebenen“.<sup>211</sup> Die vierseitige Analyse über „Herbert Czaja und die Aktivitäten des BdV in Verbindung mit der Ratifizierung der Vereinbarung VR Polen und BRD am 9. Oktober 1975 durch den Bundestag“ erreichte die HV A am 24. Januar 1976.<sup>212</sup> Sechs Seiten einer Ausarbeitung über die „Aktivitäten und Maßnahmen des BdV zur Durchsetzung ihrer politischen Zielsetzungen gegenüber den Ostblockstaaten“ gingen am 11. Juli 1977 ein.<sup>213</sup> Und sicher war man bei der MfS-Zentrale interessiert an der am 5. März 1979 überstellten zweiseitigen Spenden- und Spenderliste zur finanziellen Unterstützung der Vertriebenenverbände von 1978<sup>214</sup> oder der vierseitige Bericht „Zur aktuellen Situation im Bund der Vertriebenen“ vom 14. Juli 1981.<sup>215</sup>

Wie oben schon angemerkt, kann aus den Angaben der HV A SIRA-Datenbank seit Anfang der 1980er Jahre abgelesen werden, welche Bewertung die Nachrichtendienstzentrale den eingehenden Informationen und Meldungen gab. Die Einschätzungen reichten auf einer Skala von I bis V, wobei I die oberste Priorität, die Top-Nachricht von einer absoluten Spaltenquelle eines Agenten darstellte, die selten vergeben wurde. Die Bewertung II wurde für eine herausragende Information, die III für eine überdurchschnittliche gute vergeben und die V erhielten Nachrichten, die aus öffentlich zugänglichen Quellen wie z.B. Zeitungsartikeln, Nachrichtenmeldungen u.ä. bestanden. Die Agenteninformationen von Ursula Richter aus der Zentrale des Bundes der Vertriebenen wurden von der HV A überwiegend mit III, also von überdurchschnittlich gutem Wert, beurteilt, hin und wieder wurde auch die Einschätzung II vergeben. Als „herausragende Information“, bewertet mit II, befand die HV A den am 8. Februar 1982 übermittelten BdV-Wirtschaftsplan für 1983 und den für 1984, geliefert am 3. Februar 1983, den „Bericht zur Situation im Bund der Vertriebenen“ vom 18. Mai

<sup>206</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU Mfs HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA7300750.

<sup>207</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU Mfs HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7304473.

<sup>208</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU Mfs HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7400596.

<sup>209</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU Mfs HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7400959.

<sup>210</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU Mfs HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7501364.

<sup>211</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU Mfs HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA7501322.

<sup>212</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU Mfs HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA7601474.

<sup>213</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU Mfs HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA7705404.

<sup>214</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU Mfs HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7901514.

<sup>215</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU Mfs HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8120431.

1982, die Protokolle der Sitzungen des BdV-Finanzausschusses für alle Jahre<sup>216</sup> oder das zehnseitige „Gesprächsprotokoll vom 10. Oktober 1983 zwischen dem BdV-Präsidenten Herbert Czaja und dem Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann“.<sup>217</sup> Von hohem Wert schienen außerdem die regelmäßig in Ost-Berlin vorgelegten Protokolle der BdV-Präsidentenversammlungen und der BdV-Jahresberichte gewesen zu sein.<sup>218</sup>

Die HV A fertigte aus den eingehenden Spionagematerialien Ausgangsinformationen an, die einen Verweis trugen auf den jeweiligen Empfängerkreis.<sup>219</sup> Der konnte verschiedene Abteilungen und Führungsebenen innerhalb des Ministeriums selbst umfassen sowie SED-Spitzenfunktionäre. Aus der HV A-SIRA-Datenbank lassen sich für 1983 bis 1985 verschiedene MfS-gefertigte Ausgangsinformationen nachweisen, die allein auf die Spionageberichte von Ursula Richter, IM „Kern“, zurückgehen.<sup>220</sup> Datiert vom 3. Mai 1983 ging beispielsweise eine 7-Blatt-Information „Über die gegenwärtige Lage des Revanchistendachverbandes Bund der Vertriebenen in der BRD“ an die SED-Spitzenpolitiker Hermann Axen, zuständig für die „Arbeit nach der BRD“ und an Kurt Hager, Chefideologe, Joachim Herrmann, Chefagitator und zuständig für die Medien, Günter Schabowski, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung von Ost-Berlin – alle Genannten waren SED-Politbüromitglieder. Die Meldung ging außerdem an Oskar Fischer, den DDR-Außenminister, sowie an die stellvertretenden MfS-Minister und andere HV A-Abteilungen.<sup>221</sup> Eine dreiseitige „Information über Aktivitäten des BdV zur vertieften Einflußnahme auf die BRD-Regierung“ vom 21. Dezember 1983 ging wieder an Hermann Axen, Kurt Hager, Joachim Herrmann und Oskar Fischer sowie an verschiedene MfS-Abteilungen, und je ein Exemplar erhielten die Geheimdienste Polens, der ČSSR, Bulgariens, Ungarns und der Sowjetunion.<sup>222</sup> Im Juni 1984 verschickte die HV A eine sechseitige Information über die „Zunehmenden nationalistischen und revanchistischen Aktivitäten in der BRD“ an den SED-Chef Erich Honecker und an acht weitere SED-Politbüromitglieder, an Willi Stoph (auch Ministerratsvorsitzender), Hermann Axen, Herbert Häber (zuständig für die „Westarbeit“), Kurt Hager, Joachim Herrmann, Egon Krenz (zuständig für Sicherheitsfragen), Günter Schabowski und Werner Krolikowski.

<sup>216</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8200885, SE8300838, SE8204341, SE8307236.

<sup>217</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8309198; auch Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland, S. 517f.

<sup>218</sup> Vgl. z.B. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8401734, SE8408114, SE8408117, SE8503090.

<sup>219</sup> Zwischen 1975 bis 1985 sind zwölf HV A-Informationen über den Bund der Vertriebenen im BStU-Archiv erhalten geblieben, die an die SED-Spitze gegangen sind. Es ist wahrscheinlich, daß die dort verarbeiteten Informationen von der Agentin Ursula Richter stammten. In: BStU MfS HV A 114, 119, 124, 67, 81, 69, 84, 79, 14, 24, 27, 35.

<sup>220</sup> Insgesamt sind es in den zweieinhalb Jahren, bis zur Flucht Richters im August 1985, 16 Informationen. Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA8350017, SA8350133, SA8350153, SA8350220, SASA8350413, SA8372655, SA8450217, SA8450355, SA8472029, SA8472819, SA8478120, SA8478196, SA8550099, SA8550305, SA8578323 und SA8580114.

<sup>221</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA8350153.

<sup>222</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA8350413.

kowski (zuständig für Wirtschaft/Zahlungsbilanz mit der BRD), an den DDR-Außenminister Oskar Fischer, an die ZK-Westabteilung, verschiedene MfS-Abteilungen und an die „befreundeten Geheimdienste“ in Polen, Ungarn, ČSSR und in der UdSSR.<sup>223</sup> Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Ost-Berlin sowie die Außenministerien in Prag, Warschau, Budapest und Sofia erhielten im Februar 1985 eine HV A-Auskunft über die „Bestrebungen zur Erhöhung der Wirksamkeit der Revanchistenorganisation „Bund der Vertriebenen“.<sup>224</sup> Die letzte HV A-Ausgangsinformation, die auf den Meldungen der IM „Kern“ basierte, ging am 20. Mai 1985 unter dem Titel „Finanzielle Lage des Bundes der Vertriebenen“ an das Außenministerium und an die SED-ZK-Westabteilung.<sup>225</sup>

Auch wenn nur Teile der Spionage-Unterlagen, die Erika Reißmann aus Bonn nach Ost-Berlin übermittelte, im Archiv der BStU-Behörde zu finden sind und sicher auch nicht alle MfS-Ausgangsinformationen, die auf ihren Materialien beruhten, heute noch vorhanden sein dürften sowie in den meisten Fällen die Dokumente, Analysen und Berichte über die Vertriebenenverbände gegenwärtig nicht konkret der Agentenquelle IM „Kern“ zuzuordnen sind, können die SIRA-Datensätze des MfS einen Eindruck vermitteln, was, wann und in welchem Umfang die MfS-Quelle in der Geschäftszentrale des Bundes der Vertriebenen an Informationen lieferte. Es ist sicher, daß über einen großen Teil der internen Vorgänge im BdV wie Strukturen, Personal, Finanzierung, Aktivitäten, politische Programmatik, interne Meinungsverschiedenheiten und Konkurrenzen, Verflechtungen und Einflußnahme der Vertriebenenverbände auf die Bonner parlamentarischen und Parteigremien das DDR-Staatsicherheitsministerium Kenntnis hatte. Die MfS-Agentin Reißmann wurde zur Informationsbeschaffung benutzt. Eine irgendwie geartete Einflußnahme auf den Bund der Vertriebenen durch sie war nicht nachzuweisen und sicher von Ost-Berlin aus auch nicht vorgesehen.<sup>226</sup> Bei den MfS-Spionagefällen im „Operationsgebiet“ muß deutlich unterschieden werden zwischen Informationsgewinnung und beabsichtigter sowie gelungener Einflußnahme auf politische und gesellschaftliche Entwicklungen in der Bundesrepublik. Die HV A hatte insgesamt gesehen einen beträchtlichen Einblick in politische Prozesse der Bundesrepublik gehabt, doch ihr Einfluß auf grundsätzliche Entscheidungen war trotz ihrer Bemühungen gering, wenn nicht sogar unbedeutend.<sup>227</sup> Das läßt sich so auf den hier geschilderten Fall übertragen. Die nachrichtendienstliche Tätigkeit der Agentin Reißmann beim BdV gehörte zur sogenannten Westarbeit, zur politischen Spionage der Hauptverwaltung Aufklärung, die rund 19 Prozent am Gesamtfeld der Spionage des MfS ausmachte.<sup>228</sup> Erika Reißmann zähl-

<sup>223</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA8450217.

<sup>224</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA8472819.

<sup>225</sup> Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA8580114.

<sup>226</sup> Die zunehmend ablehnende Haltung der bundesdeutschen Gesellschaft gegenüber den Vertriebenenverbänden BdV und Landsmannschaften seit den 1970er Jahren hat wenig mit einem direkten Einfluß des MfS bzw. der SED-Propaganda zu tun, sondern vielmehr mit allgemeinen gesellschaftlichen Umbrüchen in der westdeutschen Gesellschaft seit den 1960er Jahren. Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 111 ff.

<sup>227</sup> Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Was wissen wir über die DDR-Spionage?, S. 34–71, insbes. 46–53.

<sup>228</sup> Vgl. Georg Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage, S. 95ff.

te sicher zu einer wichtigen Quelle für Informationen aus Bonn für die Staatssicherheit, eine Top-Agentin war sie hingegen nicht. Dafür war ihr Einsatzort – der Bund der Vertriebenen – nicht bedeutsam genug für das MfS und die SED-Führung. Jene HV A-Agenten der politischen Spionage, die in exekutiven Führungszentralen – Bundesregierung, Bundesministerien – saßen, in oberen Parteigremien von CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne waren, fanden weitaus größere Aufmerksamkeit bei der DDR-Staatssicherheit in den 1970er und 1980er Jahren.<sup>229</sup>

#### 4. „Revanchistische Offensive“ aus Bonn seit 1982 – Realität oder gezielte SED-Propaganda?

Die DDR-Auslandsaufklärung schätzte die Lage des Bundes der Vertriebenen in der Bundesrepublik im April 1983 nüchtern und sachlich ein: „Führende Vertreter des BdV begrüßten die Regierungübernahme durch die CDU/CSU [...]. Wie aus Einschätzungen leitender Funktionäre des ‚BdV‘ hervorgeht, [haben diese] besondere Erwartungen auf [...] eine wirkungsvollere ideelle und materielle Unterstützung durch BRD-Regierungsstellen seit [...] der im Oktober 1982 gebildeten und durch die Bundestagswahlen am 6. März 1983 bestätigten CDU/CSU/FDP-Regierung, wobei sie jedoch das – angesichts zahlreicher interner Probleme – begrenzte Gewicht ihrer Organisation überschätzten.“<sup>230</sup> So rational lasen sich die Analysen und Expertisen des Staatssicherheitsdienstes über den „organisierten Revanchismus in der BRD“<sup>231</sup>, die in ungewöhnlicher Vielzahl und quantitativ umfangreich zwischen 1983 und 1989 entstanden, in der Regel nicht. Eher war der Eindruck zu gewinnen, daß die undifferenzierten und pauschalen Urteile über und die aggressiven verbalen Angriffe auf den BdV und die ostdeutschen Landsmannschaften in diesem Jahrzehnt wieder zunahmen. Das traf insbesondere auf die Analysen und Einschätzungen der SED-Agitatoren<sup>232</sup> und der MfS-Informationsabteilung, der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe zu, sowie der zuständigen Hauptabteilung XX bzw. auf der Bezirks-ebene der Abteilungen XX des Ministeriums für Staatssicherheit. Ein realistischeres und objektiveres Bild von der Bedeutung der Vertriebenenverbände und deren tat-

<sup>229</sup> Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Was wissen wir über die DDR-Spionage?, S. 46–55.

<sup>230</sup> HV A-Information über die gegenwärtige Lage des Revanchistendachverbandes „Bund der Vertriebenen“ in der BRD, 18. April 1983, in: BStU MfS HV A24, Bl. 55.

<sup>231</sup> Vgl. Organisierter Revanchismus in der BRD. Arsenal, Rolle und Ziele der Landsmannschaften in der Gegenwart, 2/3, 1984, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 1–35; Rolle und aktuelle Aspekte der subversiven Tätigkeit von Landsmannschaften als eine Form des organisierten Revanchismus der BRD, Mai 1985, in: BStU MfS JHS 234/85, Bl. 1–58; Zum Wesen, zu den Funktionen und Methoden revanchistischer Landsmannschaften und ihrer Unterorganisationen in der BRD, 1986, in: BStU MfS JHS 20629, Bl. 42–156, und Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ e.V. (BdV), Juni 1989, in: BStU ZAIG 28750, Bl. 52–159.

<sup>232</sup> 1984 erschien eine weitere SED-Propagandaschrift mit altbekannten Vorwürfen und Thesen. Vgl. Werner Flach, Christa Koushil, Kreuzritter in Trachten. Organisierter Revanchismus und seine Macher, Leipzig 1984.

sächlicher Einflußnahme auf die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik lieferten eher die MfS-Offiziere der Hauptverwaltung Aufklärung<sup>233</sup>.

Die SED-Agitatoren waren sich einig in ihrer Beobachtung, daß mit dem Regierungswechsel zur CDU/CSU-FDP-Koalition unter Bundeskanzler Kohl ein echtes Wiederaufleben der sogenannten Revanchistenverbände in der Bundesrepublik stattfand, auch wenn Kanzler Kohl z. B. im Mai 1983 oder im Juli 1983 öffentlich widersprach: „Es gibt in der Bundesrepublik keinen Revanchismus.“<sup>234</sup> In Ost-Berlin teilte man jedoch diese Ansicht nicht. Dort hieß es: „Unbeschadet überstanden die Revanchistenverbände sowohl die entspannungspolitischen 1970er Jahre als auch die 13 Jahre sozial-liberale Koalitionsregierung. Den Revanchistenverbänden weniger nahestehend als die Unionsparteien, nutzten aber die Sozialdemokraten in keiner Weise die Regierungsverantwortung, um wirksam gegen diese Organisationen vorzugehen. Durch die [...] Kohl-Regierung bekamen die Revanchistenverbände [...] beträchtlichen Aufwind. Sie können sich einer bis dahin nicht dagewesenen materiellen und ideellen Unterstützung erfreuen.“<sup>235</sup> Für Ost-Berlin gehörten Unionsparteien und Vertriebenenverbände als „natürliche Verbündete im Revanchismus“ zusammen. Parallel traf in ihren Augen die Sozialdemokraten eine Mitschuld, in ihrer Regierungszeit nicht konsequent auf die Auflösung von BdV und Landsmannschaften hingewirkt zu haben. „Daß die Ost- und Deutschlandpolitik der sich 1983 gebildeten CDU-CSU-FDP-Regierung an diese Vorstellungen [des Offenhaltens der deutschen Frage] anzuknüpfen vermochte, ist nicht zuletzt auch auf das kontinuierliche Wirken des organisierten Revanchismus unter den sozial-liberalen Regierungen zurückzuführen.“<sup>236</sup>

Als sichtbare Zeichen für den Bedeutungszuwachs und das Erstarken der organisierten Vertriebenen seit 1982/83 listeten die MfS-Funktionäre verschiedene Beobachtungen auf: Unmittelbar nach dem Amtsantritt der Kohl-Regierung hätten hochrangige politische Unterredungen zwischen CDU/CSU-FDP-Regierungsvertretern und Spitzenfunktionären des BdV stattgefunden, wie beispielsweise bereits am 11. Januar 1983 kurz nach dem Regierungswechsel zwischen dem Bundeskanzler und dem Präsidium des BdV, am 15. Februar und am 25. März 1983 zwischen dem Bundespräsidenten Karl Carstens und den Spitzenfunktionären der ostdeutschen Landsmannschaften bzw. der Vertriebenen-Jugendorganisation „Deutsche Jugend des Ostens – Deutsche Jugend Europas“. Zwischen dem Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bzw. der FDP-Spitze und dem BdV-Präsidium fanden Gespräche am 15. Februar

<sup>233</sup> Der MfS-Minister Erich Mielke hatte in einer Weisung von 1985 erneut unterstrichen, daß die „politisch-operative Verantwortlichkeit zu den feindlichen Stellen und Kräften im Operationsgebiet, dem ‚Bund der Vertriebenen‘ und dem ‚Bund der Mitteldeutschen‘“ bei der HV A/II liegt. Vgl. Ost- und Mitteldeutsche Vereinigungen, Mai 1985, in: BStU MfS HA XXII 1254, Bl. 37, 38.

<sup>234</sup> So Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung am 4. Mai 1983 oder am 6. Juli 1983 auf einer Pressekonferenz in Moskau, zitiert in: ND, 7. Juli 1983, S. 1, und Dokumentation: Organisierter Revanchismus in der BRD, 2/3-1984, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 7.

<sup>235</sup> Volker Meißen, Rolle und aktuelle Aspekte der subversiven Tätigkeit der Landsmannschaften als eine Form des organisierten Revanchismus der BRD, 15. Mai 1985, in: BStU MfS JHS 234/85, Bl. 32.

<sup>236</sup> Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969-1975), von 1983, in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 63.

1983 statt, zwischen dem CDU/CSU-Bundestags-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger am 4. November 1983 bzw. dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Heinrich Windelen<sup>237</sup> und der BdV-Führung am 18. November 1983.<sup>238</sup> Zudem hatte Kanzler Kohl demonstrativ Ende 1982 den letzten Vertriebenenminister (bis 1969 im Amt) Heinrich Windelen<sup>239</sup> als Minister für innerdeutsche Beziehungen in sein Kabinett aufgenommen. Nach jahrelanger Abwesenheit, so MfS und SED, hätten wieder Bundespolitiker als Gastredner an Großveranstaltungen der Landsmannschaften teilgenommen. Zum Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien im Juni 1983 kamen erstmals seit 16 Jahren wieder Bundesminister als Gastredner, das waren Heinrich Windelen und der Vizepräsident des Bundestages Richard Stücklen (CSU)<sup>240</sup>; 1984 besuchte erstmals ein ehemaliges Staatsoberhaupt der Bundesrepublik, Bundespräsident a.D. Karl Carstens, das Pfingsttreffen der Sudetendeutschen. Im September 1984 sprach zum ersten Mal seit 18 Jahren mit Helmut Kohl wieder ein amtierender Bundeskanzler auf dem „Tag der Heimat“ des Bundes der Vertriebenen in West-Berlin. 1985, 40 Jahre nach Kriegsende, erreichten die Besucherzahlen auf Bundestreffen der Landsmannschaften Rekordwerte: Zum Sudetendeutschen Tag in Stuttgart Ende Mai 1985 kamen 150 000 Teilnehmer, auf dem Bundestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Düsseldorf trafen sich 125 000 Menschen, und auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier Mitte Juni 1985 in Hannover zählte man 150 000 sogenannte Geburts-, Abstammungs- oder Bekenntnisschlesier.<sup>241</sup> Auch die Beobachtung war zutreffend, daß seit 1983 die Finanzmittel des Bundes und der Bundesländer bzw. der Kommunen für die Vertriebenenverbände wieder deutlich anstiegen: Die höheren Gelder flossen für die institutionelle Förderung der zentralen Organisationen und Verbände, für die Mitfinanzierung der Aktivitäten des BdV und der Landsmannschaften, für die sogenannte ostdeutsche Kulturarbeit (Erhaltung des „kulturellen Heimat-erbes“), für die Bildungsarbeit und für die „Förderung von Wissenschaft und Forschung im Rahmen der Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen“.<sup>242</sup> All diese Aspekte wertete der Staatssicherheitsdienst als Ergebnis des Bemühens von BdV und ostdeutschen Landsmannschaften, ihren Einfluß auf die regierenden Unionsparteien zu festigen bzw. zu erweitern. 1984 hieß es in Ost-Berlin: „Die Revanchistenverbände fühlen

<sup>237</sup> Karl Carstens (1914–1992), CDU, 1976–1979 Präsident des Deutschen Bundestages, 1979–1984 Bundespräsident der Bundesrepublik.

Alfred Dregger (1920–2002), CDU, 1982–1991 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Heinrich Windelen (1921), stammte aus Schlesien, CDU, 1969 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1983–1987 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen.

<sup>238</sup> Vgl. Volker Meißner, Rolle und aktuelle Aspekte der subversiven Tätigkeit der Landsmannschaften als eine Form des organisierten Revanchismus der BRD, 15. Mai 1985, in: BStU MfS JHS 234/85, Bl. 35–37; Dokumentation: Organisierter Revanchismus in der BRD, 2/3–1984, in: ebenda, MfS HV A 1043, Bl. 7.

<sup>239</sup> Vgl. MfS-Personendossier zu Heinrich Windelen für den Zeitraum 1969–1983, und 1976–1988, in: BStU MfS PA 1171, Bl. 8–56 und MfS ZAIG 24071, Bl. 153–237.

<sup>240</sup> Richard Stücklen (1916–2002), CSU, 1957–1966 Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen, 1979–1983 Präsident des Deutschen Bundestages.

<sup>241</sup> Vgl. Zum Wesen, zu den Funktionen und den Methoden revanchistischer Landsmannschaften und ihrer Unterorganisationen in der BRD, 1986, in: BStU MfS JHS 20629, Bl. 72–78.

<sup>242</sup> Vgl. ebenda, Bl. 79–82.

sich gegenwärtig offensichtlich stärker als je zuvor als ‚pressure group‘ der reaktionärsten politischen Kräfte in der BRD-Regierung.“<sup>243</sup>

Aber so gänzlich ungetrübt schien das Verhältnis zwischen neuer Bundesregierung und den Spitzen der Vertriebenenverbände nicht gewesen zu sein. Denn auch in Ost-Berlin registrierte man unterschwellige Kritik der BdV-Spitze an den neuen Regierungsvertretern. Vertriebenenfunktionäre beanstandeten die „nicht immer klare Terminologie“ von Bundespolitikern. Sie kritisierten sogar Sätze von Kanzler Kohl aus dessen Regierungserklärung mit den Worten: „Vertriebene hätten ihre Heimat nicht einfach verloren“ und „es gäbe nicht nur zwei vorläufig staatlich organisierte Teile Deutschlands, sondern [...] noch andere Teile Deutschlands“. Herbert Czaja verbat sich u.a. auch von CDU/CSU-Seite jede widersprüchliche Äußerung zu Deutschland und das sogenannte Akzeptieren von Grenzen. Weiter habe Czaja gemeint, daß er das offene Bekennen von Bundesinnenminister Zimmermann<sup>244</sup> – die deutsche Frage sei einschließlich der Ostprovinzen nach wie vor offen – begrüße, jedoch gäbe es verbreitet auch andere Meinungen bei Unionspolitikern, die bei Wiedervereinigung nur Mitteldeutschland, also die DDR, im Blick hätten. Besondere Kritik und Angriffe der BdV-Führung richten sich, so die Beobachtung der Staatssicherheit, auf den Außenminister Genscher, der den Verbänden öffentlich „unverantwortliche Äußerungen“ vorgeworfen habe.<sup>245</sup>

Die Hauptverwaltung Aufklärung des MfS informierte im Dezember 1983 die SED-Führung, konkret Kurt Hager, Hermann Axen, Joachim Herrmann und Oskar Fischer, sachlich über das Verhältnis zwischen BdV-Spitze und Bonner Regierung: „Führende Vertreter des ‚Bundes der Vertriebenen‘ [...] stellen seit Bildung der CDU/CSU/FDP-Regierung eine bessere Wahrnehmung der Interessen der Vertriebenenverbände fest. Insbesondere wäre im Vergleich zur SPD/FDP-Regierung eine größere Bereitschaft zur Gewährung finanzieller Mittel erkennbar, obwohl ihr Ausmaß noch nicht als ausreichend empfunden würde. Gleichzeitig betonen sie, daß die Haltung der BRD-Regierung in der ‚Ost- und Deutschlandpolitik‘ [...], nicht in allen Punkten den Auffassungen des BdV entspreche. Die Aussagen zur ‚Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands‘, den ‚ehemaligen deutschen Ostgebieten‘, zu sogenannten Menschenrechtsverletzungen in der DDR [...] beinhalten ‚Lücken und Gefahren‘.“<sup>246</sup> Die MfS-Auslandsaufklärer hatten zudem ermittelt, daß die BdV-Spitze engere Gesprächskontakte zum Bundesinnenminister Zimmermann (CSU), zum Minister für innerdeutsche Beziehungen Windelen (CDU), zum Bundesminister Heiner Geißler (CDU),

<sup>243</sup> Dokumentation: Organisierter Revanchismus in der BRD, 2/3-1984, in: BStU MfS HV A 1043, Bl.8.

<sup>244</sup> Friedrich Zimmermann (\*1925), CSU, 1982–1989 Bundesinnen-, 1989–1991 Bundesverkehrsminister.

<sup>245</sup> Vgl. und zitiert in: Dokumentation: Organisierter Revanchismus in der BRD, 2/3-1984, in: BStU MfS HV A 1043, Bl.8. Diese Kritik an Außenminister Genscher durchzieht die gesamten Memoiren von Herbert Czaja. Ders., Unterwegs zum kleinsten Deutschland, 1996.

<sup>246</sup> Information über Aktivitäten des BdV zur Vertiefung seiner Einflußnahme auf die BRD-Regierung, 22. Dezember 1983, in: BStU MfS HV A 27, Bl.127.

zum Bundesminister Ignaz Kiechle (CSU)<sup>247</sup> sowie zum CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß suchte.<sup>248</sup>

Nach Angaben der HV A-Offiziere stehe auf der Agenda des Bundes der Vertriebenen nach wie vor die „Wiedervereinigung Deutschlands, einschließlich der Rückgewinnung der ehemaligen Ostgebiete“.<sup>249</sup> Dies habe BdV-Präsident Herbert Czaja Ende 1983 zum wiederholten Male unterstrichen und drei Schwerpunkte für die weitere Einflußnahme auf die Politik der Bundesregierung formuliert. Zum einen müsse der Vertriebenenverband auf die „Einhaltung einer verständlichen Terminologie“ im politischen Leben der Bundesrepublik achten. Es dürfe nur von „Deutschland als Ganzes von 1937“ gesprochen werden, Formulierungen wie „politische Realitäten anerkennen“ und „das Rad der Geschichte dürfe nicht zurückgedreht werden“, die „hauptsächlich die Gegner des BdV verwenden, sollten in der Argumentation künftig offensiv entkräftet werden“.<sup>250</sup> Zum zweiten müsse die Bundesregierung in ihren Aktivitäten gedrängt werden, die Verletzung der Menschenrechte in den sozialistischen Ländern, insbesondere in der DDR, deutlicher und öffentlich anzuprangern. Und zum dritten habe die neue Regierung in der Gestaltung von Wirtschafts- und Finanzhilfen für die Ostblockstaaten im Gegenzug eine „Verbesserung der menschlichen Lage für alle Deutschen“ zu fordern.<sup>251</sup>

Die Arbeitsschwerpunkte der Vertriebenenverbände bestanden nach den Worten der Staatsicherheit in folgenden vier Punkten: 1. Anfechtung des territorialen und politischen Status quo in Europa, 2. Forcieren der Politik und Propaganda zum „Offenhalten der Deutschen Frage“ unter Einbeziehung aller „Teile des Deutschen Reiches mindestens in den Grenzen von 1937“, 3. Mißbrauch der Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen zu sozialistischen Staaten als Mittel zur politischen Erpressung und Destabilisierung der Staaten und 4. Verstärkung der Einflußnahme auf die Jugend der Bundesrepublik zum Erhalt eines „gesamt- und großdeutschen Bewußtseins“.<sup>252</sup> Um diese Ziele umzusetzen, konzentrierte sich die Funktionärsschicht der organisierten Vertriebenen nach wie vor darauf, ihren Einfluß in den Medien zu vergrößern. In Ost-Berlin zählte man 1984 zwölf Vertriebenen-Spitzenfunktionäre in Rundfunk- bzw. Fernseh-Räten, z.B. saßen Herbert Czaja im Rundfunkrat des Kölner „Deutschlandfunks“, Herbert Hupka im Rundfunkrat der „Deutschen Welle“ und Rudolf Wollner im Fernsehrat des Zweiten Deutschen Fernsehen in Mainz.<sup>253</sup> Eine nach-

<sup>247</sup> Heiner Geißler (\*1930), 1977–1989 CDU-Generalsekretär, 1982–1985 Bundesminister für Jugend, Familie, Gesundheit.

Ignaz Kiechle (1930–2003), 1983–1993 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

<sup>248</sup> Vgl. Information über Aktivitäten des BdV zur Vertiefung seiner Einflußnahme auf die BRD-Regierung, 22. Dezember 1983, in: BStU MfS HV A 27, Bl. 128.

<sup>249</sup> Ebenda, Bl. 129.

<sup>250</sup> Ebenda.

<sup>251</sup> Vgl. Information über Aktivitäten des BdV zur Vertiefung seiner Einflußnahme auf die BRD-Regierung, 22. Dezember 1983, in: BStU MfS HV A 27, Bl. 129.

<sup>252</sup> Vgl. Volker Meißner, Rolle und aktuelle Aspekte der subversiven Tätigkeit der Landsmannschaften als eine Form des organisierten Revanchismus der BRD, 15. Mai 1985, in: BStU MfS JHS 234/85, Bl. 16.

<sup>253</sup> Vgl. ebenda, Bl. 51, 52.

drücklich verfolgte Strategie der Vertriebenenverbände bestünde in der personellen Verflechtung mit dem Bonner Parteien- und Parlamentssystem. Das MfS hatte zusammengestellt, daß im Bundestag von 1983 19 Vertriebenenpolitiker der Spitzenebene saßen, die „Mitteldeutschen“ mitgerechnet sogar 41 CDU/CSU-Abgeordnete.<sup>254</sup> Im 1987 neu gewählten 11. Bundestag zählten die HV A-Mitarbeiter 36 Abgeordnete, die im BdV bzw. in den ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften Funktionen innehatten und gleichzeitig zur CDU/CSU-Fraktion gehörten.<sup>255</sup> SPD-, FDP- oder gar Grüne-Bundestagsabgeordnete, die einen ostdeutschen Herkunftshintergrund hatten, zählten weder die Vertriebenenverbände als ihre Interessenvertreter im Parlament noch die DDR-Staatsicherheit. In den Bonner Bundesparteien hätten sich, so die MfS-Analysen, zudem gesonderte „revanchistische Gruppierungen“ organisiert, so die „Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge“ in der CDU/CSU, die „Union der Vertriebenen“ in der CSU, beim SPD-Parteivorstand der „Beirat für Umsiedler, Vertriebene und Flüchtlinge“<sup>256</sup> sowie in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die „Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten“ und die „Kommission für Volksgruppenrecht und Aussiedlerfragen“.<sup>257</sup> Alle diese politischen, parlamentarischen, medialen und institutionellen Verflechtungen konnten jedoch nicht verhindern, daß die Bedeutung der Vertriebenenverbände in der bundesdeutschen Gesellschaft zurückging. Markige Worte und gegenseitige Zusicherungen von Regierungs- und Vertriebenenpolitikern täuschten nur zeitweise darüber hinweg, daß der BdV und die Landsmannschaften auch unter der CDU/CSU-FDP-Koalition keinen wirklichen Einfluß mehr im Bereich der Bonner Deutschland- und Ostpolitik ausüben konnten. Bundesminister Windelen sagte zwar vor der Landsmannschaftsführung der Westpreußen am 21. April 1984: „Wir haben die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Vertriebenen [...] im Bereich der Deutschlandpolitik aus dem Rang des Nebensächlichen gehoben“. Und der bayrische BdV-Vorsitzende Fritz Wittmann (MdB/CSU)<sup>258</sup> versicherte von Seiten der Verbände im Mai 1984, daß „es durch den Regierungswechsel in Bonn eine Wende gegeben habe. Wir fühlen uns bei dieser Bundesregierung geborgen.“<sup>259</sup> In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wurde aber die mangelnde politische Unterstützung der regierenden

<sup>254</sup> Vgl. Revanchisten zahlreich im Bundestag, 17. März 1983, in: BStU MfS ZAIG 8890/1, Bl. 19; Volker Meißner, Rolle und aktuelle Aspekte der subversiven Tätigkeit der Landsmannschaften als eine Form des organisierten Revanchismus der BRD, 15. Mai 1985, in: ebenda, MfS JHS 234/85, Bl. 54.

<sup>255</sup> Vgl. Revanchisten-Nachwuchs: Vertriebene und Flüchtlinge der CDU/CSU im 11. Deutschen Bundestag, 1987, in: BStU MfS HV A 1399, Bl. 1-4.

Im Deutschen Bundestag saßen 1983 498 und 1987 497 Abgeordnete. Vgl. Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, S. 295.

<sup>256</sup> Das MfS notierte dazu: „Hier ist jedoch der die Politik des BdV bestimmende, nationalistische und z. T. offen revanchistische Flügel des Bundes nicht präsent.“ In: Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband BdV, Juni 1989, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 108.

<sup>257</sup> Vgl. Dokumentation: Organisierter Revanchismus in der BRD, 2/3–1984, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 28.

<sup>258</sup> Dr. Fritz Wittmann (Jg. 1933), geboren bei Marienbad/Egerland (CSR), Jurist, CSU, 1971–1994 und 1996–1998 MdB, 1994–1998 Präsident des BdV.

<sup>259</sup> Beide Zitate in: Volker Meißner, Rolle und aktuelle Aspekte der subversiven Tätigkeit der Landsmannschaften als eine Form des organisierten Revanchismus der BRD, 15. Mai 1985, in: BStU MfS JHS 234/85, Bl. 38.

Unionsparteien für die Ziele des BdV erkennbarer. Bei den Vertriebenenfunktionären machte sich Enttäuschung breit. Diese Entwicklung registrierten die MfS-Geheimdienstler und sie berichteten darüber ihrer SED-Führung.

Im März 1985 ging ein HV A-Papier mit dem Titel „Politische Zielvorstellungen und Tätigkeit des Revanchistendachverbands ‚Bund der Vertriebenen‘ in der BRD“ an die SED-Politbüromitglieder Hermann Axen, Kurt Hager, Herbert Häber, Günter Schabowski und Joachim Herrmann. Demnach würden die „Revanchistenfunktionäre“ öffentlich ihre Zufriedenheit über den angeblichen Wandel in der Deutschlandpolitik bekunden. Im BdV kursiere die Meinung: „Die [...] Bonner] Regierung spreche deutlicher die Lage der Deutschen in der DDR an und rücke bei ihrer Argumentation bezüglich des Fortbestehens einer einheitlichen deutschen Nation das Grundgesetz und die Urteile des Bundesverfassungsgerichts [...] wieder stärker in den Vordergrund.“<sup>260</sup> Innerhalb des BdV diskutierten die Funktionäre aber, daß es in der Frage der „Mitverantwortung der Bundesregierung für die Gebiete östlich von Oder und Neiße, also für Deutschland in den Grenzen von 1937“, immer häufiger ein Zurückweichen, mißverständliche Formulierungen oder gar ein Verschweigen in amtlichen Schreiben und Verlautbarungen gäbe. Der Bundespolitiker Volker Rühe<sup>261</sup> (CDU) oder der Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) würden sogar öffentliche Kritik am deutschlandpolitischen Standpunkt des BdV üben. Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen habe im 1984 publizierten „Taschenbuch über Deutschland“ und mit seiner „Deutschlandkarte“ für die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit ausschließlich Bezug genommen auf ein „Deutschland, bestehend aus den Gebieten von BRD und DDR“. Die Vertriebenenpolitiker scheutn die Auseinandersetzung auch mit den Politikern der Regierungsebene nicht und wollten sich von besagten Rückschlägen nicht entmutigen lassen. Ihre Bemühungen zielt auf einen Einflußgewinn auf die bundesdeutsche Innen- und Außenpolitik.<sup>262</sup> Die HV A wußte zu berichten, daß der Mitgliederrückgang und die starke Überalterung der Mitglieder in den Vertriebenenorganisationen weiter höchst problematisch für die gesamte Verbandsarbeit war. Dringend suchte die überalte Bdv-Führungsriege nach „jungen, engagierten künftigen Führungskadern mit akademischer Bildung und politischer Sachkenntnis“. Im BdV-Führungsreich wurde die Frage diskutiert, ob der Verband sich weiterhin als reine Vertriebenenorganisation begreifen oder sich mehr in Richtung einer „Organisation für Freiheit, Selbstbestimmung und Wahrung der Menschenrechte“ entwickeln sollte. Durch eine allgemeinere Zielsetzung könne man möglicherweise mehr junge Menschen ansprechen.<sup>263</sup> Die DDR-Auslandsaufklärer informierten die SED-Spitze auch über die BdV-interne Sicht der öffentlichen Ausinandersetzungen um das Motto des 21. Deutschlandtreffens der Schlesier. Vom 14.

<sup>260</sup> Zitiert in HV A-Information vom 13. März 1985, in: BStU MfS HV A 35, Bl. 58.

<sup>261</sup> Volker Rühe (Jg. 1942), CDU seit 1963, 1976–2002 MdB, 1982–1989 Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1989–1992 CDU-Generalsekretär, 1992–1998 Bundesverteidigungsminister.

<sup>262</sup> Vgl. Information über die politischen Zielvorstellungen und die Tätigkeit des Revanchistendachverbands BdV in der BRD, 13. März 1985, in: BStU MS HV A 35, Bl. 58–61.

<sup>263</sup> Vgl. ebenda, Bl. 61.

bis 16. Juni 1985 sollte in Hannover das Bundes treffen der „Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien“ stattfinden. Als Hauptredner war Bundeskanzler Helmut Kohl geladen. Anfang 1985 wurde das Motto des Treffens „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser“ bekannt. Das löste heftige Diskussionen in der westdeutschen Öffentlichkeit aus. Scharfe Kritik kam natürlich aus Warschau und Moskau, aber auch aus dem westeuropäischen Ausland. Man warf den organisierten Schlesiern den tendenziell „aggressiven, expansionistischen und gewalttätigen“ Leitsatz vor. Das Motto mußte schließlich geändert werden in „40 Jahre Vertreibung – Schlesien unsere Zukunft im Europa freier Völker“.<sup>264</sup> Die SED-Propaganda hielt sich in ihren Angriffen auf das „Schlesische Revanchistentreffen“ relativ zurück,<sup>265</sup> da hinreichende Kritik aus der Mitte der bundesdeutschen Gesellschaft, aus dem Auswärtigen Amt, von Seiten der SPD und FDP sowie aus den Medien wie z. B. dem „Spiegel“ und der FAZ kam.<sup>266</sup> Hier war wiederholt zu hören und zu lesen, daß das Motto es schwierig mache, der Revanchismus-Kampagne des Ostens gegen die Bundesrepublik entgegenzutreten. Eine Handvoll von Vertriebenen-Funktionären trieb Schindluder mit der Friedenspolitik der Bundesrepublik.<sup>267</sup>

Interessant aber dürfte für MfS und SED die Geheimdienst-Information gewesen sein, daß es innerhalb der Vertriebenenführungsgremien und unter den CDU/CSU-Politikern erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die BdV-Politik gab. Die HV A hielt fest: „Dem Ansehen des BdV [war] die Diskussion um das Motto des Schlesientreffens besonders abträglich [...], in deren Verlauf teilweise erhebliche Differenzen zwischen einzelnen BdV-Präsidentenmitgliedern wie dem CDU-Bundestagsabgeordneten [Helmut] Sauer und dem Vorsitzenden der Schlesischen Landsmannschaft [Herbert] Hupka, offen zu Tage traten“.<sup>268</sup> Jüngere Vertriebenen- und Unionspolitikern distanzierten sich zunehmend sowohl vom Schlesier-Treffen und seinem Motto als auch von den althergebrachten deutschlandpolitischen Forderungen der BdV-Spitze um Herbert Hupka und Herbert Czaja. Vertreter der jüngeren Vertriebenenpolitiker-Generation waren der CDU-Abgeordnete Helmut Sauer, Landesvorsitzender der Schlesischen Landsmannschaft in Niedersachsen, und Hartmut Koschyk<sup>269</sup>, Vor-

<sup>264</sup> Vgl. Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 336–359.

Die Rücknahme bzw. Abänderung des „Schlesier-Mottos“ wurde auch als gescheiterter Versuch der Landsmannschaften angesehen, die ost- bzw. deutschlandpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung im Interesse der Vertriebenenverbände zu beeinflussen. Vgl. Marion Frantzioch, Die Vertriebenen, S. 157–160.

<sup>265</sup> Vgl. Revanchistentreffen der Landsmannschaft Schlesien, Juni 1985, in: BStU MfS HV A 1044, Bl. 198–204; MfS-Zeitungsausschnittsammlung zum Bundesschlesiertreffen, in: BStU MfS ZAIG 9756, Bl. 7–29.

<sup>266</sup> Vgl. Sammlung innen- und ausländischer (London, Paris) Pressestimmen: Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband BdV, Juni 1989, in: BStU MfS ZAIG 28750, Bl. 5–57.

<sup>267</sup> Vgl. Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 337–342; Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland?, S. 623–627.

<sup>268</sup> Information über die politischen Zielvorstellungen und die Tätigkeit des Revanchistendachverbandes BdV in der BRD, 13. März 1985, in: BStU MS HV A 35, Bl. 61.

<sup>269</sup> Helmut Sauer (Jg. 1945), aus Schlesien vertrieben, 1971–1993 CDU-Kreisvorsitzender Salzgitter, 1972–1994 MdB, seit 1989 Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU.

sitzender der Schlesischen Jugend. In der Führungsmannschaft der Vertriebenenfunktionäre begannen sich zwei Gruppierungen herauszubilden: die „Fundamentalisten“ um Herbert Czaja und die „Pragmatiker“ um Hartmut Koschyk. Die „Pragmatiker“ zusammen mit Bundespolitikern wie Volker Rühe, Heiner Geißler, Rita Süßmuth<sup>270</sup>, Außenminister Hans-Dietrich Genscher oder FDP-Sprecher Walter Hirche<sup>271</sup> machten Front gegen die Kräfte um die Vertriebenenpolitiker Hupka und Czaja und die diese unterstützenden Unionspolitiker Alfred Dregger und Richard Jäger. Das MfS glaubte erkannt zu haben, daß diese „jüngeren“ Politiker und Funktionäre stärker dafür eintraten, daß die Bundesrepublik die „Notwendigkeit der allseitigen Einhaltung der Ostverträge auch bezüglich der Oder-Neiße-Grenze“ deutlicher erkennen ließ. Man wollte in Bonn insgesamt zu einer „besseren politischen Verständigung mit Osteuropa und der DDR“ gelangen und den „unfruchtbaren Grenzdiskussionen der Kräfte um Hupka“ entgegenwirken.<sup>272</sup> „Verzichtspolitik bedeute heute ernsthafte und feste Friedenspolitik“. Wer „nüchtern und illusionslos nachdenkt, weiß, daß der Warschauer Vertrag von 1970 eine politische Bindewirkung für Polen hat, die auch ein zukünftig wiedervereinigtes Deutschland nicht ignorieren“ könnte – so hießen die neuen politischen Aussagen, die die BdV-Politiker Hupka und Czaja scharf verurteilten.<sup>273</sup>

Zweieinhalb Jahre später informierte die HV A den SED-Chef Erich Honecker<sup>274</sup> sowie die Politbürofunktionäre Willi Stoph, Hermann Axen, Kurt Hager, Joachim Herrmann, Günter Mittag, Horst Sindermann, Heinz Keßler und Egon Krenz über das immer angespanntere Verhältnis zwischen der BdV-Führung und der CDU-Spitze. Die Vertriebenenfunktionäre waren unzufrieden mit der CDU-Deutschlandpolitik und damit, daß Vertriebenenpolitiker zunehmend aus CDU-Partei- und Staatsämtern gedrängt wurden. So saß Herbert Hupka ab 1987 nicht mehr im Deutschen Bundestag, und die Gruppe der Vertriebenenfunktionäre in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war zahlenmäßig von 41 auf 36 Abgeordnete geschrumpft. Der neu gewählte BdV-Generalsekretär Hartmut Koschyk war bestrebt, den Bund der Vertriebenen wieder deutlicher als überparteiliche Organisation darzustellen, die in alle großen Bundesparteien hineinwirke.<sup>275</sup>

Auch in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre interessierte sich die DDR-Auslands-  
spionage für die örtlichen Gegebenheiten und personelle Besetzungen der BdV-Zen-

Hartmut Koschyk (Jg. 1959), Eltern aus Oberschlesien vertrieben, Bundeswehroffizier, seit 1978 CSU, 1987–1991 Generalsekretär des BdV, seit 1990 MdB.

<sup>270</sup> Professor Dr. Rita Süßmuth (Jg. 1937), 1971 Professorin für Erziehungswissenschaften, seit 1981 CDU, 1987–2002 MdB, 1985–1988 Bundesministerin für Jugend, Familie, Gesundheit, 1988–1998 Präsidentin des Deutschen Bundestages.

<sup>271</sup> Walter Hirche (Jg. 1941), geboren in Leipzig, 1970 FDP, 1986–1990 Minister in Niedersachsen, 1984–1999 Präsidium der Bundes-FDP, 1994–2002 MdB.

<sup>272</sup> Vgl. Information über Auffassungen kompetenter BRD-Regierungsvertreter zur konzeptionellen und praktischen Ausgestaltung der Politik der BRD gegenüber der DDR, 21. März 1985, in: BStU MfS HV A 35, Bl. 68, 69,71.

<sup>273</sup> Vgl. Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland?, S. 625–627; Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 338–343.

<sup>274</sup> Vgl. Tätigkeit des Bundes der Vertriebenen, 30. November 1987, in: BStU MfS HV A 61, Bl. 32.

<sup>275</sup> Vgl. Tätigkeit des Bundes der Vertriebenen, 30. November 1987, in: BStU MfS HV A 59, Bl. 28.

trale in Bonn, in der Gorch-Fock-Straße. Die Agenten fertigten Außenaufnahmen an, beschrieben die Zugänge, kannten die Raumverteilung in der Zentrale, verfügten über Strukturpläne und Organigramme, Telefonlisten sowie personellen Besetzungen der Ausschüsse der Bundesgeschäftsstelle des BdV.<sup>276</sup> Nach einem konkreten Fragenkatalog wurde die BdV-Bundeszentrale ausspioniert. Der Blick des MfS richtete sich im August 1985 außerdem auf die Außenbeziehungen der Zentrale, Personeneinschätzungen, Leistungsmechanismen, Finanzsituation und schließlich auf „günstige operative Ansatzpunkte“, d.h. Möglichkeiten des Ausspionierens.<sup>277</sup> Einzelne konkrete Fragen betrafen den Gebäudetyp, die Lage der Parkplätze, die Position der Eingänge, die Sicherungsanlagen und das Wachpersonal. Wer waren die Hausmeister, Kraftfahrer, Reinigungskräfte? Existierten Unterlagen über die Mitarbeiter des Bundes? Wo waren sie gelagert – Zugangs-Code, Schlüssel usw.? Wer kam an die Unterlagen heran? Wer hatte welche Beziehungen zu wem? Welche Kontakte waren durch welche Personen in die DDR bekannt? Außerdem interessierten Einschätzungen aller bekannten Personen (Verschwiegenheit, Korrumperbar- und Bestechlichkeit, finanzielle und Familienverhältnisse). Wie waren die Gehälter der Mitarbeiter gestaffelt, welche Kriterien entschieden über die Gehaltshöhe? Welche speziellen Abteilungen/Bereiche existierten, die für die DDR und das „sozialistische Wirtschaftsgebiet“ zuständig waren? Welche Form von Aktivitäten gegen die sozialistischen Länder bestanden – Begegnungen, Reisen, materielle Hilfeleistungen, Publikationen u.a.?<sup>278</sup> Um Ansatzpunkte für eine geheimdienstlichen Bearbeitung zu ermitteln, sollte ausgeforscht werden, welche Möglichkeiten der Einflußnahme auf welche Personen und Institutionen hatte der Bund, welche politische Grundhaltung verkörperte der Bund in der Führung und an der Basis und wer die „revanchistischen ‚Scharfmacher‘“ im BdV waren.<sup>279</sup> Antworten auf diese Fragen konnten bisher nur kurorisch in den hinterlassenen MfS-Akten gefunden werden.<sup>280</sup> Es hat aber den Anschein, daß es nach dem Rückzug des „IM Kern“, alias Erika Reißmann, möglicherweise noch weitere MfS-Quellen in der BdV-Zentrale bzw. in deren Nähe gegeben hat, und es ist davon auszugehen, daß die Staatssicherheit auf die sie interessierenden Fragen ihre Auskünfte erhielt. Im August 1985 wurden vom MfS als die „revanchistischen Scharfmacher“ in der Führungsetage der BdV der Präsident Herbert Czaja, die Vizepräsidenten Herbert Hupka, Helmut Sauer, Odo Ratza<sup>281</sup> und Rudolf Wollner ausgemacht.<sup>282</sup> Namen und personelle Daten über zwei Hausmeister und einen Pförtner des Objekts Gorch-Fock-Straße 1 lagen bereits in Ost-Berlin vor, Personalien von drei hauptamtlichen Mitarbeiterin der BdV-Zen-

<sup>276</sup> Vgl. Plan: Bundesgeschäftsstelle des BdV in Bonn, 1983; Personelle Besetzung der BdV-Zentrale, Ausschüsse, BdV-Landesgeschäftsstellen, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 18-31.

<sup>277</sup> Vgl. Auskunftsbericht zum „Bund der Vertriebenen“, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 32, 33.

<sup>278</sup> Vgl. ebenda, Bl. 32, 33.

<sup>279</sup> Vgl. ebenda, Bl. 33.

<sup>280</sup> Vgl. Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände, Stand: August 1985, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 36-39.

<sup>281</sup> Brigadegeneral a.D. Odo Ratza (1919–2002), Bundessprecher der Landsmannschaft Westpreußen von 1978 bis 1999.

<sup>282</sup> Vgl. Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände, Stand: August 1985, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 39.

trale und ihre Verbindungen in die DDR waren dem MfS ebenfalls bekannt. Die Personalunterlagen der Mitarbeiter der BdV-Bundesgeschäftsstelle, des BdV-Präsidiums, der Bundesvorstände der Landsmannschaften und Landesverbände usw. befanden sich in der Buchhaltung in einem Panzerschrank in der 3. Etage des Hauses. Die Adressen der Abonnenten des „Deutschen Ostdienstes“ seien im Computer der Telefonzentrale des Hauses gespeichert.<sup>283</sup> Ähnliche Angaben besorgte sich das MfS über den sie sehr interessierenden BdV-Landesverband in West-Berlin und über das dortige „Haus der ostdeutschen Heimat“, auch „Europahaus“ bzw. „Deutschlandhaus“ genannt. Und hier ist sicher, daß noch 1987 ein „Inoffizieller Mitarbeiter“ des MfS im „Deutschlandhaus“ beschäftigt war.<sup>284</sup>

Unter Beobachtung des Ministeriums für Staatssicherheit standen Vertriebenenpolitiker immer auch dann, wenn diese in die DDR ein- oder auch nur durchreisten. Somit lagen auch für Herbert Hupka, langjähriger BdV-Vizepräsident und Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, sogenannte Fahndungsmaßnahmen vor. Seine Akten trugen den Decknamen „Wicht“ und „Prominenz“.<sup>285</sup> Eine erste Eintragung stammte von einem Aufenthalt Hupkas in Ost-Berlin am 22. Mai 1985. Er reiste mit einer Gruppe von Bundestagsabgeordneten. Die geheimdienstliche Beobachtung von Hupka und seiner Ehefrau bei einer Besuchsreise in Ost-Berlin am 2. April 1986 in einer Reisegruppe von 22 Personen und nochmals am 4. April 1986 nur in Begleitung seiner Frau hatte der MfS-Minister persönlich angeordnet. Der Staatssicherheit kam es vor allem darauf an, daß Hupka keinen Kontakt zu außenstehenden Personen aufnahm und keine öffentlichkeitswirksamen Auftritte durchführte.<sup>286</sup>

Bis zum Zusammenbruch der DDR im Oktober/November 1989 hatte das MfS die Aktivitäten der Vertriebenenverbände im Visier.<sup>287</sup> Zu den letzten aktuellen Meldungen dürften die HV A-Informationen über die Veranstaltungen zum 40. „Tag der Heimat“ in West-Berlin am 9. und 10. September 1989 gezählt haben. Die MfS-Aufklärer warnten vor provokatorischen Aktionen gegen die DDR, die in Ost- und West-Berlin durchgeführt werden sollten. So würden kirchliche Gruppen in der DDR am 10. September 1989 einen Schweigmarsch und das Anzünden von Kerzen im Bereich „Unter den Linden“ zum Brandenburger Tor planen. Parallel dazu wollten DDR-Kirchenleute Vertretern des ZDF Heute-Journals Interviews geben und dabei das Problem der

<sup>283</sup> Vgl. Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände, Stand: August 1985, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 36–38; BdV: Gorch-Fock-Straße 1, 1981, in: ebenda, MfS ZAIG 28750, Bl. 7–17.

<sup>284</sup> Vgl. Landesverband Westberlin, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 81–83; Information zum „Deutschlandhaus“ in 1000 Berlin 61, Stresemannstraße 90, 2. November 1987, in: ebenda, MfS ZKG 3263, Bl. 146–148; Protokoll der 1. Delegiertenversammlung des Berliner Landesverbands der Vertriebenen, 11. Juni 1985, in: ebenda, MfS ZAIG 28750, Bl. 34–36.

<sup>285</sup> Vgl. Umschreibung der Fahndungsmaßnahme „Prominenz“, 1985–1987, in: BStU MfS HA VI 1822, Bl. 2–20.

<sup>286</sup> Vgl. Operative Information zu „Wicht“, 2. April 1986, in: BStU MfS HA VI 1822, Bl. 18; Dr. Hupka, 1987, in: BStU MfS HV A 1047, Bl. 3–15.

<sup>287</sup> Vgl. BdV und der Westberliner Landesverband bzw. Landesverband Niedersachsen, Landsmannschaften Schlesien, Ostpreußen, Sudetendeutsche, Pommern, DJO, 1982–1988, in: BStU MfS HA XXII 16576, Bl. 2–47.

„Fluchtwelle“ aus der DDR ansprechen. Und von West-Berliner Seite wolle zeitgleich der Berliner Landesverband der Vertriebenen in der Nähe der Grenze, Koch- bzw. Friedrichstraße, Nähe Checkpoint Charlie, mit Plakaten demonstrieren, die Reformen in der DDR forderten.<sup>288</sup> Ob diese Aktionen miteinander abgesprochen waren, blieb für das MfS ungeklärt.

Die Mitgliederzahlen im BdV und in den ostdeutschen Landsmannschaften waren in den 1980er so weit geschrumpft und die Organisierten so überaltert, daß die Verbände nicht mehr als auch nur annähernd repräsentativ für das Gesamtklientel gelten konnten. An der Spitze der Verbände standen seit Jahrzehnten dieselben, inzwischen alt gewordenen Männer, Herbert Czaja, Herbert Hupka oder Rudolf Wollner, die stereotyp seit Jahrzehnten mit denselben Forderungen nach einem „Recht auf Heimat“ und einem „Deutschland in den Grenzen von 1937“ auftraten. Die Erlebnisgeneration wurde, wenn überhaupt, von der Bekennungsgeneration abgelöst. Die Vertriebenenverbände hatten sich von der Mehrheit der einheimischen Bevölkerung isoliert, sie waren zur Interessenvertretung einer marginalen Randgruppe geworden. Der Niedergang der Vertriebenenorganisationen setzte sich in den 1980er Jahren in der Ära Helmut Kohl weiter fort. Trotz finanzieller Zugeständnisse an den BdV und seine Mitgliederverbände und einiger symbolischer Politikergesten der christlich-liberalen Regierungskoalition erlebten die Verbände keine Renaissance. Dem Bund der Vertriebenen und den ostdeutschen Landsmannschaften gelang es nicht, die Deutschland- bzw. Ostpolitik der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung in ihrem Sinne zu beeinflussen, d.h. sie dazu zu bringen, offensive Wiedervereinigungspolitik mit dem Ziel einer Rückgewinnung möglichst großer Teile früherer deutscher Ostgebiete zu betreiben. Die heimatpolitischen Erwartungen der Vertriebenenverbände waren auch in den 1980er Jahren unverändert groß. Ausgangspunkt ihrer Forderungen war und blieb das von ihnen so bezeichnete „Recht auf Heimat“, verstanden als „Recht auf Rückkehr“ und „Volksgruppenrecht auf Selbstbestimmung“ – das hieß Rückgliederung der Heimatgebiete an Deutschland. Die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 war für die Mehrheit der Vertriebenenpolitiker, nicht der Vertriebenen selbst, ein Minimalziel, auf das sie einen völkerrechtlichen Anspruch zu haben glaubten. Realisiert werden sollte die Rückgewinnung der Ostgebiete durch eine möglichst weitgehende Rückkehr der Vertriebenen in ihre alten Siedlungsgebiete. Hinsichtlich der machtpolitischen Realisierbarkeit ihrer territorialen Forderungen gaben sich die BdV-Funktionäre erstaunlich optimistisch und zeigten damit, wie blind sie für die außen- und innenpolitischen Tatsachen waren.<sup>289</sup> Keine der Alliierten Siegermächte hätte eine territoriale Vergrößerung Deutschlands über die 1945 gezogenen Grenzen zugelassen. Auch hatten die BdV-Funktionäre die illusorische Vorstellung, nicht mehr kommunistisch regierte Polen, Tschechen oder Russen hätten in Grenzfragen eine Interessendiffidenz mit deutschen Heimatvertriebenen! Die Vertriebenenfunktionäre sahen nicht

<sup>288</sup> Vgl. HV A an Hauptabteilung XX: Geplante Maßnahmen von Feindorganisationen, 4. September 1989, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 289–292.

<sup>289</sup> Vgl. Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland?, S. 15–27, 695ff., 879ff.; Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 443ff.; Walter Becher, Zeitzeuge, S. 440ff.

oder wollten nicht sehen, daß in den betreffenden osteuropäischen Staaten gerade diese Interessenidentität in Grenzfragen über alle politischen Lager hinweg, von politisch rechts bis links, herrschte. Die reale politische Entwicklung in Europa war lange vor den 1980er Jahren über die revisionistischen Zielsetzungen des Bundes der Vertriebenen und der ostdeutschen Landsmannschaften hinweggegangen.<sup>290</sup>

Am 1. Juli 1989 legte die HV A/Abteilung II<sup>291</sup> ein umfangreiches, 105 Seiten starkes Dossier vor mit dem Titel: „Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V. (BdV)“.<sup>292</sup> In einer Art historischem Abriß wurden die Geschichte sowie die politische, personelle und strukturelle Entwicklung des Bundes der Vertriebenen und der ostdeutschen Landsmannschaften nachgezeichnet. Unklar blieb, in wessen Auftrag und für welchen Zweck diese Studie vom MfS gefertigt wurde. Sprache und Diktion der Ausarbeitung legen den Schluß nahe, daß es sich um eine Art Propagandaschrift handelte, in Kalter-Krieger-Manier verfaßt, die aber auch Ansätze differenzierterer Sichtweisen der SED- bzw. MfS-Funktionäre enthält. Ausgangspunkt für die MfS-Beurteilung der nach 1945 entstandenen Vertriebenenverbände war die Feststellung, daß deren Wurzeln im revisionistischen Denken des ausgehenden 19. Jahrhunderts lagen, die gepaart waren mit völkischen und rassistischen Implikationen – mit dem alten „Drang nach Osten“ und mit der Idee einer „Überlegenheit der germanischen Rasse“. Das Denken der Verbandsgründer sei an der Wiederherstellung eines Deutschlands als mitteleuropäische Hegemonialmacht gebunden gewesen.<sup>293</sup> Ganz gegen die Interessen und die Überzeugung dieser sogenannten deutschen Revisionisten und Imperialisten sei Deutschland aber nach dem 2. Weltkrieges abermals kleiner geworden. Das klassische SED-Erklärungsmuster dazu lautete: „Zu den Opfern Hitlerschen Größenwahns zählten ebenfalls, wenn auch viele von ihnen Täter waren, Millionen Deutsche aus den ehemaligen Ostprovinzen Deutschlands sowie aus Gebieten außerhalb Deutschlands, die ihre Heimat aufgrund von Vereinbarungen der Anti-Hitler-Koalition verlassen mußten und zu Umsiedlern wurden.“<sup>294</sup> Der Begriff des „Vertriebenen“ wurde nach wie vor in den internen Schriften von MfS bzw. SED nicht gebraucht. Zu den differenzierteren Tönen aus Ost-Berlin gehörte die Feststellung, daß die Gründung von Vertriebenen-Selbsthilfvereinigungen nach 1945 für die Betroffenen richtig und wichtig war, um berechtigte sozialökonomische und innenpolitisch-rechtliche Interessen in der westdeutschen Gesellschaft durchzusetzen. Damit wertete die Staatssicherheit die Existenz der überlandsmannschaftlichen Interessengemein-

<sup>290</sup> Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 433–436.

<sup>291</sup> Die Abteilung II der HV A war für die Aufklärung und Bearbeitung der politischen Parteien, Organisationen, Gewerkschaften, Verbände und Stiftungen der Bundesrepublik sowie der Kirchen, der Friedensbewegung und von amnesty international verantwortlich. Der Leiter der Abteilung hieß Oberst Dr. jur. Kurt Gailat. Vgl. Roland Wiedmann, Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, S. 369.

<sup>292</sup> Vgl. das Dossier in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 5–112 (auch in: MfS AKG HA VIII 2053, Bl. 249–356, und MfS ZAIG 28750, Bl. 52–159).

<sup>293</sup> Vgl. Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V. (BdV), in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 6–11.

<sup>294</sup> Ebenda, Bl. 11.

schaft, des „Zentralverbands der vertriebenen Deutschen“, in den 1950er Jahren auf.<sup>295</sup> Anders sah es in den Augen der Staatssicherheit von Anfang an mit den landsmannschaftlichen Verbänden aus. Diese hätten sich als zentrale Aufgabe die „Rückgewinnung der alten Heimat“ auf die Fahnen geschrieben und sich von Beginn an als „Revanchistenvereinigung“ aufgeführt. Im Laufe der 1950er Jahre, insbesondere mit dem Zusammenschluß der existierenden Organisationen am 14. Dezember 1958 in West-Berlin zum Dachverband „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ hätte sich das Hauptziel ihres Wirkens herauskristallisiert, nämlich die „Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937“.<sup>296</sup>

Einig waren sich die Analytiker der Staatssicherheit, daß sowohl die Unionsparteien als auch die SPD die „Revanchistenverbände“ tatkräftig in ihren Forderungen und ihrem Wirken unterstützten. Daher habe die BdV-Präsidentenschaft des Sozialdemokraten Wenzel Jaksch zwischen 1964 und 1966 keine Änderungen der Politik nach sich gezogen. Immer noch mit unverhohlenem Haß warf die SED-Seite Jaksch vor, daß ihn sein extremer Antikommunismus und Nationalismus seine sozialdemokratische Herkunft vergessen ließ, und er „offenkundig den Henlein-Faschisten, den unverbesserlichen Nazis [...], in den Arsch kroch“<sup>297</sup>, um Gebietsforderungen an die ČSSR durchzusetzen. Diese verbale Entgleisung blieb nicht die einzige in dem Dossier. Weiter ging es damit: „Der Dachverband ‚Bund der Vertriebenen‘ [...] übernahm die Rolle der ‚kläffenden Hunde‘ der Bonner Außenpolitik.“<sup>298</sup> Auf jede Initiative realistischer Kräfte – damit meinte das MfS z.B. die EKD-Vertriebenendenkschrift (1965) oder die Verlautbarungen der französischen Regierung (1963), die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen – „heulte der BdV wutentbrannt auf“.<sup>299</sup> „Mit Schaum vor dem Mund quittierten die Revanchistenführer die von der Bundesregierung unter Kanzler Brandt 1970 mit [...] der UdSSR und VR Polen gemeinsam unterzeichneten Verträge. [...] Das Wutgeheul der BdV und der CDU/CSU erfüllte 1972 erneut die Szenerie in der BRD, als der Grundlagenvertrag mit der DDR, ebenfalls unter Verzicht auf Gebietsansprüche, unterschrieben wurde.“<sup>300</sup>

Zu den realistischeren Tönen im MfS-Dossier zählte hingegen die Erkenntnis, die Bundestags- und Landtagswahlergebnisse hatten seit den 1970er Jahren erkennbar gemacht, daß eine Vielzahl der Vertriebenen nicht mehr hinter den ost- und deutschlandpolitischen Positionen von BdV und der CDU/CSU stand. Die Vertriebenen „kamen zwar noch immer zahlreich zu [ihren ...] Treffen, obwohl auch hier der Zulauf abgenommen hatte. Viele der [...] Teilnehmer hatten aber nichts anderes im Sinn, als dort alte Bekannte, Freunde und Verwandte wiederzusehen, und so ist es bis heute!“<sup>301</sup>

<sup>295</sup> Vgl. ebenda, Bl. 15, 20, 21.

<sup>296</sup> Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V. (BdV), in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 22.

<sup>297</sup> Ebenda, Bl. 34.

<sup>298</sup> Ebenda, Bl. 39.

<sup>299</sup> Ebenda, Bl. 43.

<sup>300</sup> Ebenda, Bl. 47.

<sup>301</sup> Ebenda, Bl. 49 und vgl. Bl. 61.

Treffend war auch die Einschätzung der Staatssicherheitoffiziere, daß der BdV sich hinter die Bundesverfassungsgerichtsurteile von 1973 und 1975 über die Auslegung der Ostverträge verschanzt habe und so die realen gesellschaftspolitischen Entwicklungen nicht wahrnehmen wollte. Die BdV-Slogans – die „Ostverträge seien reine Gewaltverzichts- und keine Grenzanerkennungsverträge“ und deutsche Gebiete östlich der Oder und Neiße seien „durch das Inkrafttreten der Ostverträge nicht aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland entlassen“ worden<sup>302</sup> – hätte die Vertriebenenfunktionäre blind gemacht für die Realität in Europa nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte von Helsinki.<sup>303</sup>

Zutreffend erkannte man in Ost-Berlin auch die Entwicklung, daß der Regierungswechsel in Bonn 1982 den BdV-Funktionären nicht die erhoffte „Wende“ in der Möglichkeit ihrer Einflußnahme auf die bundesdeutsche Ost- und Deutschlandpolitik gebracht habe.<sup>304</sup> Der BdV habe hinnehmen müssen, daß völkerrechtliche Verträge bindend sind. So kommentierte das MfS: „Doch wer nimmt in Bonn selbst innerhalb der von [Helmut] Kohl und [Heiner] Geißler geführten CDU diese Vertriebenensprecher noch ernst? Man gewährt ihnen Narrenfreiheit am langen Seil, um die Stimmen der Ostdeutschen vor Wahlen einzufangen.“<sup>305</sup> Deutlicher als zuvor mahnten 1989 die MfS-Bearbeiter an, „sorgfältig[er] zwischen Mitgliedern und Führungskräften zu differenzieren, um unzulässige und irreführende Vereinfachungen wie – ‚alle BdV- und Landsmannschaftsmitglieder sind ausgemachte Revanchisten‘ – zu vermeiden. Die Führungskräfte des Bundes sind eindeutig dem rechten politischen Spektrum in der BRD zuzuordnen. Mehrheitlich neigen sie der CDU/CSU zu [...] Einige von ihnen geben sich offen rechtsradikal und neofaschistisch, ihnen ist die CDU/CSU noch zu zahm.“<sup>306</sup> Über die Mitglieder in den Vertriebenenverbänden urteilte die Staatssicherheit nachsichtiger. Zwar seien die organisierten Vertriebenen „revanchistisch indoktriniert“, aber ihre BdV-Mitgliedschaft sei offenkundig nostalgisch begründet, und viele stünden inzwischen politisch der SPD, FDP oder den Grünen nahe.<sup>307</sup>

Obwohl der politische Niedergang der Vertriebenenverbände in der bundesdeutschen Gesellschaft augenscheinlich war, blieb die Ost-Berliner SED-Propaganda, unterstützt von den Agitationsoffizieren des MfS und den kommunistisch-gesteuerten Kreisen in der Bundesrepublik bei dem grotesk überzeichneten und maßlos überschätzten Bild von den Vertriebenenverbänden, die schlechend, in den 1970er Jahren nur scheinbar unterbrochen, eine erfolgreiche Unterwanderung der Bundesrepublik durch „revanchistische, tendenziell neofaschistische Ideen“ durchsetzten.<sup>308</sup> Abge-

<sup>302</sup> Volker Meißner, Rolle und aktuelle Aspekte der subversiven Tätigkeit von Landsmannschaften als eine Form des organisierten Revanchismus der BRD, in: BStU MfS JHS 234/85, Bl. 30.

<sup>303</sup> Vgl. Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V. (BdV), in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 50, 51.

<sup>304</sup> Vgl. ebenda, Bl. 52–56, 58.

<sup>305</sup> Ebenda, Bl. 65, 89.

<sup>306</sup> Ebenda, Bl. 82.

<sup>307</sup> Vgl. ebenda, Bl. 83.

<sup>308</sup> Vgl. Die politisch-ideologische Diversion gegen die DDR, 1987, in: BStU MfS JHS 20083, Bl. 1–137; Fakten sagen: Der Schoß ist fruchtbar noch, April 1988, in: BStU MfS ZAIG 28750, Bl. 21, 22; Bund der Antifaschisten: Revanchismus 1984, März 1984, Hrsg. Präsidium der VVN-

klärter und realistischer sahen die Offiziere der HV A die Bedeutung der Vertriebenenverbände. Die wenigen Berichte der Hauptverwaltung Aufklärung über den Bund der Vertriebenen und die ostdeutschen Landsmannschaften, die an das SED-Politbüro gingen – zwischen 1985 und 1989 waren es drei HV A-Informationen<sup>309</sup> –, deuten an, welche geringe politische Bedeutung das MfS und die SED-Führung den „Revanchistenverbänden“ inzwischen beimaß. Die „revanchistische“ Unterwanderung der Bundesrepublik durch die Vertriebenenverbände waren SED-Propaganda, SED- und MfS-Spitzen kannten die Realität und wußten um den tatsächlichen Bedeutungsverlust der Verbände.

Das wiedervereinigte Deutschland unter der christlich-liberalen Regierungskoalition und unter Bundeskanzler Helmut Kohl handelte 1990 realpolitisch. Die Bundesrepublik Deutschland erkannte im deutsch-polnischen Grenzbestätigungsvertrag vom 14. November 1990 bzw. 17. Oktober 1991 die Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze an. Die angestammten Vertriebenenfunktionäre beriefen sich zwar auf eine „völkerrechtliche Rechtsposition“ von einem „Deutschland in den Grenzen von 1937“, die jedoch nichts nutzte, da sie außen- und innenpolitisch nicht durchsetzbar war. Selbst die Mehrheit der Vertriebenen bzw. deren Nachkommen hatten sich mit dem Verlust der Ostgebiete lange abgefunden.

Die Wiedervereinigung Deutschlands brachte dem Bund der Vertriebenen und seinen Gliederungen trotz der Tatsache, daß sich mit den Vertriebenen der ehemaligen DDR und einem Zustrom deutschstämmiger Spätaussiedler seine Zielgruppe vergrößerte und die Mitgliederzahl anstieg, lediglich ein kurzes und nur vorübergehendes Aufleben.<sup>310</sup>

Bund der Antifaschisten, Frankfurt a. M. 1984; Text zum BdV, 18. Juli 1988, in: BStU MfS ZAIG 28750, Bl. 38; Zunehmender Revanchismus in den Massenmedien der BRD, 1981, in: ebenda, MfS ZKG 15936, Bl. 6.

<sup>309</sup> Die HV A-Informationen an die SED-Führung sind alle überliefert. Vgl. diese drei in: BStU MfS HV A 35, 59, 61.

<sup>310</sup> Vgl. Matthias Stickler, Die deutschen Vertriebenenverbände – Interessengruppen mit gesamtnationalalem Anspruch, in: Flucht, Vertreibung, Integration, S. 151–153; Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 181–185; Karlheinz Lau, Die Vertriebenenverbände im 21. Jahrhundert, S. 1077–1083.